

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von Dezember 1945 bis März 1947**

NWO-Sonderheft Nr. 22



**Die
Neue Weltordnung
der USA
von Dezember 1945 bis März 1947**

NWO-Sonderheft Nr. 22

NWO-Moloch USA vom 01.12.1945-31.03.1947

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von Dezember 1945 bis März 1947	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von Dezember 1945 bis März 1947

Für den Forscher der menschlichen Natur ist es interessant zu sehen, wie schonungslos wir die Grausamkeiten anderer Nationen verdammen und wie vollständig wir die übersehen, welche wir selbst begehen.

Bericht des US-Bureau of Ethnology

In Freiburg/Bayern wurde am 1. Dezember 1945 die "Caritas-Vertriebenen- und Flüchtlingshilfe" gegründet (x024/219): >>... Zum bisherigen Elend, das in den Städten und Notgebieten wahrlich drückend genug ist, kommt neues Elend, so grauhaft, wie es die Welt kaum gesehen hat. Es ist das schreckliche Elend der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen im Osten unseres Vaterlandes. Tausende und Abertausende fluten über unsere bayerische Ostgrenze, völlig mittellos und brotlos, nur dürftig gekleidet, ziellos und planlos wandernd.<<

Die letzten nordamerikanischen Truppen verließen am 1. Dezember 1945 das Sudetenland (x005/635).

Die "United Press" berichtete am 3. Dezember 1945 über eine Intelligenzprüfung der angeklagten Nürnberger Hauptkriegsverbrecher (x114/2.128): >>... Wie der Gefängnispsychologe Dr. Gustave M. Gilbert heute mitteilte, sind sämtliche angeklagten Kriegsverbrecher einer psychologischen Prüfung unterzogen worden, aus der Hjalmar Schacht mit 143 Punkten ... als Erster hervorging und Seyß-Inquart um eine knappe Nasenlänge schlug, während Streicher und Heß ... "gerade noch Durchschnitts-Intelligenz" erhielten.

Seyß-Inquart erhielt 141 Punkte und gelangt damit zusammen mit Schacht in die oberste Intelligenz-Kategorie, die nur ein Prozent der Bevölkerung umfaßt; Streicher dagegen wurde mit nur 106 Punkten kreditiert, und der Psychologe beschreibt ihn als "fast in jeder Hinsicht unterdurchschnittlich, ausgenommen hinsichtlich einer gewissen Redegewandtheit ..."

Die übrigen Angeklagten erreichten folgende Punktzahlen: Göring und Dönitz jeder 138; von Papen 134; Franz, Fritzsche und von Schirach je 130; von Ribbentrop und Keitel je 129; Speer 128; Jodl und Rosenberg je 127; von Neurath und Frick je 125; Funk 124; Sauckel 118 und Heß "vorläufig" 112.

Dr. Gilbert hat 3 Wochen mit dem eingehenden Studium der Persönlichkeiten der Angeklagten verbracht.

Wie er berichtete, gratulierte er Göring zu dessen Intelligenzresultat, worauf der Ex-Reichs-

marschall wie ein verzogenes Kind strahlte, ... sich ein paarmal kichernd auf den Schenkel schlug und ausrief: "Kommen Sie, geben Sie mir noch eine Chance!" ...<<

Das französische Kabinett verlangte am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

Nordamerikanische Senatoren berichteten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...

Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

Das "Börsenblatt des deutschen Buchhandels" berichtete am 5. Dezember 1945 über die Aufhebung der Vorzensur (x111/110-111): >>... Lediglich Titel und zusammenfassende Berichte sind an die Dienststellen der Publikations-Sektion vor Beginn der Arbeiten einzusenden. Mehr noch als bisher liegt nunmehr die Verantwortung für das neue Schrifttum auf den Verlegern. Wir hoffen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 5. Dezember 1945 aus München (x124/66): >>Der erste Eindruck von München: Ein Viertel der Gebäude ist total zerstört, 70 % weisen schwerere bis leichtere Bombenschäden auf. ...

Fremde aus aller Herren Länder überschwemmen die Straßen. UNRRA, angeblich die mächtigste Organisation hierzulande, beschlagnahmt für sie in Siedlungen und Kolonien immer aufs neue Wohnungen. Die Mehrzahl der Schutzbefohlenen sind Osteuropäer, die es hier unter amerikanischer Ägide nun ganz behaglich finden und nicht daran denken, die plötzlichen Privilegien gegen das harte Leben daheim einzutauschen. ...<<

In der US-Zone wurden bis zum 6. Dezember 1945 bereits 141.070 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern entlassen und 117.512 Personen interniert (x111/111).

Der Flüchtlingsausschuß des Länderrates ersuchte die nordamerikanische Militärregierung am 11. Dezember 1945, während der Kälteperiode keine weiteren Vertreibungstransporte zu erlauben, Medikamente bereitzustellen und ausgesonderte Lebensmittel aus Heeresbeständen abzugeben (x039/230).

Angesichts der bitteren Kälte und des großen Hungers forderte US-Senator Hawkes am 14. Dezember 1945, daß der nordamerikanische Präsident endlich private Hilfslieferungen nach Westdeutschland erlauben sollte (x025/120).

Die AKR-Direktive Nr. 23 befahl am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) beantragte am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. Dezember 1945 aus Bayern (x124/73): >>... Das Barackenlager Hof-Moschendorf wird zur Auffangstelle für 1.000.000 Sudetendeutsche ausgebaut, die in unsere Zone ausgesiedelt werden sollen.

Dafür will man die Polen, Jugoslawen, Madjaren und Italiener heimschicken, die sich in Bayern aufhalten. Den Ausländern wird erlaubt, Gepäck in jeder Menge, auch Möbel, mitzunehmen. ...<<

George S. Patton (1885-21.12.1945, ein fähiger Panzergeneral und beliebter nordamerikanischer Armeeführer, der wegen seiner antisowjetischen Einstellung bzw. öffentlichen Kritik abgelöst wurde), starb am 21. Dezember 1945 nach einem mysteriösen Verkehrsunfall (Pattons PKW stieß am 9. Dezember 1945 in der Nähe von Mannheim mit einem Militärlastwagen zusammen).

Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

US-Präsident Truman erklärte am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben. ... Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen. Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldete am 21. Dezember 1945, daß schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben wurden. Die letzten 20.000 Russen sollten ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

Bei der Reparationskonferenz in Paris wurde am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):

>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,

Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,

Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,

Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,

Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,

Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,

Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,

Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,

Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,

Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.

Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet werden).

Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestehen).<<

Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlichte am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jedermann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Armee, unsere Verbündeten.

Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...

Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier.

Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst.

Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland.

Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Peter D. Mendelssohn (1908-1982) berichtete am 31. Dezember 1945 über die Angeklagten des Nürnberger Prozesses (x111/118): >>... Da sitzen sie. Alle zwanzig. In zwei Reihen zu je zehn. Auf harten, hölzernen Bänken. Recht dicht zusammengebündelt. Nicht viel Platz, um die Ellbogen zu rühren.

Das riesige, über alle Ränder fließende Großdeutsche Reich ist zu einem recht engen kleinen Kasten zusammengeschrumpft. Seine tausendjährige Dauer ist zusammengeschnürt auf noch ein paar Wochen oder Monate, nicht mehr. Eine Handvoll Kerls.<<

Der Kabarettist Werner Finck erklärte damals während einer Silvesterrede (x111/118): >>Können wir Deutschen diesem 45. Produkt des 20. Jahrhunderts eine Träne nachweinen? Nein, denn wir haben keine mehr. ...<<

In den westdeutschen Besatzungszonen waren im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % litten an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder hatten aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstanden durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.

Ein Zeitzeuge berichtete damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...

Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlaubten, verboten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren, schlugen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.

Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot untersagte US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kamen, an die deutsche Bevölkerung.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.

Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang

es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die wirtschaftliche Lage in Deutschland 1945/46 (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.

Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Bötdeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/464-466): >>... Im Winter 1945 auf 1946 streifte die Not schon die Unerträglichkeit. Als im Laufe des Jahres 1946 die großen Massenvertreibungen aus den Ostgebieten Woche für Woche Zehntausende von Menschen in die Besatzungszonen der Westmächte hineinzwangen, sorgten die Sieger nicht etwa für den Bau von Wohnungen oder ihre Wiederherstellung. Sie teilten noch einmal auf, was die Verlierer des Krieges noch besaßen.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 18 setzte den Wohnraum, der jedem Deutschen zustand, auf 4 Quadratmeter fest. Das hieß: eine fünfköpfige Familie mußte mit einem einzigen Zimmer auskommen. Und später im Jahr geschah, was kaum vorstellbar schien: Die Lage verschärfte sich so sehr, daß auch dieses Minimum an Wohnraum, das den Deutschen geblieben war, noch beschnitten wurde. ...

Doch an vielen Orten in den Besatzungszonen der Westmächte war schnell der Punkt erreicht, an dem auch der Einsatz von Soldaten zur Unterbringung von Flüchtlingen nichts mehr fruchtete – einfach deshalb, weil die Wohnungen schon so vollgestopft waren, daß niemand zusätzlich mehr in diese aufgenommen werden konnte. Die Menschen, die ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Höfe im Osten verlassen mußten, hausten jetzt in Gartenlauben, in Bunkern, in Fabrikhallen, in Kegelbahnen, in Rindvieh- und Schweineställen. In Wirtshäusern wurden Tanzsäle geräumt, Vertriebene schlugen dort ihre Lager auf. Sie gruben Höhlen in Hänge und schachteten Erdbunker aus, die sie mit Ästen und Stroh abdeckten. ...

Hunderttausende auch lebten in Baracken, die zuvor den Reichsarbeitsdienst oder Kriegsgefangene oder auch Fremdarbeiter beherbergt hatten. In diesen Baracken verfügten die Menschen oft nicht einmal über jene vier Quadratmeter Raum, die jedem Deutschen von den Alliierten zugebilligt worden waren. Sie schliefen auf Stroh in doppelstöckigen Pritschen, die aus rohen Brettern zusammengezimmert waren.

Diese Pritschen waren einen Meter breit und nicht einmal zwei Meter lang – dies war der private Winkel, der ihnen zustand. Sie setzten sich auf die Kanten ihrer Betten, um ihre kärgliche Mahlzeit aus blechernem Geschirr zu löffeln. Und alles, was sie taten, geschah unter den Blicken vieler anderer, fremder Menschen. Was sie sagten, hörten Ohren, für die das Gesagte nicht bestimmt war, und sie wurden Zeugen von Gespräch und Streit, obwohl sie es nicht wollten. Kinder lernten flüstern und verlernten das Spielen.

Schließlich spannten die Menschen in den Baracken Wäscheleinen, Draht- oder Bindfäden von Wand zu Wand, hängten Decken darüber, schufen auf diese Weise Sichtblenden, die sie den Blicken der anderen entzogen, und stellten so auf 5 oder 6 Quadratmetern so etwas wie privaten Raum für die ganze Familie her.

An den primitiven rußgeschwärzten Herden, deren Abzugsrohre durch die Fenster geführt wurden, aber trafen sie sich wieder – 4 oder 5 Familien, oft auch noch mehr Familien, mußten sich die Kochgelegenheit teilen. Es blieb nicht aus, daß sie sich gegenseitig in die Töpfe guckten – Quelle von Neid und Hader, wenn in einer der Suppen manchmal eine Handvoll Bohnen mehr als üblich oder gar ein Stück Speck schwamm. ...<<

US-Präsident Truman erklärte am 5. Januar 1946 während einer Unterhaltung mit Außenminister Byrnes (x156/31-32): >>... In Potsdam sahen wir uns fertigen Tatsachen gegenüber und waren durch die Umstände geradezu gezwungen, die Besetzung Ostpolens durch die Russen und die Besetzung Schlesiens östlich der Oder durch Polen gutzuheißen. Es war ein glatter Gewaltakt.

Damals lag uns noch an der russischen Kriegsbeteiligung gegen Japan. Erst nachher stellten wir fest, daß wir Rußland gar nicht gebraucht hätten, und seither haben uns die Russen dort nichts als Kopfschmerzen bereitet.

In Moskau hast Du Dich hinsichtlich Irans wiederum einer fertigen Tatsache gegenüber gesehen. Iran war im Krieg mit uns verbündet. Es war mit Rußland verbündet. Es hat uns gestattet, Waffen, Kriegsmaterial, Lebensmittel usw. im Gewicht von vielen Millionen Tonnen über iranisches Gebiet vom Persischen Golf zum Kaspischen Meer zu transportieren.

Ohne diese materielle Hilfe wäre Rußland schmachvoll geschlagen worden. Trotzdem unterhält es dort Truppen und zettelt im Gebiet des befreundeten und verbündeten Iran einen Aufstand an.

Ich zweifle keinen Augenblick, daß Rußland in die Türkei einmarschieren will, um sich der Meerengen zum Mittelmeer zu bemächtigen.

Wenn man ihm nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. Es gibt nur eine Sprache, die die Russen verstehen, nämlich: Wie viele Divisionen habt ihr?

Ich glaube, wir sollten uns jetzt auf keine Kompromisse einlassen. ... Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Verschärfung des "Kalten Krieges" (x068/269-271): >>...1946 versteifte sich die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion weiter. Man unterstellte ihr das Betreiben eines Dritten Weltkriegs und wollte ihr, so Truman am 5. Januar 1946, "eine eiserne Faust" zeigen. Die USA beendeten ab sofort ihre inoffiziellen Zusammenkünfte mit russischen Diplomaten, und bald darauf auch die in Potsdam beschlossenen Reparationsleistungen aus westdeutschen Demontagen.

Kein Wunder, daß der Kreml im Gegenzug die Sowjetisierung Osteuropas immer rücksichtsloser betrieb. Hatten zunächst nur Albanien, Jugoslawien und Bulgarien kommunistische Regierungen, so dann auch Rumänien, Polen, Ungarn und zuletzt die Tschechoslowakei.

Washington aber ging es nun bloß noch darum, Amerika umzustimmen, das heißt, das gleiche Geschäft zu besorgen wie schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg: die Nation mußte wieder kriegswillig gemacht und vor allem auch Westeuropa gegen Sowjetrußland mobilisiert werden.

Das amerikanische Volk aber, das nur mit Hilfe der Russen den großen Krieg gerade gewonnen, war 1945 keinesfalls bereit, die bisherigen Verbündeten plötzlich zu bekämpfen. Noch jetzt sprachen sich, laut einer Gallup-Umfrage, 55 % der Bevölkerung für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland aus, darunter fast zwei Drittel aller gebildeten Amerikaner. (1918

hatten nur 2 % die Anerkennung des Sowjet-Staates befürwortet.) Inzwischen war die Mehrzahl prorussisch gesinnt. Dies jedoch mußte rückgängig gemacht werden. So wurde Moskau fortwährend gereizt. Es sollte immer der Nein-Sager, immer in Opposition sein zu den edlen Zielen und Taten der USA, sollte immer unbeliebter werden.

In diesen Zusammenhang gehören: der Abwurf der Atombombe zwei Tage vor dem vereinbarten Einmarsch der Russen in die Mandschurei; die Ernennung eines US- Oberkommandierenden für Japan, ohne die Russen überhaupt zu fragen; die Deklaration von Potsdam, die man publizierte, bevor die Russen ihr Einverständnis gegeben hatten; die Einfügung der Artikel 51 und 52 in die am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, die man damals - im Opernhaus! - aus der Taufe hob.

Und noch am selben Tag bliesen ihnen, wie der Präsident der Konferenz, Edward R. Stettinius, gleich klar erkannte, die Artikel 51 und 52 das Lebenslicht aus (kick the daylight out of the world organization).

Die Einfügung war das juristische Meisterstück von John Foster Dulles, der nicht von ungefähr den Ruf genoß, der beste Rechtsanwalt der USA zu sein; assistiert hatte ihm Senator Arthur H. Vandenberg (offiziell war Dulles der juristische Beirat). Der Text beider Artikel - voller Fußangeln, nur von Experten sofort zu verstehen - hob die restlichen 109 Artikel der Charta auf und bezweckte nichts anderes als die Isolierung der Sowjetunion und eine entscheidende Verschärfung der Spaltung zwischen den beiden Machtblöcken.

L. L. Matthias nennt in seinem kaum genug zu empfehlenden Buch "Die Kehrseite der USA" das Werk von Vandenberg und Dulles den "coup d'état von San Francisco". Legten die beiden Artikel doch den juristischen Grundstein für die "Vereinten Nationen", die Spaltung der Welt in zwei Teile.

Das aber genügte noch nicht zur "Umerziehung" des amerikanischen Volkes, dem man vor dem beigebracht, sich "Uncle Joe" zu denken wie zumindest frühere christliche Generationen den lieben Gott sich gedacht, weise, gütig und mit großem Schnurrbart. Um eine breite anti-russische Mehrheit zu erzeugen, bedurfte es einer besonders Aufsehen erregenden Aktion, wobei man sich des alten und eigentlichen Gegenspielers von Stalin bediente, der populären britischen Kriegsfurie Churchill, so konservativ im Übrigen, daß er wohl am liebsten die ganze Welt mit Kaisern und Königen bevölkert hätte.

Noch im Oktober 1944 zwar hatte Churchill in Moskau einen Toast auf "Marschall Stalin" ausgebracht, ihn "Stalin den Großen" genannt - freilich bald auch in einem Telegramm (das seine Memoiren nicht erwähnen) Marschall Montgomery angewiesen, die Deutschen zu bewaffnen, sollten die Russen die Elbe überschreiten. Bat er ja auch dringend den US-Präsidenten, keinen fußbreit besetzten Gebietes der UdSSR zu überlassen, obwohl doch die Begegnung der amerikanischen und sowjetischen Truppen an der Elbe, somit weit östlich von der in London vereinbarten Linie stattfand. ...<<

Das Jahr 1946 brachte keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern mußten.

In der nordamerikanischen und britischen Zone betrug die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübte, täglich rund 3.000 Kalorien benötigte.

Obleich die Vereinten Nationen täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sank oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584). Im Ruhrgebiet waren Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübte, täglich rund 3.000 Kalorien benötigte. Obgleich die Vereinten Nationen täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sank oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584). Im Ruhrgebiet waren Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet.

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortete nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisierte damals die ungenügende Lebensmittelversorgung in der britischen Zone (x131/101-102): >>... Ich möchte hungernden Deutschen etwas zu essen geben, und ich möchte Ihnen nicht aus politischen Erwägungen heraus etwas zu essen geben, sondern weil sie mir leid tun. Und ich bin fest davon überzeugt, daß ich damit nicht alleine dastehe. ...

Schenkte man den Männern unseres öffentlichen Lebens Glauben, dann müßte man meinen, daß Mitleid und Barmherzigkeit ausgesprochen schändlich seien, und das Eigennutz eine grundlegende ethische Pflicht sei. ...

Der Gedanke an Epidemien in Deutschland ist mir unerträglich, ... weil sie furchtbar sind für die Menschen, die von ihnen heimgesucht werden. ...

Es war kein Vergnügen, dies alles zu schreiben. Ich habe es mit einem immer stärker werdenden Gefühl der Scham geschrieben, das, wie ich mit Sicherheit glaube, sehr viele meiner Leser teilen werden, und ich wage zu hoffen, daß es eine Mehrheit ist.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 7. Januar bis zum 3. Februar 1946 täglich nur 1.675 bzw. 1.576 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR legten am 8. Januar 1946 die Ausweisungsmodalitäten für die Sudetendeutschen fest (x004/328-331): >>1.

Besprechungsthemen am 8. Januar 1946:

a) Personalfeststellung.

... Zusätzlich zu der persönlichen Kennkarte verlangten die Vertreter der USA Namenslisten in 3facher Ausfertigung. Die Tschechen erklärten sich damit einverstanden. Eine ärztliche Bescheinigung für jede Gruppe wird Teil dieser Namensliste sein.

b) Kleidung.

Alle Auswandernden sollen nach Übereinkunft mit hinreichender Kleidung ausgerüstet werden, wie Unterwäsche, passende Anzüge, Mäntel und Schuhe. ... Wenn ihnen wesentliche Teile davon fehlen, werden die Tschechen die mangelnden Teile bereitstellen.

c) Gepäckbeschränkung.

Die Tschechen erklären, daß das Gepäck auf 30 kg je Person beschränkt sein wird.

Die Vertreter der USA wiesen darauf hin, daß dieses Gewicht nicht ausreicht, um genügend Kleidung, Bettzeug, Küchengeschirr und die notwendigsten Gegenstände mitzunehmen. ... Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Auswanderer gezwungen sind, sich in einem verwüsteten Deutschland niederzulassen und daß alle diese Gegenstände dort nicht erhältlich sind.

Die Vertreter der USA forderten, daß ein Minimum von 50 kg pro Person zugelassen würde, und die Tschechen willigten darin ein, mehr als 30 kg zu gestatten, um den Anforderungen gerecht zu werden, daß zum mindesten die notwendigsten Lebensgüter den Auswanderern in Deutschland zur Verfügung stehen.

d) Geld und Eigentum.

Die Tschechen fordern, daß jede Familie einen maximalen Geldbetrag von 1.000 RM pro Person mitnehmen darf, dagegen keine Wertgegenstände, wie Juwelen, teure Pelze, wertvolle

Besitz- oder Museumsstücke.

Die Vertreter der USA äußerten sich nicht hierzu, da die Frage als eine rein tschechische angesehen wird. Die Auswanderer werden Eigentum in dem Umfang mitnehmen dürfen, welcher vom tschechischen Finanzministerium gestattet wird.

e) Lebensmittelversorgung.

Die Tschechen geben an, daß jede Familie soviel Nahrungsmittel mitnehmen darf, als sie für ihre Lebensmittelkarten erwerben können. Auf der Fahrt werden sie an den tschechoslowakischen Bahnhöfen mit heißer Mahlzeit versehen.

Die Vertreter der USA schlagen vor, daß auf ihren Wunsch hin alle Auswanderer an den Sammelstellen mit einem Vorrat von mindestens 3tägiger Ernährung eintreffen. Die Tschechen erklären sich damit einverstanden und werden allen Auswanderern, die nicht über diese Verpflegungsmenge verfügen, die fehlende Menge in jedem Zug ausgeben.

f) Ärztliche Fürsorge und Gesundheitsüberwachung.

Man kam überein, daß die ersten Transporte nur solche Auswanderer umfassen, die bei guter Gesundheit, frei von ansteckenden Krankheiten und ohne Krankenhausbehandlung nach unmittelbarem Eintreffen an ihrem Bestimmungsziel sowie ohne Geisteskrankheiten sind. ... Die Tschechen warfen dann die Frage auf, zu welchem Zeitpunkt sie die Kranken, die Hospitalfälle und die Geisteskranken abtransportieren könnten. ...

Die Vertreter der USA verlangten, daß keiner dieser Fälle während der ersten Transporte befördert würde und auch nicht, bevor die verlangten Unterlagen zur Verfügung ständen ...

g) Waggonmaterial.

Die Tschechen erklärten, daß der Durchschnittszug aus 40 Wagen mit 1.200 Leuten bestehen würde.

Die USA-Vertreter gaben an, daß dies den USA-Spezifikationen von 30 Personen pro Waggon entspräche. Sie wiesen ferner darauf hin, daß bei schlechtem Wetter die USA darauf bestehen, daß alle Transporte von Flüchtlingen nur in geheizten Wagen durchgeführt werden dürfen. Nach einer langen Debatte willigten die tschechischen Vertreter darin ein, und sie bemerkten, daß der erste Flüchtlingszug Ende Januar bereitgestellt werden könnte ...

i) Die Tschechen erklären sich damit einverstanden, daß Vertreter der USA die Züge vor ihrem Übergang nach Deutschland inspizieren, aber dulden nicht, daß deutsches Personal für diese Tätigkeit innerhalb der Tschechoslowakei Verwendung findet. ...

k) ... Die Tschechen erklären sich bereit, pro Zug einen Offizier und 10 Mann als Begleitpersonal zu stellen.

l) Gestellung von Eisenbahnmaterial.

USA-Vertreter gaben bekannt, daß im Augenblick keinerlei Bahnmaterial zur Benützung innerhalb der Tschechoslowakei zur Verfügung gestellt werden kann und daß die Tschechen dieses bereitstellen müssen, um die Auswanderer zu den Empfangsstationen in Deutschland zu bringen.

Die USA-Vertreter wiesen darauf hin, daß deutsches Bahnmaterial, welches Güter und Zwangsarbeiter nach der Tschechoslowakei hineinbringt, auf dem Rückwege mit Flüchtlingen beladen werden könnte. ...

m) ... Die Vertreter der USA legten dar, daß die Erklärung von Potsdam, wonach die USA-Zone 1,75 Millionen und die Sowjetzone 750.000 Flüchtlinge aufnehmen, dahingehend ausgelegt wird, daß 70 % nach der US- und 30 % nach der russischen Zone kommen. Diese Maßnahme ist erforderlich, um die Transporte nach jeder Zone im richtigen Verhältnis durchzuführen und eine gerechte Aufteilung in dem Fall zu gewährleisten, wenn die Gesamtsumme verschieden von der geschätzten Zahl von 2,5 Millionen ausfällt.<<

Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR legten am 9. Januar 1946 weitere Ausweisungsmodalitäten für die Sudetendeutschen fest (x004/331-332):

>>... 2 b) Die Vertreter der USA erbaten eine Aufstellung der für die Evakuierung verantwortlichen Ministerien.

Oberst Dastich erwiderte, daß das Innenministerium verantwortlich sei für die Auswahl, Personalausweise, Vorbereitung, Verschickung, ärztliche Fürsorge usw. und daß das Ministerium der nationalen Verteidigung verantwortlich ist für den Transport ...

e) Die Vertreter der USA fragten, wieviel Flüchtlinge bereits offiziell in die Sowjet-Zone befördert wurden. Die Tschechen gaben an, daß 70.000-75.000 in organisierten Transporten seit dem Potsdamer Abkommen ausgewiesen wurden. ...

f) Man kam darin überein, daß Familien nicht getrennt werden sollen und daß, wenn eines der Familienmitglieder eine ansteckende Krankheit bekommt, die Familie und alle mit dem Kranken in Berührung gewesenen Personen in Quarantäne kommen und nicht weitertransportiert werden, bevor nicht (eine) einwandfreie Bescheinigung über das Erlöschen der Krankheit ausgegeben wird.

Die USA-Vertreter fragten nach der Zahl der Waisen. Die Tschechen erwiderten, daß kein Kind ohne Begleitung fahren wird. Alle Waisen oder unehelichen Kinder befinden sich bei Familien. ...

h) ... Es wird angenommen, daß die Verschickung etwa am 25. Januar im Umfang von einem Zug pro Tag beginnen könne.

i) Reihenfolge der Transporte.

... Nach längerer Erörterung kam man zu dem Schluß, daß der beste Vorschlag der ist, gebietsweise zu evakuieren und keine Unterscheidungen zu machen, mit Ausnahme solcher in gesundheitlicher Beziehung, wie bereits früher in diesem Protokoll erörtert. Die Tschechen werden besonders geeignete Arbeiter nicht aussondern, sondern ganze Gemeinden verschicken, was auch eine gleichmäßigere Evakuierung zur Folge hat und eine praktische Methode darstellt. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/118-126): >>Die Modalitäten für die Überführung in die amerikanische Besatzungszone wurden vorher in Verhandlungen von Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden in der US-Zone mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung am 8. und 9. Januar (1946) festgelegt.

Nach diesem Abkommen sollten die "Auswandernden" mit hinreichender Kleidung (wie Unterwäsche, passenden Anzügen, Mänteln und Schuhen) ausgerüstet sein, Gepäck mit einem Gewicht von etwa 30-50 kg und 1.000 RM mitnehmen dürfen, von den Tschechen mit einem für mindestens 3 Tage reichenden Lebensmittelvorrat und auf der Fahrt im tschechischen Staatsgebiet mit warmer Verpflegung versehen werden, zu Transporten von durchschnittlich 1.200 Personen in 40 Eisenbahnwaggons, die bei schlechtem Wetter geheizt werden könnten, zusammengefaßt werden; Familien sollten nicht auseinandergerissen werden.

Die Auswahl der auszusiedelnden Personen, die Vorbereitung der Ausweisung und die ärztliche Betreuung der Ausgewiesenen lag in den Händen des tschechischen Innenministeriums, für den Abtransport selbst war das Verteidigungsministerium verantwortlich.

In die ersten Transporte - der erste traf am 25. Januar 1946 aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein - wurden vorwiegend die bereits in den Lagern befindlichen Personen eingereiht. Bis zum 24. Februar wurden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. Meist wurden schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager in den einzelnen Bezirken als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet.

Die Aufrufe zur Ausweisung ergingen vielfach noch unter ähnlichen Bedingungen wie bei den ersten Austreibungsaktionen, und nicht selten wurden die Betroffenen mit Gewalt aus ihren

Wohnungen geholt und zu Fuß oder auf Pferdefuhrwerken und Lastkraftwagen in die Sammellager abgeführt, wo sie einige Tage oder auch wochenlang bis zum endgültigen Verlassen der Heimat bleiben mußten.

Im Lager nahmen Zollbeamte die Kontrolle des Gepäcks vor; häufig beraubte man hier die Ausgewiesenen noch der wertvollsten Kleidungsstücke und Gegenstände, vor allem dann, wenn das Gepäck das vorgeschriebene Gewicht von 30, später 50 bis 75 kg überschritt. Nur zu oft hingen diese Kontrollen von der Willkür der Beamten ab, die je nach ihrer politischen oder menschlichen Haltung großzügig verfahren oder radikal das Gepäck dezimierten. ... Unterschiedlich war auch die Versorgung der Transporte mit Lebensmitteln und die sanitäre Betreuung.

Entgegen den getroffenen Vereinbarungen befanden sich in vielen der Transporte Familien, deren arbeitsfähige Mitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden. Nach übereinstimmenden Mitteilungen ist bei fast jedem Flüchtlingstransport festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden.

So waren beispielsweise bei dem Transportzug ... am 16.2. von Marienbad nach Würzburg unter 1.295 Personen 70 arbeitsfähige Männer; am 17.2. von Mährisch Gronau nach Bayreuth unter 1.200 Personen 80 arbeitsfähige Männer; ... am 2.3. von Znaim nach Schweinfurth unter 1.200 Personen 40 arbeitsfähige Männer.

Alle diese Mißstände führten schließlich zu Interventionen der Amerikaner bei der tschechoslowakischen Regierung, durch die im April neue Vereinbarungen des Repatriierungsausschusses des Alliierten Kontrollrats mit den tschechischen Behörden erreicht wurden. Danach sollten vom 1. Mai 1946 ab 6 Züge täglich abgefertigt werden; die Ausgewiesenen durften 50 kg Gepäck und anstelle von 1.000 RM nur 500 RM mitnehmen. ...

Auf Grund von Gesuchen deutscher Dienststellen bei der amerikanischen Militärregierung und den amerikanischen Verbindungsstäben in der CSR wurde die Absperrung der Waggontüren während des Transports im tschechoslowakischen Gebiet abgestellt, desgleichen wurden die rücksichtslosen Körpervisitationen durch tschechische Kontrollorgane verboten.

So begannen sich ab Mai 1946 die Bedingungen der Ausweisung zu bessern. ... Aber immer noch hatten die Sudetendeutschen Ursache genug zu Beschwerden und Beanstandungen. So wurde ihnen, die jeglicher Habe beraubt und meist in Lagern festgehalten waren, des öfteren von den Tschechen wertloses Zeug zugeteilt, nur damit sie das Mindestgewicht des Gepäcks vorweisen konnten. Diese Vorfälle waren der Anlaß für neue Besprechungen zwischen Vertretern der amerikanischen Militärregierung und tschechoslowakischen Regierungsstellen am 15. Juni 1946 in Prag, bei denen neue Richtlinien für die Ausweisung vereinbart wurden.

Ab Juli sollte jeder Ausgewiesene 70 kg Gepäck mitnehmen dürfen und angemessen bekleidet sein; für diejenigen, die nicht mehr über die notwendige Kleidung verfügten, sollte diese beschafft werden. Noch einmal wurde vereinbart, die Familien geschlossen, vor allem mit ihren Ernährern auszusiedeln. Die verstärkten amerikanischen Kontrollen führten dazu, daß diese Vereinbarungen auch größtenteils eingehalten wurden. Häufig kam es auch vor, daß Deutsche den amerikanischen Kontrollorganen Mißstände bei der Ausweisung verschwiegen, um ja nicht noch vor der Grenze aus dem Transport entfernt zu werden und weiter den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in der CSR ausgeliefert zu sein.

Niedergedrückt von dem ihnen angetanen Leid meldeten sich zahlreiche Sudetendeutsche freiwillig zum Abtransport. Nicht selten suchten sie sogar ihre baldige Zulassung zu den Transporten durch persönliche Zuwendungen (Geld und Wertsachen) an die zuständigen tschechischen Funktionäre zu erkaufen. ...

Als in den Sommermonaten auch die Ausweisung in die Sowjetzone begann, drängten sich die Menschen zu den Transporten, die in die amerikanische Zone gingen, um nicht weiter im

sowjetischen Einflußbereich und unter dem in ihm herrschenden System leben zu müssen. Um so größer war dann die Enttäuschung, wenn diese Züge doch in die Sowjetzone geleitet wurden.

Unter dem Eindruck der konsequenten tschechischen Entrechtungspolitik, die alle Voraussetzungen für ein Weiterleben in der CSR entzog, empfand der Großteil der sudetendeutschen Bevölkerung die Ausweisung für den Augenblick nicht in ihrer ganzen Schwere, sondern eher als eine Befreiung von einem unerträglichen Druck. Daraus läßt sich auch erklären, daß in der Schilderung der Erlebnisse, wie sie die Berichte geben, die Ausweisung selbst oft nur kurz erwähnt wird.

Sie trat im Bewußtsein zurück gegenüber dem Erlebnis der Rechtlosigkeit, des kümmerlichen Vegetierens in Dachkammern, Abstellräumen und Lagern aller Art, gegenüber Erniedrigungen aller Art. Das tschechische Verfolgungssystem hatte den Deutschen die Heimat zerstört, bevor sie sie verlassen mußten.

... Im ganzen Jahr 1946 sind nach Angaben des Bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei in der US-Besatzungszone eingelaufen; davon gingen 661 Transporte (690.879 Personen) nach Bayern und 450 Transporte (492.491) nach Hessen und Württemberg-Baden.

Über das Lager Furth im Wald sind mit allgemeinen Transporten, Sondertransporten und Einzelpermits und als Grenzgänger insgesamt 651.648 Sudetendeutsche eingetroffen, durch das Lager Wiesau gingen rund 587.000 Personen. Außerdem wurden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die 1945 nach Österreich ausgetrieben worden waren, in die amerikanische Besatzungszone aufgenommen. Hinzu kamen Zehntausende der 1945 in die sowjetische Besatzungszone Ausgetriebenen, die von sich aus in die amerikanische Zone gingen ...

Am 10. Juni 1946 setzte die Ausweisung in die sowjetische Besatzungszone ein, nachdem sowjetisch-tschechische Verhandlungen am 3. und 4. Mai 1946 in Berlin und am 1. Juni 1946 in Prag stattgefunden hatten. Sie hielt in unverminderter Stärke bis zum 18. Oktober an, ohne daß hierfür völlig zuverlässige zahlenmäßige Nachweise möglich sind. In dieser Zeit wurden in die Sowjetzone Deutschlands eingeschleust: Vom 10. Juni bis 21. Juni täglich 2 Züge, von da ab bis 30. Juni täglich 3 Züge, von da ab bis 18. Oktober täglich 6 Züge.

... Die schlechte Organisation des Weitertransports in die Zielorte schuf große Erbitterung unter den betroffenen Menschen. Die Züge wurden oft tagelang planlos hin und her geschoben und mußten nicht selten unterwegs um- oder ausgeladen werden, ohne daß für den sofortigen Weitertransport der Ausgewiesenen Sorge getragen war. Diese wurden durchweg erst in die Quarantänelager eingewiesen, von wo sie dann nach Wochen auf einzelne Ortschaften verteilt wurden.

Insgesamt wurden nach tschechischen Angaben bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen.

Die Sperrung der westlichen Besatzungszonen für Ausweisungstransporte aus der CSR ab November 1946 bedeutete für die damals zurückgebliebenen oder in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen eine Fortsetzung ihrer rechtlosen Lage. Unter ihnen befanden sich Tausende von Männern, deren Familie bereits ausgesiedelt worden waren und wegen der Abwesenheit des Ernährers in bittere Not gerieten, andererseits Familien, deren männliche Angehörige nicht mehr aus der Kriegsgefangenschaft in die CSR zurückkehren konnten und in Westdeutschland geblieben waren.

Um wenigstens die Familien zusammenzuführen, gestattete die amerikanische Militärregierung Mitte des Jahres 1947 wöchentlich 50 Personen die Einreise in die amerikanische Besatzungszone.

Die Einreisegenehmigungen erteilte das "Allied high Commission Permit Office" in Prag. Die Ausreisenden durften 100 kg Gepäck mitnehmen. Verpflegung und Transportbedingungen

waren wesentlich besser als bei den Transporten des vorhergehenden Jahres. In den Jahren 1947/48 konnten in solchen Transporten 5.125 Sudetendeutsche die CSR verlassen.

Daneben versuchten Hunderte illegal die Grenze zu überschreiten. Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzte noch einmal ein von den Tschechen organisierter, nicht auf Vereinbarungen mit der amerikanischen Militärregierung beruhender Abschub von Sudetendeutschen ein. Auf Lastkraftwagen schaffte man Tausende von ihnen ins Grenzgebiet und schob sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab.

Die deutschen Grenzwachposten besaßen die strikte Anweisung der Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden. Wenn auch im allgemeinen nicht danach gehandelt wurde, so blieb es doch nicht aus, daß der Übertritt einzelner Gruppen, die von bewaffneten Tschechen begleitet den Grenzstreifen betraten, verhindert wurde. Die Tschechen versuchten dann den illegalen Abschub an weniger gut bewachten Grenzstellen. Das Gepäck der auf solche Weise Ausgewiesenen wurde meist auf Lastkraftwagen nachgeschickt.

Im Rahmen dieser nicht auf Vereinbarungen mit den Amerikanern beruhenden Ausweisung schoben die Tschechen 24.009 Sudetendeutsche im Laufe des Jahres 1948 nach Westdeutschland ab. Insgesamt sind in den Jahren 1947/48 30.587 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gelangt. 1949 ebte der Zustrom ab. Die Zahl der "illegalen Grenzgänger" ging auf etwa 5.000 zurück.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei (x004/137,177-178): >>... Wie die Sudetendeutschen traf auch die Karpatendeutschen das Schicksal der Vertreibung aus ihrer Heimat. Obwohl die wichtigsten gegen die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei erlassenen Gesetze und Maßnahmen für das gesamte Staatsgebiet galten, unterschied sich das Geschick der Karpatendeutschen vor und während der Vertreibung von dem der Sudetendeutschen in erheblichem Maße.

Denn aus geschichtlichen, politischen und sozialen Gründen war das Verhältnis der Karpatendeutschen zu den Slowaken ein anderes als das der Sudetendeutschen zu den Tschechen, und auch der Ablauf der politischen Ereignisse in der Slowakei bis zur Vertreibung der Deutschen unterschied sich erheblich von den Vorgängen in den Sudetenländern. Ein weiterer Unterschied ergibt sich aus der soziologischen Struktur und der Siedlungsform der beiden Volksgruppen. ...<<

>>... Wie die Sudetendeutschen unterlagen auch die Karpatendeutschen den Ausweisungsbestimmungen der Potsdamer Beschlüsse. In der Slowakei begannen die Vorbereitungen für die Ausweisungen im April 1946, später als in den Sudetenländern. Zwei zentral gelegene Lager, Novaky in der Mittelslowakei – schon aus der Partisanenzeit als Verschleppungslager bekannt – und Deutschendorf (Poprad) in der Zips wurden in Sammellager umgewandelt, dazu kam das Lager Engerau in der Westslowakei. ...

Die große Aussiedlungsaktion begann in den letzten Tagen des Juli und endete im September desselben Jahres. Die Auszusiedelnden wurden, soweit es notwendig war und die Textilien ausreichten, neu eingekleidet. Sie erhielten 1.000, später 500 RM und durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die beklagenswerten Begleiterscheinungen der Vertreibungsaktionen in den übrigen ost-mitteleuropäischen Gebieten hier im allgemeinen fehlten. Auch ist es weder zu wilden Austreibungsaktionen vor der Potsdamer Konferenz wie in Böhmen und Mähren, noch zu überstürzten organisierten Ausweisungen wie in Ungarn gekommen.

Vor allem die Internierten empfanden es als Glück, wenn ihnen eine Überweisung in eines der Aussiedlungslager angekündigt wurde. Sie taten alles, um möglichst bald einem Transport eingegliedert zu werden. ... Für sie alle war es zur Gewißheit geworden, daß ein Weiterleben

in einem Lande, das keinem Deutschen mehr Bürgerrechte gewährte, auf die Dauer trotz vieler unzerreißbarer persönlicher Bindungen nicht mehr möglich war. So mußten die Deutschen in der Slowakei den gleichen bitteren Weg aus der ihnen gewaltsam entfremdeten Heimat antreten wie die Deutschen in den Sudetenländern.

Die verhältnismäßig spät anlaufende Aussiedlungsaktion in der Slowakei brachte es mit sich, daß viele der Ausgewiesenen in die Sowjetzone Deutschlands kamen, in die gerade zu diesem Zeitpunkt viele Transporte geleitet wurden. Nur 9 Transporte mit insgesamt 10.880 Personen wurden in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands geleitet.

Die Karpatendeutschen, die noch nach der großen Aussiedlungsaktion des Jahres 1946 zurückgeblieben waren - ihre Zahl wird mit 24.000 angegeben -, versuchten in den folgenden Jahren zu ihren nach Deutschland ausgesiedelten oder geflohenen Familienangehörigen zu gelangen, was allerdings bei der beschränkten Zahl der Transporte nur wenigen glückte.<<

Im Lager Dachau führten 500 nordamerikanische und polnische Soldaten am 19. Januar 1946 die gewaltsame Auslieferung von Kriegsgefangenen der Wlassow-Armee durch (x133/495-496): >>Im Einklang mit unserem Abkommen mit den Sowjets wurde der Versuch unternommen, 399 ehemalige russische Soldaten, die in deutscher Uniform gefangengenommen worden waren, ... vom Sammelplatz in Dachau auf Züge zu verladen.

Alle widersetzten sich der Verladung. Sie baten, erschossen zu werden. Sie zogen ihre Kleidung aus und weigerten sich, ihre Unterkünfte zu verlassen, um nicht verladen zu werden.

Es war nötig, Tränengas und einige Gewalt anzuwenden, um sie herauszuholen. Das Tränengas zwang sie, aus den Gebäuden in den Schnee herauszukommen, wo alle, die sich Schnitt- oder Stichwunden zugefügt hatten, erschöpft und blutend in den Schnee sanken. 9 Männer erhängten sich, einer erdolchte sich, und ein anderer starb später an den sich zugefügten Schnittwunden. 20 weitere ... (brachte man) mit selbst beigebrachten Wunden ins Lazarett.

Schließlich wurde die Verladung von 368 Männern vollzogen, die in Begleitung eines russischen Verbindungsoffiziers auf einem von Amerikanern bewachten Zug abfuhren. 6 entkamen unterwegs.

Eine Reihe Leute in der Gruppe behaupteten, keine Russen zu sein. Dies wurde, nach vorheriger Überprüfung durch die örtlichen Militärbehörden, dem russischen Verbindungsoffizier mitgeteilt, und folglich wurden elf Personen von den Russen als nicht-sowjetische Staatsbürger wieder zurückgegeben.

Der Vorfall war schockierend. Unter den amerikanischen Offizieren und Mannschaften herrschte beträchtliche Unzufriedenheit darüber, daß ihnen von der amerikanischen Regierung zugemutet wurde, diese Russen zu repatriieren. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. Januar 1946 aus München (x124/103): >>Unsere zugelassenen Parteien haben sich mit einer Bittschrift an den Alliierten Kontrollrat in Berlin gewandt, in dem sie feststellen, daß das Land ein Eldorado der Verbrecher aller Nationen geworden ist und die Bevölkerung noch nie so viel Übergriffe und Gesetzlosigkeiten erdulden mußte. ...

Die Amerikaner genehmigten unserer Polizei vor einigen Tagen Waffen, verklausulierten deren Gebrauch aber derart, daß schwer zu entscheiden ist, ob er der Polizei zum Vor- oder Nachteil gereicht.

Der Kontrollrat hat angeordnet, daß die deutschen Behörden die Devise "Keine Arbeit, kein Essen" hart und genau durchzuführen haben, indem fortan die Zuteilung der Lebensmittelmarken von der Arbeitsbescheinigung abhängig gemacht wird. ...<<

Sämtliche deutschen SPD- und CDU-Politiker (Oberpräsidenten und Chefs der Landesregierungen in der britischen Zone), außer dem parteilosen Hamburger Bürgermeister, stimmten am 25. Januar 1946 in Oldenburg gegen die Bildung von landsmannschaftlichen Flüchtlingsverbänden (x024/214): >>Die Bildung von landsmannschaftlichen Verbänden für Flüchtlinge,

sowie von jeder anderen Vereinigung von Flüchtlingen, sollte für die ganze britische Zone nicht gestattet werden. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Verbot von landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden (x024/-214-215): >>... Mit dem Koalitionsverbot, daß die Besatzungsmächte bald darauf aussprachen, konnten sie somit zwei Seiten gefallen; einmal den deutschen Politikern, die im Fall der britischen Zone selbst darum gebeten hatten, und den osteuropäischen Vertreiberstaaten, weil diese sich durch die Bildung von Vertriebenenvereinigungen hätten provoziert fühlen können. Den Vertriebenen wurde hier von seiten der Briten und Amerikaner jedenfalls erneutes Unrecht zugefügt.

Die Haltung der deutschen Politik zeigt die wohl allgemeine verbreitete Meinung, man könne sich die Schwierigkeiten vom Hals schaffen, wenn man nur den Betroffenen weder Möglichkeit zur Artikulation noch Macht zum Widerstand (Stärke durch Vereinigung) gäbe. Auch wenn dies nie ... offiziell geäußert wurde, lag doch gerade im Verbot von Vertriebenenvereinigungen der bequemste Weg, Konfrontationen und somit möglichen Konsequenzen auszuweichen.<<

Alle Münchener Filmtheater mußten am 25. Januar 1946 den Film "Die Todesmühlen" (US-Dokumentarfilm über die von den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen) zeigen.

Am 25. Januar 1946 traf der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar wurden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken wurden meistens schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen wurden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport war festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden (x004/120).

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 26. Januar 1946 die Einführung der 6-Tage- bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) forderte am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.

Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.

Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte, um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<

Die katholischen Bischöfe kritisierten am 30. Januar 1946 die unmenschliche Massenaustreibung der Deutschen (x025/122): >>Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. ...

Wir wissen, daß ... Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen?

Man soll die wirklich Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten? ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 30. Januar 1946 (x853/...): >>... Im Übrigen fand Bischof Clemens August damals auch ein warmes Wort des Dankes an die deutschen Soldaten für ihren selbstlosen Lebenseinsatz und versicherte in einer eigenen "Kanzelverkündigung" vom 30. Januar 1946 "die mehr als 10 Millionen Ostdeutschen, deren Vorfahren größtenteils schon vor sieben- bis achthundert Jahren in ostdeutschen Raum gesiedelt und den Boden urbar gemacht haben", seiner Anteilnahme an ihrem "entsetzlichen Schicksal".

Und wie er in Teltge (1. Juli 1945) das gesamte deutsche Volk gegen den Pauschalvorwurf der Kollektivschuld in Schutz genommen hatte, appellierte Graf Galen in dieser Verlautbarung an die Weltöffentlichkeit, die Augen nicht vor der "brutalen Austreibung" seiner ostdeutschen Landsleute zu verschließen, damit verhütet wird, "daß aufs neue Macht vor Recht gehe und eine Saat des Hasses ausgestreut werde". ...<<

Der EKD-Rat protestierte am 30. Januar 1946 ebenfalls gegen die brutalen Vertreibungsmethoden (x111/130): >>... Zu Tode erschöpft, halb verhungert und unterwegs bis aufs Letzte ausgeraubt, kommen die unglücklichen Opfer der Ausweisungen in Deutschland an und finden hier oft genug nirgends ein menschenwürdiges Unterkommen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebensmittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmühlen" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<

Die Zeitung "Vaterland" berichtete Anfang 1946 über eine Reise durch das zerstörte Deutschland (x117/112): >>... Wenn Deutschland über die Zeiten der ärgsten Not geholfen wird – und es muß ihm nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Europas geholfen werden -, dann wird sich das deutsche Volk wieder erholen, gewiß unter furchtbaren Schmerzen und Verlusten, aber doch mit den Möglichkeiten eines neuen Aufstiegs.

Die Besatzungsmächte vergessen allzusehr, daß ein Toter gefährlicher sein kann als ein Lebender. Ein lebendiges Deutschland ist weniger zu fürchten als ein totes Deutschland, dessen Verwesung ganz Europa infizieren würde. Eine großzügige und großherzige Deutschlandhilfe ist ganz einfach eine europäische Aufgabe.<<

US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) berichtete über die Vertreibungstransporte im Januar 1946 (x028/137-138): >>... Die Ausgewiesenen waren ohne genügend Proviant und nur mit notdürftigstem Reisegepäck zusammengestellt worden; hungrig und armselig kamen sie an. ...

Besondere Schwierigkeiten gab es mit den Tschechen; nicht nur der persönliche Besitz der Sudetendeutschen, auch junge kräftige Arbeiter wurden zurückgehalten, während man uns die Alten, die Frauen und die kleinen Kinder schickte.

Erst als wir aus diesem Grunde die Transporte zeitweilig einstellten, erreichten wir auf dem Verhandlungsweg, daß diese Zustände behoben wurden.<<

Im US-Senat wurde am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch

in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.

Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.

Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<

Der sowjetische Ankläger Oberst Pokrovskij behauptete am 14. Februar 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, daß deutsche Wehrmachtstruppen die Katyn-Massaker durchgeführt hätten (x046/205): >>... daß eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen, für die die Hauptkriegsverbrecher verantwortlich sind, die Massenvernichtung polnischer Offiziere war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutschfaschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde. ...<<

In Augsburg traf am 15. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Freudenthal ein. Unter den 595 Personen waren nur 50 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Der Ausschuß für das deutsche Flüchtlingswesen forderte die US-Militärregierung am 15. Februar 1946 auf, Transporte, die gegen die Vereinbarungen vom 8./9. Januar 1946 verstießen, nicht zu übernehmen (x004/120): >>Nach übereinstimmenden Mitteilungen ist bei fast jedem Flüchtlingstransport festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden. ...<<

Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" wurden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet. Bis Mitte 1947 transportierte man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtete am 22. Februar 1946 aus der US-Botschaft in Moskau über die Ziele der sowjetischen Politik (x111/139): >>... Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kräften zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen besseren Welt weicht.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 25. Februar 1946 über die nordamerikanisch-tschechischen Umsiedlungsverhandlungen (x124/133): >>Die Tschechen drängen nun darauf, alle Deutschen loszuwerden, die sie nicht als Arbeitssklaven gebrauchen können. Sie verlangen, daß wir zusätzliche Auffanglager errichten. ...

Wie sollen wir mit der Lawine ausgeplündelter, hilfsbedürftiger Menschen fertig werden, wenn uns nicht wenigstens Zeit bleibt, sie auf das Land zu verteilen? ...<<

Der Alliierte Kontrollrat veröffentlichte am 26. Februar 1946 Entnazifizierungsrichtlinien (x116/16-17): >>Anordnung. - Um den Einfluß des Nationalsozialismus und Militarismus in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben völlig auszumerzen und die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen zu fördern, wird hiermit angeordnet:

1. Es ist ungesetzlich ... nationalsozialistische Parteimitglieder anzustellen oder in ihren Stellungen zu belassen, die mehr als nominell an den Tätigkeiten der NSDAP teilgenommen haben oder die dem Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüber stehen. ...

5. Sie sollen durch solche Personen ersetzt werden, die sich durch ihre politischen oder moralischen Eigenschaften als fähig erwiesen haben, zur Entwicklung echter demokratischer Ein-

richtungen in Deutschland beizutragen.<<

Das IKRK und andere Hilfsorganisationen wurden Ende Februar 1946 weiterhin daran gehindert, Hilfsgüter für deutsche Kinder und Kranke in die US-Zone zu bringen (x131/87).

Der Ökumenische Rat verurteilte im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und wies auf das Elend und die unsägliche Not der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

In einem Brief an den nordamerikanischen Botschafter forderte der französische Außenminister Bidault am 1. März 1946 weiterhin die Zerstückelung Deutschlands (x058/395-396): >>... Sie haben schließlich ihr volles Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung ausgedrückt, sich gegen die Wiederkehr deutscher Aggressionen zu sichern und zu diesem Zweck Abänderungen des territorialen Status der ihrer Grenze benachbarten Gebiete vorgenommen zu sehen.

Die französische Regierung ihrerseits kann, wenn sie in Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung die längere Besetzung Deutschlands als die beste Garantie der Sicherheit betrachtet, nicht übersehen, daß diese Besetzung eines Tages ein Ende nehmen wird.

Sie macht sich bereits jetzt Gedanken über die Vorsichtsmaßnahmen, die zu treffen sind, um zu vermeiden, daß Deutschland, wenn diese Besetzung ein Ende nimmt, wieder eine Bedrohung für den Frieden wird. Es scheint ihr, in Anbetracht des Menschenpotentials dieses Landes, daß die deutsche Gefahr so lange bestehen bleiben wird, wie eine deutsche Regierung, unter der Wirkung eines Nachlassens der internationalen Wachsamkeit, so wie sie zwischen den beiden Weltkriegen eingetreten ist, die Möglichkeit behält, über industrielle Hilfsquellen zu verfügen, die geeignet sind, die Wiederherstellung ihrer militärischen Macht zu sichern.

Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat gezeigt, daß die territorialen Klauseln die letzten sind, welche die revisionistischen Staaten wieder in Frage zu stellen wagen. Diese Klauseln sind es auch, die am leichtesten mit einer wirksamen und präzisen internationalen Garantie zu versehen sind.

Aus diesen Gründen schlägt die französische Regierung vor, daß der Entzug gewisser Gebiete aus dem Bereich der deutschen Souveränität den unwiderruflichen Charakter der auf diese Weise erfolgten Begrenzung der deutschen Möglichkeiten unterstreicht und diese auch tatsächlich unwiderruflich macht. ...

Aus allen diesen Gründen hält die französische Regierung an ihrer Ansicht fest, daß es nicht angebracht ist, daß die Besatzungsmächte, wenn sie eine Politik der Dezentralisierung verfolgen wollen, damit beginnen, verzweigte Verwaltungen mit eigener Entscheidungsgewalt zu schaffen. Sie könnte auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Zuständigkeit solcher Verwaltungen auf die Gebiete der Ruhr, des Rheinlands oder, noch weniger, der Saar erteilen.

Das soll nicht heißen, daß meine Regierung die Notwendigkeit einer Koordinierung der Bemühungen in den verschiedenen Zonen verkennt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Rolle der Koordinierung dem Interalliierten Kontrollrat zukommt und das dieser Rat beim augenblicklichen Stand der Dinge allein die Befugnis behalten muß.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 4. März 1946 aus München (x124/137): >>In ein paar Tagen tritt das Entnazifizierungsgesetz in Kraft.

Es stellt den Versuch dar, ein ganzes Volk zu kriminalisieren. Jeder volljährige Deutsche muß in der US-Zone den Fragebogen mit 132 Fragen ausfüllen, was bisher nur für Leute galt, die beim Amerikaner in der Verwaltung oder im Geschäftsleben unterkommen wollten. Diese

Listen werden von Kommissionen bearbeitet, die Strafen bis zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug verhängen können.

Die Dragonaden der Religionskriege nehmen sich damit verglichen bescheiden aus. Die Amerikaner rechnen in ihrer Zone mit 1.000.000 Betroffenen.

Das Erbauliche der Prozedur liegt darin, daß wir uns selbst richten müssen. ...<<

Die Besatzungsbehörden verstärkten am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 hieß es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<

Die deutsche Bevölkerung wurde in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.

In der nordamerikanischen Zone wurden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthielt 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und mußte von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre waren, ausgefüllt werden.

Der bayerische SPD-Politiker Wilhelm Hoegner (1887-1980) erklärte am 8. März 1946 in München vor ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen (x111/144): >>... So wollen wir in diesen Tagen, aber auch Wochen und Jahren nachher, unsere Finger blutig kratzen, bis wir wieder in den Besitz eines anständigen Lebens und einer wirklichen positiven politischen und wirtschaftlichen Freiheit gelangen können.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 8. März 1946 aus München (x124/138-139): >>... Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen haben diktatorische Vollmachten, überflüssigen Wohnraum auszukundschaften und zu beschlagnahmen. Eine Beschwerdeinstanz für ihre Entscheidungen gibt es nicht.

Hinter der Aktion steht nicht nur die Regierung, sondern die Besatzungsmacht, die sich im November 1945 verpflichtet hat, in Übereinstimmung mit den Briten und Russen die 6.500.000 noch in Osteuropa lebenden Deutschen aufzunehmen.

Diese Übereinkunft geht wieder auf das Potsdamer Abkommen zurück, an dem sich die Franzosen nicht beteiligten. Daher lehnt de Gaulle eine Übernahme dieses Kriegserbes für seine Zone ab.

Da die Opfer dieser Manipulation nur Deutsche sind, können die Sieger die Bewältigung dieses Transfers, wie die triste Völkerwanderung beschönigend heißt, zu einer rein deutschen Angelegenheit machen. ...

Abends studierte ich das Entnazifizierungsgesetz, das die Tageszeitung im Wortlaut veröffentlicht. ...

Unsere Regierungen, denen die Durchführung obliegt, sind nicht zu beneiden. Sie müssen nicht nur in ein zerstörtes Land Millionen ausgeplündelter Menschen aufnehmen, sondern gleichzeitig einen Feldzug gegen unsere Vergangenheit führen, für den es in der Geschichte keine Parallele gibt.

Nach US-Schätzungen werden durch das Gesetz 1.000.000 Menschen ihre Existenz und Hunderttausende ihre Habe verlieren.

Uns allen wird ein kollektiver Schuldkomplex injiziert und eine Umwertung aller bisherigen

Anschauungen anbefohlen, deren Auswirkungen sich gar nicht absehen lassen.<<

Die "Nürnberger Nachrichten" berichteten am 9. März 1946 (x111/145): >>... Im Anschluß an die Verhaftung des Rüstungsmagnaten Friedrich Flick wurden innerhalb der amerikanischen Zone 33 Direktoren und Aufsichtsräte deutscher Großbanken verhaftet. ...

Der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover wird auf Einladung Präsident Trumans nach Europa fliegen, um festzustellen, wo Lebensmittellieferungen zur Vermeidung einer Hungersnot erforderlich sind.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. März 1946 aus München (x124/139-141): >>... Die Kommunisten gelten nicht nur bei den Amerikanern, sondern auch bei unseren Demokraten als besonders zuverlässige Garanten der neuen Ordnung. Waren sie nicht im KZ? Haben sie die Nazis nicht erbittert bekämpft? Ist nicht, wer im KZ war, ... besser als jeder, der nicht hineinkam? Die Logik scheint schlüssig, taugt nur nicht für die Wirklichkeit. ...

Wir fahren nach Allach, einem Industrievorort Münchens von 14.000 Einwohnern. Das erste Barackenlager, das wir besuchten, hatten Russen, die vorher darin hausten, völlig demoliert. Nun leben in den wiederhergestellten Resten Flüchtlinge, die in die umliegenden Fabriken zur Arbeit gehen.

Der Lagerleiter, ein abgehärmte Mann, ... führte uns durch einige Räume. Größtes Elend, verhungerte Gestalten; der Lagerarzt klagte namentlich über die Unterernährung der Kinder. Die Tagesration der Gemeinschaftsverpflegung liegt unter 1.200 Kalorien.

In einer Stube trafen wir eine Sudetendeutsche mit 6 Kindern. Den Mann hatten die Tschechen verschleppt, ebenso hatten sie ihr allen Hausrat bis auf 2 angeschlagene Töpfe weggenommen.

Mir kamen die Insassen wie Verdammte vor. Die Kinder besuchen keine Schule, da dauernd Infektionsfälle vorkommen, die Quarantäne notwendig machen. Die Leute gleichen Schatten; man fragt sich unwillkürlich, ob man diese grausige Szenerie in unmittelbarer Nachbarschaft der einst lebensfreudigsten deutschen Großstadt träumt oder ob es Wirklichkeit ist.

Der US-Journalist war abgebrüht, er drängte weiter. ...

Ein krank aussehender Arzt schloß sich uns an; er sprach ein wenig Englisch. Die Transporte seien sehr unterschiedlich. ... Die Leute hätten ihre besten Sachen an und benähmen sich wie beim Kirchgang. Welche Schwierigkeiten auf sie warten, ahnten nur wenige. "Sie machen sich also Illusionen", bemerkte der Journalist. "Das ist verständlich", erwiderte der Arzt. "Die meisten haben Furchtbares erlebt und sind froh, der Hölle entronnen zu sein.

Außerdem rechnen sie mit keinem Daueraufenthalt. Wenn die Leidenschaften verglüht und die Vernunft wieder eingekehrt ist, hoffen sie auf die Rückkehr. Es gibt auch schrecklich Verelendete in den Transporten; solche, die monatelang in Lagern ohne sanitäre Einrichtungen leben mußten. Diese sind abgerissen, ausgezehrt und voller Läuse." ...<<

In Bremen wurde am 15. März 1946 der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt. Alle deutschen Erwachsenen mußten den Film über die Greuel in den NS-Konzentrationslagern ansehen. Es fanden täglich 7 Vorstellungen statt.

Konrad Adenauer schrieb am 16. März 1946 (x095/42-43): >>... Das deutsche Volk ist seelisch und materiell in einer Tiefe angelangt, die Schrecken erregend ist. Es wird einer sehr langen, sehr mühsamen und sehr planmäßigen Aufbauarbeit bedürfen, die natürlich in erster Linie vom deutschen Volk selbst geleistet werden muß, bei der es aber der Hilfe anderer Nationen bedarf. ...

USA kennt Europa nicht. Ich stand mit den Offizieren der amerikanischen Besatzung hier ganz ausgezeichnet und habe das immer wieder erfahren müssen, daß sie Europa nicht kennen.

Daher ist USA auch geneigt, sich nicht für europäische Angelegenheiten zu interessieren. Und

doch ist das ganz falsch. Wenn die europäische Kultur, die seit 30 Jahren schwer gelitten hat, ganz zugrunde geht, so wird das auch für USA von großer Bedeutung sein.

Die Gefahr ist groß. Asien steht an der Elbe. Nur ein wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs, ein Westeuropa, zu dem als wesentlicher Bestandteil der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands gehört, kann das weitere geistige und machtmäßige Vordringen Asiens aufhalten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 17. März 1946 über den Hunger im Westen (x124/144): >>Unter dem Druck des Hungers versuchen Tausende, aus der britischen Zone nach der amerikanischen überzuwechseln, so daß die Amerikaner die Grenzpatrouillen verstärkt haben und eine scharfe Kontrolle des Reiseverkehrs durchführen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. März 1946 aus Bayern (x124/146): >>... Ich habe mich in letzter Zeit ein wenig umgesehen. Überall trifft man Menschen, die mit Gelassenheit und gutem Willen unser so wenig aussichtreiches Schicksal auf sich nehmen.

Die Jungen denken immer noch in den Kategorien des Krieges, andere haben sie ja nicht kennen gelernt.

Die Alten gehen den Weg des langatmigen zähen Verhandeln.

Wie wir wieder Herr im eigenen Hause werden, weiß niemand, vielleicht am ehesten dadurch, daß jeder für sich und die Nächsten so weitgehend wie möglich die Probleme zu lösen sucht. Aber wie eng die Schranken uns dabei gesetzt werden, erfahren wir Tag für Tag.<<

In Bremen erhielten die Schulkinder am 25. März 1946 erstmalig ein warmes Mittagessen (Beginn der "Schulspeisung").

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 26. März 1946 den ersten Industriepan für Deutschland. Die Industrieproduktion sollte etwa 50-55 % der Produktionsmenge des Jahres 1938 betragen. Höhere produzierte Mengen sollten als Reparationsgüter an das Ausland verteilt oder vernichtet werden (x101/12).

"The Times" berichtete am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<

Bischof Clemens August Graf von Galen erklärte während seiner Rede "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" im März 1946 (x358/10): >>Die Alliierten setzten in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methoden der Gestapo übernommen.<<

"The Reader's Digest" berichtete im März 1946 über die nordamerikanischen Besatzungssoldaten in Westdeutschland (x114/2.96): >>**Warum die GIs die Deutschen so gern haben!**

Annähernd 4 von 5 zurückgekehrte Soldaten ziehen Deutschland allen alliierten Ländern vor, die sie gesehen hatten. Die zu Hause gebliebenen Amerikaner mag dies verblüffen, wird aber keinen Soldaten überraschen, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz war.

Man hört oft GIs die Engländer kritisieren und die Franzosen verdammen. Aber es war eine Seltenheit, Amerikaner in Deutschland den Feind verwünschen zu hören. Die wenigen, die dies taten, hatten ihre Freunde in der Schlacht sterben sehen oder stießen auf Körper von erschossenen gefangenen Kameraden oder hatten die Leichen von Buchenwald und Dachau gerochen. Gewiß, diese blieben unversöhnlich, aber die Ersatzleute, die sie ablösten, kannten die

Deutschen nur als friedvolle, freundliche Gastgeber.

Die "Krauts", ein freundschaftlich gebrauchter Ausdruck der GIs für die Deutschen, zu haben, wurde mit der Zeit direkt ungehörig. In Deutschland stationierte Soldaten, die einen Urlaub nach Paris oder die französische Riviera erhielten, kamen nicht selten zurück, bevor ihr Urlaub zu Ende ging, sie kehrten "heim" nach Deutschland.

Was ist die Ursache dieser Gefühlswelle, die unseren Sieg bedroht?

Der amerikanische Soldat fühlt sich vor allem in "Übersee" einsam und heimwehkrank. Die Deutschen scheinen ihm nun weniger fremd als irgendein anderes Volk, ja sogar als die Engländer. Er kam mit der Idee nach England, daß er dort Leute finde, die ähnlich wie er seien. Das Ergebnis war aber überraschend, denn über die bestehenden Differenzen zwischen dem amerikanischen und britischen Charakter war er verärgert.

In Deutschland dagegen erwartete er erhebliche Wesensverschiedenheiten, und dann konstatierte er mit Vergnügen so viele Ähnlichkeiten.

Und jetzt kommen wir zu einer der Hauptursachen für die Haltung der GIs Deutschland gegenüber. Nachdem er die ersten Hemmungen überwunden hatte, sah er sich einer Flut williger Mädchen gegenüber. Er fand sie in den engstmöglichen Badeanzügen am Strand der Flüsse, ihre Beine verführerisch zur Schau gestellt, und wollte er ein Mädchen, so hatte er nichts weiter zu tun, als seinen Jeep zu stoppen.

Warum zeigten sich eigentlich deutsche Frauen den amerikanischen Soldaten so mit vollem Herzen zugetan? Einer der Gründe war wahrscheinlich die einfache Tatsache, daß sie ihre Männer seit langem entbehren mußten. Ein anderer Grund ist der Niedergang der Moral, eine der Früchte der Nazi-Propaganda. ...

Das Verblüffende daran ist, wie die GIs die Haltung der deutschen Frauen auslegen. In Frankreich hatten die GIs fast ausschließlich Kontakt zu Prostituierten, und dies machte bei ihnen der Auffassung Platz, daß das französische Volk unmoralisch sei. In Deutschland aber, wo ihnen im allgemeinen jede Frau zur Verfügung stand, sahen sie dies als romantisch an und als Zeichen der Freundschaft und der Großzügigkeit seitens der deutschen Frauen.

Der amerikanische Soldat ist jeden Tag einer kein Ende nehmenden Propaganda seitens der hartnäckig freundlichen deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Weil er offen und von Natur aus nicht mißtrauisch ist, verfehlt diese Propaganda ihren Zweck nicht, ja sie hat sogar tiefen Eindruck auf ihn gemacht.

Kommt der GI heim, so hat er eigentlich das Gefühl, daß ihm der Feind näher steht als seine Alliierten, und er kommt zu Millionen zurück und wird seine Meinung in jeden Winkel der Vereinigten Staaten mitnehmen.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 1. April bis zum 28. April 1946 täglich nur 1.042 bzw. 1.270 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der Schriftsteller Heinz Piontek (1925-2003) schrieb am 1. April 1946 in der "Neuen Presse" über die Lage der Jugend (x111/151-152): >>... Mit aufgerissenen Augen taumeln Jungen und Mädchen, durch Nöte und Gefahren der Kriegszeit älter und stiller geworden, in ein neues, unbekanntes Leben.

Verständnislos hören und lesen sie über Ränke und Intrigen einer schamlosen Politik, über Blutgier, Brutalität und Größenwahnsinn ihrer Führer und glauben zu träumen, wenn man ihnen Zug um Zug beweist, daß alle Ideale, die man ihnen einst gegeben, einem überheblichen und gewissenlosen Hirn entsprungen, nicht einen Pfifferling wert sind. Wir stehen nun in einer neuen Welt. Die alten Götzen haben wir zum Teufel gejagt. Wir möchten arbeiten, schaffen, um das Versäumte nachzuholen, unsere Schuld zu tilgen. ...

Noch ist Gut und Böse nicht in uns gefestigt, noch sind wir nicht fähig, klar unser Ziel zu sehen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 5. April 1946 aus Bayern (x124/153): >>... Nun sollen wir das Land Bayern nicht nur von den Evakuierten der britischen und französischen Zone räumen, sondern auch die halbe Million Schlesier umsiedeln, die hier im Januar 1945 Zuflucht gefunden haben!

Aber Jugoslawen, Polen und Griechen dürfen zur Rückkehr in ihre Ursprungsländer nicht gezwungen werden, zu schweigen von den Juden; die wieder in Massen aus Polen einströmen, wo nach ihrer Aussage die Pogrome nicht aufhören. ...<<

Im Durchgangslager Furth informierte ein deutscher Grenzkommissar am 10. April 1946 den nordamerikanischen Verbindungsoffizier über die Iglauer Vertreibungstransporte (x005/490): >>... Personalpapiere fehlten ebenfalls wieder fast bei sämtlichen Transportangehörigen, wie Trau-, Erb- und Gewerbescheine, sowie Versicherungspolice und dergleichen, die den Leuten im Lager abgenommen wurden mit dem Hinweis, daß sie vor Ausweisung wieder zurückgegeben werden. Dies geschah jedoch nicht, obwohl die Flüchtlinge ihre Papiere anforderten. Sogar Eheringe sollen abgenommen worden sein.

Die Ausstattung mit Gepäck war derart ungenügend, daß es der schlechteste Transport in dieser Hinsicht bisher überhaupt war. Zum Teil besaßen die Leute nur das, was sie am Leibe trugen. In Einzelfällen war es ihnen nur möglich, ein bis 2 Wäschegarnituren und evtl. ein sonstiges Bekleidungsstück beim Verlassen des Hauses mitzunehmen, so daß sie ihr ganzes Hab und Gut mit höchstens 10 kg in einem kleinen Rucksack bei sich führten. Der überwiegende Teil des Transportes verfügte nur über Gepäck bis höchstens 30 kg.

Dieser Übelstand kam in der Hauptsache daher, daß die Flüchtlinge förmlich von den eingesetzten Verwaltern von ihrem Hof vertrieben wurden, so daß ihnen keine Zeit zur Verfügung stand, die Gegenstände herauszusuchen und 50 kg zusammenzubringen.

Ein Teil der Männer, die aus der Gefangenschaft oder Haft entlassen wurden, kamen nicht erst nach Hause, um sich ihr Gepäck zu holen, sondern sie wurden sofort in ein Aussiedlungslager gebracht, wo sie in ganz kurzer Zeit dem Transport angegliedert wurden. Ein großer Teil der Frauen wurde wieder ohne Männer ausgesiedelt, da diese in Arbeitslagern zurückgehalten wurden oder sonstwie inhaftiert wurden. Die Frauen bzw. sonstige Familienangehörige waren in derart vielen Fällen vorstellig geworden, so daß sie im Einzelnen wegen der Kürze der Zeit gar nicht alle festgehalten werden konnten.

... Franz Z., geboren 19.1.1938, wurde ohne Eltern ausgewiesen, die sich im Kreisgericht in Iglau befinden, angeblich wegen Block- oder Zellenleitertätigkeit.

Es wird gebeten, vorstehend aufgeführte Beanstandungen zur Kenntnis zu nehmen und für Abstellung zu sorgen.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Walter Kolbenhoff (1908-1993) berichtete am 10. April 1946 über die damaligen Zustände im Münchener Bahnhof (x111/156): >>Im Bahnhof und in dem ganzen umliegenden Gebiet wimmelt es von Gaunern, Geldwechslern, Betrügnern und Wegelagerern. Dazwischen Flüchtlinge, die Einsamen, Verlorenen, Verlassenen, die nicht wußten, wohin.

Jede Mauernische war ein Bordell, jeder türlose Hauseingang eine Markthalle für alles, was der Mensch brauchte.

Diese Ansammlung von Krüppeln, Huren, Strichjungen, von Heimatlosen, Suchenden und Gehetzten war die Masse, in der ich mich bewegte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Thaddäus Troll (1914-1980, eigentlich Hans Bayer) schrieb am 10. April 1946 über die Verhältnisse in Tübingen (x111/152): >>Es roch in den Straßen von Tübingen nach schlechtem Tabak, nach Chanel Nr. 5 und nach markenfreiem Weißkohl.

Die Studenten waren dankbar, daß sie dem Krieg und dem politischen Terrorismus entronnen waren, sie waren fleißig und sahen eher wie pünktliche Buchhalter aus, die sich das Wohlwollen des Chefs verdienen wollten. ... Skeptiker, die zu den Krücken des Glaubens greifen, um

sich in den Trümmern unserer geistigen Welt bewegen zu können.<<

Die US-Militärregierung begründete am 29. April 1946 in einem Rundschreiben die Notwendigkeit des "Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" (x114/2.141):

>>Für das deutsche Volk stellt dieses Gesetz die Möglichkeit dar, zu beweisen, daß es auf dem Wege zum Aufbau eines friedliebenden Deutschland Fortschritte macht und daß man bald größere Verantwortung in seiner Selbstregierung übertragen kann.

Sollte sich das Gesetz als ein Fehlschlag erweisen, so würde das bedeuten, daß das deutsche Volk noch nicht reif ist, die Scherben seiner politischen Vergangenheit selbst zu beseitigen. ...<<

Die bayerische Heimat- und Königspartei forderte am 4. Mai 1946 die Wiederherstellung der Monarchie.

Diese Partei wurde 3 Tage später durch die US-Militärregierung verboten.

Die Zeitung "NEUE ZÜRICHER NACHRICHTEN" veröffentlichte am 6. Mai 1946 den gemeinsamen deutschen Hirtenbrief vom 27.3.46.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 berichtete später über diesen verbotenen Deutsche Hirtenbrief vom 27.3.46 (x853/...): >>... Die NZZ läßt dem Text folgende Bemerkung vorausgehen: "Wir veröffentlichen den letzten Hirtenbrief der westdeutschen Bischöfe, welcher zu den jüngsten Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat. Wie vom Korrespondenten des amerikanischen katholischen N.C.W.C., ... Herrn Dr. M. Jordan, mitgeteilt wird, ist der Hirtenbrief in der englischen Zone verlesen, in der amerikanischen und französischen auf Grund gütlicher Vereinbarung mit den betreffenden Bischöfen zurückgezogen worden."

Geliebte Diözesanen!

... Das Nationalsozialistische Reich hat zum sittlichen Niedergang des Volkes vielleicht am meisten dadurch beigetragen, daß es das Rechtsempfinden systematisch niedergetreten hat. Es hat alles Recht einseitig aus dem Nutzen des eigenen Volkes und aus dem Willen eines Menschen abgeleitet und kein objektives, letztlich in Gott begründetes Recht anerkannt.

So hat es eine Willkürherrschaft geschaffen, die jedes Recht der Einzelpersonen, der Familie, der Völker untereinander mit Füßen trat. Der Mensch aber, der sich rechtlos weiß, der durch Terror, Bespitzelung, polizeiliche Allgewalt in beständiger Unsicherheit und Angst gehalten wird, verliert den inneren Halt. Er verfällt leicht der Unaufrichtigkeit und Heuchelei und gerät in Gefahr, selber mit List und Gewalt seine Vorteile durchzusetzen, sobald er dazu in der Lage ist.

Wir hatten gehofft, daß nach dem Sturz des Nationalsozialismus einerseits eine strenge Bestrafung derjenigen erfolgen werde, die an den Verbrechen schuldig sind, die sowohl am eigenen Volk wie gegenüber den Angehörigen fremder Völker und Rassen in entsetzlichem Ausmaß geschehen sind.

Andererseits hofften wir, daß die neuen Machthaber alles daran setzen würden, um das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke und die Rechte der Einzelperson wieder neu zu begründen und so einer inneren Gesundung des deutschen Volkes vorzuarbeiten.

Bei aller Anerkennung der Bemühungen um die Einführung demokratischer Verwaltungsformen und um die Wiederbelebung des Erziehungswesens müssen wir doch gestehen, daß wir aufs tiefste enttäuscht sind durch das Weiterbestehen einer großen Rechtsunsicherheit.

Vor einigen Wochen schon sahen wir uns veranlaßt, Stellung zu nehmen zu den himmelschreienden Vorgängen im Osten Deutschlands, vor allem in Schlesien und im Sudetenland, wo mehr als 10 Millionen Deutsche aus der angestammten Heimat in brutaler Weise vertrieben werden, ohne daß untersucht wird, ob eine persönliche Schuld vorliegt. Keine Feder kann das namenlose Elend schildern, das dort unter Mißachtung jeglicher Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich vollzieht. All diese Menschen werden ohne jede Habe, ohne die Möglichkeit

einer Existenzgründung im Restdeutschland zusammengepfercht.

Es ist nicht abzusehen, wie diese aus der Heimat vertriebenen Massen nicht zu friedlosen und friedensstörenden Elementen werden sollten. Das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes erleidet ferner schwere Einbußen dadurch, daß heute fast ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten, noch Millionen deutscher Kriegsgefangener auf unbestimmte Zeit vielfach unter erbärmlichen Umständen festgehalten und der Freiheit beraubt sind.

Hunderttausende, wenn nicht Millionen, werden wie Sklaven zu schwerer Zwangsarbeit herangezogen, obwohl das einzige, was man ihnen vorwerfen kann, die Tatsache ist, daß sie Soldat waren. Viele von diesen Ärmsten sind noch immer ohne Nachricht von daheim und haben ihren Lieben auch noch kein Lebenszeichen geben dürfen. Das bittere Gefühl des Unrechts - viele haben ihre Gesundheit, ja das Leben eingebüßt - muß sich bei ihnen und bei ihren Angehörigen unheilbar festsetzen.

Wie ein Alpdruck lastet auf dem deutschen Volke die oft verfehlte Art, wie seine Besieger die Stellen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Anhängern des alten Regimes zu säubern suchen. Wir wissen, wie schwer es namentlich für Außenstehende ist, wirkliche Nazisten von bloßen Mitläufern zu unterscheiden; wir wissen, wie geradezu widerlich und würdelos das Treiben nicht weniger Deutscher ist, die ihre eigenen Landsleute anschwärzen und zu entfernen suchen.

Wir sehen uns aber auch genötigt, zu erklären, daß fristlose und versorgungslose Entlassung Tausender von Beamten und Wirtschaftlern, die Verhaftung weiterer Tausender ohne richterlichen Spruch, ihre Freiheitsberaubung ohne Möglichkeit der eigenen Verteidigung, ohne Möglichkeit, mit den nächsten Angehörigen in Verbindung zu treten, das Rechtsbewußtsein des Volkes empfindlich treffen.

Soll eine innere Gesundung des Volkes angebahnt werden, so muß alles, was an Gestapo, Konzentrationslager und ähnliche Dinge erinnert, aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Sonst greift eine innere Vergiftung Platz, die einen moralischen und religiösen Aufstieg aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Der heilige Vater hat in seiner bedeutungsvollen Ansprache vom 20. Februar 1946 erklärt, es sei ein Irrtum zu behaupten, daß man einen Menschen schon deshalb als schuldig oder verantwortlich behandeln könne, weil er einer bestimmten Gemeinschaft angehöre, ohne daß man sich die Mühe gebe, im einzelnen Falle zu untersuchen, ob der Betreffende durch sein Handeln oder Unterlassen sich persönlich schuldig gemacht habe. Das bedeutet ein Eingreifen in die Rechte Gottes, der allein in seiner stets liebevollen Weisheit die Geschicke der Schuldigen und der Unschuldigen miteinander verketteten könne.

Mit diesen Worten hat der heilige Vater klar und eindeutig die Theorie von der Kollektivschuld eines ganzen Volkes abgelehnt und das Handeln danach als einen Eingriff in die Rechte Gottes bezeichnet. Er hat es damit aber auch abgelehnt, daß man die Angehörigen irgendwelcher Gemeinschaften einfach ... als Verbrecher behandeln dürfe, ohne im einzelnen Fall eine Schuld nachgewiesen zu haben.

Eine weitere Maßnahme darf nicht stillschweigend übergangen werden, die gegen Gesetz und Recht verstößt und geeignet ist, die christliche Eigentumsordnung zu gefährden. In den östlichen Teilen von Restdeutschland wird unter dem Schlagwort "Bodenreform" eine Enteignung des Grundbesitzes in radikaler Weise vorgenommen.

Wir Bischöfe sind der Überzeugung, daß die ungleiche Verteilung des Besitztums, besonders an Grund und Boden, eine der tiefsten Quellen sozialer Mißstände ist. Wir halten es für eine vordringliche Aufgabe der Staatsgewalt, für eine angemessene Verteilung der Erdengüter gerade jetzt zu sorgen, wo der Boden so verknappt ist und Millionen Deutscher bettelarm geworden sind. Wir sehen es als ein ernsthaft zu erstrebendes Ziel an, daß möglichst vielen deutschen Familien ein Stück deutschen Bodens zur Verfügung gestellt wird. Die Kirche ist bereit,

auch mit den Ländereien, die ihr gehören, zu diesem Ziele mitzuwirken.

Was aber jetzt im deutschen Osten geschieht, hat mit echter Bodenreform kaum etwas zu tun. Eine Bodenreform muß wohlüberlegt und von Fachleuten gründlich vorbereitet sein, soll nicht ein starker Rückgang der Erzeugung eintreten, der gerade in diesem Augenblick katastrophal wirken muß. Sie muß vor allem das Land erfassen, das bereits der öffentlichen Hand gehört und bisher militärischen und nicht notwendigen verkehrstechnischen Zwecken diene.

Soll das Privateigentum angegriffen werden, so darf unter keinen Umständen eine gänzliche und entschädigungslose Enteignung stattfinden, es sei denn, daß eine Wiedergutmachung schwerer Schuld in Frage käme.

Den bisherigen Eigentümern muß ein angemessener Besitz gewahrt bleiben, der ihnen und ihren Kindern die Fortführung eines landwirtschaftlichen Betriebes sichert. Es ist den Enteigneten gegenüber eine Entschädigung vorzusehen, die nach Maßgabe aller Umstände des Falles und der allgemeinen Lage als angemessen bezeichnet werden muß.

Nur unter Einhaltung dieser Regeln kann eine Bodenreform als gerecht angesehen werden. Nur dann kann man eine neue Verwurzelung der Menschen in heimatlicher Erde und deren heilsame Früchte erhoffen.

"Opus justitiae pax", "Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit", so lautet der Wahlspruch unseres heiligen Vaters. Nach Frieden sehnt sich die ganze Welt. Wie ein Aufschrei geht es vom Osten zum Westen, vom Norden zum Süden: "Dona nobis pacem"! Schenke uns den Frieden. Der wahre, dauerhafte, ganze Friede wird uns nur dann von Gott (gegeben), wenn wir Menschen wieder Recht und Gerechtigkeit als Grundlage aller Gemeinschaft anerkennen.

Möchten Sieger und Besiegte dessen eingedenk sein! Möge ein jeder in seinem Bereich vor jeglichem Rechtsbruch sich hüten und seinen Teil dazu beitragen, daß vor allem die junge Generation von dem verderblichen Irrtum befreit wird, daß Gewalt vor Recht geht!

Möge sie neue Ehrfurcht gewinnen vor der Majestät des in Gott gründenden Rechtes, auch wenn es auf seiten des Schwächeren liegt!

Erst wenn diese Ehrfurcht wieder einzieht, können bessere, wahrhaft friedvollere Zeiten kommen.

Werl, den 27. März 1946

Die Bischöfe der Kölner und Paderborner Kirchenprovinz.<<

Karl Dönitz erklärte am 8. Mai 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/166): >>...

Ich möchte gerne fragen, welcher Soldat irgendeiner Nation, der einen militärischen Auftrag erhalten hat, das Recht hätte, die Führung um Prüfung der Frage zu ersuchen, ob sich aus diesem Auftrag ein Angriffskrieg entwickeln könnte.

Ich hatte nicht darüber zu befinden, ob die Regierung einen Angriffskrieg vorbereitet oder ob sie lediglich Vorbeugungsmaßnahmen treffe.<<

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete am 8. Mai 1946 in seinem Tagebuch über die damaligen Zustände in Frankfurt (x111/167): >>... Eine Tafel zeigt, wo das Goethe-Haus stand.

Daß man nicht mehr auf dem alten Straßenboden geht, entscheidet der Eindruck: die Ruinen stehen nicht, sondern versinken in ihrem eigenen Schutt, und oft erinnert es mich an die heimatlichen Berge, schmale Ziegenwege führen über die Hügel von Geröll, und was noch steht, sind die bizarren Türme eines verwitterten Grates; einmal eine Abort-Röhre, die in den blauen Himmel ragt, drei Anschlüsse zeigen, wo die Stockwerke waren.

So stapft man umher, die Hände in den Hosentaschen, weiß eigentlich nicht, wohin man schauen soll.<<

Außenminister Bidault forderte am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt

werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden. Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

US-Senator Shipstead kritisierte am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnete er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

Der Alliierte Kontrollrat verbot am 16. Mai 1946 weiterhin die Gründung von Sportvereinen. In der britischen Zone wurden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten.

Die US-Militärregierung verbot später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.

Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schrieb später in seinem Buch "Die Entmachtung der Vertriebenen" über das Verbot aller Vereinigungen der deutschen Vertriebenen (x024/213-214): >>Eine Volksgruppe wurde unter Ausnahmerecht gestellt.

Diese Rechtslosstellung fand weder im deutschen noch im Besatzungsrecht eine Grundlage. Sie war um so verwerflicher, als sie sich gegen Millionen von Menschen richtete, die unverschuldet in eine einzigartige Notlage geraten waren und den Zusammenschluß zu gegenseitiger Hilfe noch nötiger hatten als alle anderen Volksteile.

Die selben Leute, die sich rühmten, das deutsche Volk zur Demokratie erziehen zu wollen, mißachteten eines der Grundprinzipien jeder wahren Demokratie.

Mehr noch als das Verhalten dieser Generäle interessiert die Rolle, welche die deutschen Parteien und ihre Prominenz bei diesem traurigem Geschehen gespielt haben. ...

Ich bin der Auffassung, daß die Auswirkungen dieses Verbots nicht hoch genug gewertet werden können. Die Vertriebenenbewegung und Vertriebenenpolitik wären in ganz anderen Bahnen verlaufen, wenn sie nicht gewaltsam gestoppt worden wären. Es wäre im Jahre 1946 fraglos gelungen, was später nicht mehr möglich war. Diese Jahre von 1946 bis 1948 ließen sich nicht mehr nachholen.

Der Elan des ersten Schocks wurde uns genommen und dafür landsmannschaftliche und parteipolitische Zersplitterung beschert. Es blieb uns ja nicht anderes übrig, als in die Parteien zu gehen, es gab keinen anderen Weg, wenn wir irgendwie an unsere Schicksalsgefährten herankommen wollten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im Westen (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...

Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.

Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<

Baldur von Schirach erklärte am 24. Mai 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/172): >>... Es ist meine Schuld, und ich trage sie vor Gott und der deutschen Nation, daß ich die Jugend für den Mann erzogen habe, den ich während langer Jahre als makellosen Führer angesehen habe.

Es ist meine Schuld, daß ich die deutsche Jugend für einen Mann erzogen habe, der tausendfache Morde begangen hat.

Ich kann zur Erklärung meiner Haltung nur sagen, daß ich an diesen Mann geglaubt habe. ...

Die Rassenpolitik Hitlers war ein Verbrechen. Diese Politik führte den Untergang von 5 Millionen Juden und aller Deutschen herbei. Wer nach Auschwitz noch die Rassenpolitik befürwortet, macht sich schuldig.<<

Theophil Wurm (1868-1953, Landesbischof von Württemberg) kritisierte am 24. Mai 1946 die Entnazifizierungspraxis und erhob Einspruch gegen die Mißachtung der deutschen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit (x111/172).

Die nordamerikanische Militärregierung stoppte am 25. Mai 1946 vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).

William E. Rappard (1883-1958, Mitglied der "Schweizer Reparationsdelegation") schrieb am 27. Mai 1946 über die Verhandlungen mit den westlichen Alliierten (x136/218-219): >>Ich weiß nicht, wie zukünftige Historiker unsere Verhandlungen, die wir nach ihren Instruktionen geführt haben, beurteilen werden.

Ich habe das Gefühl, sie werden versucht sein, uns zu gratulieren, daß wir uns, was das Gold anbetrifft, so gut aus der Affäre gezogen haben.

Dagegen glaube ich, sie werden weniger nachsichtig mit uns sein in der Sache der deutschen Guthaben, die wir mit den Siegern zu teilen uns bereit erklärt haben.

Um eine derartige Verletzung unserer Neutralitätstradition zu rechtfertigen und eine solche Mißachtung der bisherigen Völkerrechtsprinzipien, sollten sie der materiellen und moralischen Umstürze, die durch Hitler in der Welt provoziert worden sind, Rechnung tragen. ...

Bei ihrer Jagd auf die deutschen Guthaben in der Schweiz sind die Amerikaner manchmal von einem Geist beseelt, der nichts mehr zu tun hat mit ihrem Willen, Reparationen einzustecken, mit ihrer Angst vor dem militärischen Potential eines wiederauferstandenen Feindes, mit ihrer Antipathie für die Neutralen, mit ihrem Berufsstolz oder gar mit ihrem sportlichen Ehrgeiz, das letzte Wort zu behalten in ihrem Konflikt mit dem helvetisch-germanischen Arsène Lupin. Was wollen sie eigentlich?

Wollten sie nicht einfach einen störenden Konkurrenten schwächen oder gar ausschalten, ihn ersetzen?

Sie geben vor, den Tod des deutschen Sünders und seines schweizerischen Komplizen wegen deren vergangener Missetaten zu suchen.

Tatsächlich aber wollen sie deren Geheimnis entdecken und deren Erbschaft einstecken.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" warnte am 28. Mai 1946 vor einer "Renazifizierung" (x111/173-174): >>... Wir leben heute in einer Periode des steigenden Mißmutes, die zu einer Renazifizierung, will sagen, zu einer Rückkehr zum nationalsozialistischen Denken führt. ...

Das Tausendjährige Reich war eine Illusion, und überspannte Erwartungen an die Nachkriegszeit waren eine Illusion.

Fallen wir nicht in eine neue, in die Renazifizierung. Werden wir endlich Realisten.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 31. Mai 1946 (x111/174): >>... Deutschland hat seit jeher zwischen dem Osten und Westen gestanden.

Auch in seiner lebensgefährlich geschwächten Position nach dem Zweiten Weltkrieg ist diese Mittlerstellung der einzige Richtpunkt eines neuen außenpolitischen Willens. Deutschland kann sich nicht mit einer Macht oder einer Machtgruppe verbinden, es muß aus seiner Lage

und seinem Schicksal heraus den Ausgleich nach beiden Seiten suchen.

Gerade wenn Deutschland an einer europäischen Aufgabe festhalten will, kann die Entscheidung nicht heißen: Westen oder Osten? Sie lautet: Westen und Osten.<<

In der US-Zone hungerten die Deutschen weiterhin. Die Rationen sanken im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.

Im Mai 1946 machte vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<

Am 1. Juni 1946 wurden die Ausweisungstransporte der Ungarn-Deutschen von den Nordamerikanern gestoppt, weil Ungarn das beschlagnahmte Vermögen der Volksdeutschen auf seine Reparationsforderungen anrechnen wollte (x008/63E-64E).

Die "Bayerische Landeszeitung" gab am 1. Juni 1946 folgende Warnung der US-Militärregierung bekannt (x114/2.92): >>Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung darauf hin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. ...

Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel ... sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisierte am 2. Juni 1946 während einer Rundfunkrede die Entnazifizierungsmaßnahmen für deutsche Jugendliche und die föderative Zergliederung Deutschlands (x101/13, x111/175): >>... Das ganz überwältigende Gros der jungen Menschen, die mehr oder weniger gezwungen in der Hitler-Jugend waren, die als Soldaten das taten, was ihnen befohlen war, und was sie als ihre Pflicht ansahen, sind im tiefsten Sinn nicht verantwortlich. Sie haben die Knochen hingehalten für ein vermeintliches Ideal. ...<<

>>... Wir wollen kein "Gasthaus zum bayerischen Löwen", ... keine "Herberge zum springenden Ross", ... sondern wir wollen ein Deutschland, bei dem der Träger der Reichsgewalt das deutsche Reichsvolk ist.<<

Der Papst wies am 2. Juni 1946 "etwas verspätet" auf die Not der deutschen Kriegsgefangenen und Vertriebenen hin. Er forderte die sofortige Auflösung der Konzentrationslager (x039/-230).

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 5. Juni 1946 aus Nürnberg (x043/209): >>... Das Kommando der amerikanischen ersten Division veröffentlichte ... einen Befehl an die Mannschaften, wonach den amerikanischen Soldaten untersagt sei, "öffentlich deutsche Mädchen zu umarmen und zu liebkosen". ...

Im Befehl heißt es u.a.: "Es ist einem Soldaten unwürdig, auf den Straßen mit Mädchen im Arm herumzuspazieren, sowie die Mädchen zu küssen, zu liebkosen und zärtlich zu werden."<<

Der US-Militärgouverneur unterzeichnete am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen konnten (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickte man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete wurden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweiferten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE (englisch Fürsorge), Akronym für Cooperative for American Remittances to Europe (Vereinigung für amerikanische Hilfslieferungen nach Europa), 1946 in den

USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.

Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten (Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket u.a.).

Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<

Die "New York Times" schlug am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland sollte in 12 unabhängige Staaten geteilt werden und wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/178).

Die "Welt" berichtete am 14. Juni 1946 über das "deutsche Flüchtlingsproblem" (x111/179-180): >>Das Ziel muß es sein, die Heimatlosen einzuordnen. Sie dürfen nicht der Fremdkörper bleiben, der sie einstweilen sind.

So ungeheuer schwer es für den, der Besitz und Heimat behalten hat, sein mag, das Elend der Ausgestoßenen zu verstehen, er muß es zu einem Teil zu seinem eigenen machen und die Pflicht erkennen, zu helfen. Und zwar muß alle Hilfe darauf abgestellt sein, den Heimatlosen eine neue Heimat zu schaffen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 18. Juni 1946 aus München (x124/191-192): >>... Dänemark hat eine Beschäftigung der dort internierten 200.000 Deutschen abgelehnt. Die Dänen fürchten, sie könnten sonst seßhaft werden wollen. So vegetieren sie, zwar ausreichend ernährt, in Lagern. ...

Nächste Woche beginnt unsere 90. Lebensmittelperiode. Die Zuteilungen sind etwas erhöht worden, so daß sie nun die Hälfte der Kalorienmenge ausmachen, die für die Erhaltung der Leistungskraft eines Normalverbrauchers erforderlich sind.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Lebensmittelbewirtschaftung nach der 123. Kartenperiode aufgehoben. Heute glaubt niemand daran, daß wir in 2 ½ Jahren wieder einen freien Markt haben werden. Unsere Wirtschaft ist viel zu zerschlagen und wird außerdem von den Besatzern künstlich niedergehalten.

Dennoch können wir uns wenigstens das Wenige, was es auf Marken gibt, auch kaufen, während die in der russischen Zone froh sein müssen, wenn sie statt Fleisch Käse oder Milch bekommen.

Bedrückend muß die Ernährungslage in der zerstörten und überbevölkerten britischen Zone sein. Dort fehlen seit letztem Oktober die Kartoffeln, unsere Grundnahrung. Statt Fleisch gibt es Trockenfisch, denn die frischen Fische bleiben für die Besatzung reserviert. Ebenso wird das in der Elbniederung bei Hamburg gezogene Gemüse nach Großbritannien ausgeflogen. Die Menschen der britischen Zone sind durch Hunger so abgestumpft, daß sie die kulturellen Anregungen, die ihnen die Engländer bieten, nicht aufnehmen können. ...<<

In Stuttgart wurde am 20. Juni 1946 der "Deutsche Zentralausschuß für die Verteilung ausländischer Liebesgaben" ("CARE-Pakete") eingerichtet.

Die aus Nordamerika kommenden CARE-Pakete enthielten damals etwa 40.000 Kalorien Nährwert (x111/182): >>8,8 Pfund Fleisch, 5,8 Pfund Nahrungsmittel und Kekse, 3,5 Pfund Zucker und Schokolade, 3,2 Pfund Marmelade und Pudding, 2 Pfund Gemüse, 1 Pfund Kakao, Kaffee und Getränkepulver, 350 g Milch, 200 g Butter und 200 g Käse.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 24. Juni bis zum 21. Juli 1946 täglich nur 1.065 bzw. 1.286 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Papst Pius XII. ernannte den "umgesiedelten" Bischof von Ermland, Maximilian Kaller (1880-1947), am 24. Juni 1946 zum "Flüchtlingsbischof der Deutschen".

Der Augustinerpater Dr. Paulus Sladek (1908-2002) berichtete damals über die besonders schwierige Seelsorge für die Vertriebenen (x024/221): >>... Ein Predigerwort, das nur die re-

ligiöse Verbrämung eines materiell gesicherten Lebens ist, reicht nicht bis in den Abgrund der Verzweiflung, in den heute viele geworfen sind. Den existenzlosen Massen kommt es heute oft vor, als stünde der Priester weit entfernt von ihnen auf einer sicheren Brücke und mahnte sie, die Gebote Gottes zu beachten, während sie mitten in einem dahintosen Strom um ihr nacktes Leben kämpfen müssen.

Nur ein Priester, der selbst erschüttert und unruhig geworden ist durch das unsägliche Leid unserer Zeit, vermag die Heimatlosen nicht nur zu trösten, sondern auch zurechtzuweisen. Er wird allerdings dann auch die Besitzenden aus ihrer ichtsüchtigen Verblendung aufzuwecken trachten und sich nicht davor scheuen, bei ihnen Anstoß zu erregen.<<

Die US-Militärregierung reduzierte am 25. Juni 1946 die Auflage der "Süddeutschen Zeitung", weil diese Zeitung die Vertreibung der Sudetendeutschen kritisiert hatte (x111/184).

Die Tageszeitung "Die Welt" erinnerte am 25. Juni 1946 an den im Jahre 1922 ermordeten deutschen Außenminister Walther Rathenau (x111/184): >>... Und noch immer geht der Geist der Rathenau-Mörder unter uns um. Wieder stehen wir in einer Situation, in der Sündenböcke gebraucht werden. Wieder sind Tausende von Schuldigen und Mitschuldigen an der Arbeit, Ablenkungsmanöver zu organisieren und den Unwillen des Volkes auf diejenigen zu konzentrieren, die – weit davon, schuldig zu sein – nur ihr Bestes tun, um die Not zu wenden und eine neue Ordnung zu begründen. ...

Je zahlreicher deutsche Männer und Frauen sich in diesem Sinne zur Partei der Arbeit bekennen, desto eher sind wir gerettet.<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

In einem Brief an die Lizenzträger der "Süddeutschen Zeitung", in dem der Verleger und die verantwortlichen Redakteure darauf aufmerksam gemacht wurden, daß weitere Verstöße gegen Direktiven der Militärregierung zur Suspendierung der Zeitung oder zum Entzug der Lizenz führen, erklärte Oberst Bernhard B. McMahon, der Chef der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung für Bayern:

"Die deutschen Lizenzzeitungen in der amerikanischen Zone unterliegen keiner Zensur, doch werden sie für ihre Veröffentlichungen verantwortlich gemacht. Die Verleger haben Anordnungen erhalten, die jede Kritik an der Militärregierung, an alliierten Mächten oder an den Vereinten Nationen ausdrücklich verbieten".

Die Redakteure der "Süddeutschen Zeitung" waren sich im klaren, daß ihr Angriff gegen die tschechoslowakische Regierung einen zusätzlichen Verstoß gegen diese Anordnung darstellte.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemüht

te, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-
erzogen ist:

Christian Morgenstern hat darauf eine glänzende Satire geschrieben. In seinem Gedicht geht ein solider Bürger namens Palmström eine Straße entlang, als er von einem Auto angefahren wird. Verletzt und halb bewußtlos wankt Palmström nach Hause und fragt sich, was da eigentlich passiert sei. In feuchte Umschläge gehüllt, studiert er seine Gesetzbücher und entdeckt, daß Autos in jener Straße gar nicht fahren dürfen. Palmström gelangt daher zu der Überzeugung, daß er keineswegs von einem Auto angefahren worden sei, "denn nicht sein kann, was nicht sein darf". Er redet sich ein, daß es alles nur ein Traum war.

So glaubten die verwundeten Deutschen, überzeugt wie wir, daß wir solche Dinge nie und nimmer tun könnten, ebenso fest wie wir, daß wir solche Dinge auch nie getan hätten.

... Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

Die US-Zeitschrift "LIFE" berichtete im Juni 1946 über "Probleme" der nordamerikanischen Soldatenfrauen (x124/200): >>Die deutschen Flüchtlinge sehen mit stumpfen und neidischen Augen auf unsere Soldatenfrauen, die von der Armee täglich 3.000 Kalorien bester Kost geliefert erhalten, während die Deutschen mit 1.350 vorliebnehmen müssen.

Unsere Frauen ziehen in die schönsten deutschen Häuser ein, wo auf sie bereits ein deutsches Dienstmädchen wartet. Das größte Problem für unsere Frauen in diesem Land ist die Frage, ob sie ihre Kinder mit den deutschen Kindern spielen lassen sollen. ...<<

Der deutsche Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hermann Jahreis (1894-1992) erklärte am 4. Juli 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/188-189): >>Die Angeklagten sind sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen.

Der leitende Grundsatz bei den Veränderungen der deutschen Verfassung nach 1933 ist das Führerprinzip gewesen, wodurch die Angeklagten von jeder Verantwortung für ihre Amtshandlungen enthoben wurden.

Die Prinzipien des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes sind auch schon vor dem Sommer 1939 durchbrochen und im Abessinien-Krieg endgültig hinfällig geworden, so daß beim Ausbruch des 2. Weltkriegs keine den Krieg verbietenden völkerrechtlichen Bestimmungen mehr bestanden haben.

Nach dem Völkerrecht gibt es keine Verantwortlichkeit von Einzelpersonen. ...

Das alte Völkerrecht hat auch keinen Unterschied zwischen erlaubten und verbotenen Kriegen gekannt.

Auch der Bruch eines Vertrages ist nach dem bestehenden Völkerrecht nicht strafbar ...

Somit ist das Statut des internationalen Militärtribunals revolutionär, ein Strafgesetz mit rückwirkender Kraft, das gegen den Rechtsgrundsatz "nulla poena sine lege" ("keine Strafe ohne Gesetz") verstößt.<<

Die US-Militärregierung erteilte am 5. Juli 1946 den Auftrag, den Rhein-Main-Flughafen bei Frankfurt zu einem europäischen Zentralflughafen für den Überseeverkehr auszubauen.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. Juli 1946, daß viele Leser den Zeitungsmeldungen nach den jahrelangen offiziellen Lügen nicht mehr glauben (x111/190): >>... Andererseits glauben sie den größten Unsinn, wenn er ihnen auf den vielfachen Wegen der Flüsterpropaganda zugetragen wird.

Eine große Aufgabe tut sich hier auf für alle, die im Bildungs- und Erziehungswesen tätig sind, nicht zuletzt für die politischen Parteien.<<

Außenminister Bidault erklärte am 10. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x039/230):
>>... Die Konferenz von Potsdam hat in Bezug auf Ostdeutschland prinzipiell zwar provisorisch, sachlich jedoch grundlegende Abmachungen getroffen, welche die französische Regierung nicht strittig gemacht hat.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow kündigte am 10. Juli 1946 in Paris den Abschluß eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich an (x111/190): >>Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage der Geschichte Deutschlands und den Friedensvertrag mit ihm erörtern müssen. Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß Rachegefühl kein guter Ratgeber in solchen Angelegenheiten sei.

Es ist nicht richtig, Hitler-Deutschland mit dem deutschen Volk zu identifizieren, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich abschütteln kann. ...

Ich gehe davon aus, daß es im Interesse der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa nicht richtig wäre, den Standpunkt der Vernichtung Deutschlands als Staat oder seine Umwandlung in einen Agrarstaat unter Zerstörung seiner hauptsächlichsten Industriekräfte einzunehmen.

Eine solche Einstellung würde zur Untergrabung der Wirtschaft Europas, zur Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur chronischen politischen Krise in Deutschland führen, deren Auswirkungen eine Bedrohung des Friedens schaffen würden. ...

Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, doch muß vor Abschluß eines solchen Vertrages eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszumerzen, und die genügend Verantwortung besitzt, um alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen an die Verbündeten. ...<<

In den europäischen Staaten standen der Bevölkerung am 15. Juli 1946 pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

Die "Neue Berner Zeitung" berichtete am 15. Juli 1946 über eine Reise von Schweizer Journalisten durch Deutschland (x117/114): >>Sieht man den Leuten ins Antlitz, so fällt einem vor allem die Niedergeschlagenheit auf, die allen gemeinsam ist. Dumpfe Resignation ist das allgemeine Charakteristikum, und es ist eine große Seltenheit, daß man jemanden lachen sieht. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...

Keine der Mächte hat der Notwendigkeit einer deutschen zentralen Regierung widersprochen. Molotow fordert aber nicht nur eine Zentralregierung, sondern eine zentralistische Regierung, während die drei Westmächte eine föderative Gliederung eines neuen deutschen Staates im Auge haben.

Die Forderung nach dem Föderalismus ist die Antwort auf die Überzentralisierung des Dritten Reiches, die eine Entmündigung und politische Entmachtung der demokratischen Kräfte von unten her brachte.<<

Ein US-Militärgericht fiel am 16. Juli 1946 in Dachau die Urteile gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" ("Malmedy-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Malmedy-Prozeß" (x051/371-372): >>Malmedy-Prozeß, Verfahren eines amerikanischen Militärgerichts in Dachau gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" u.a. wegen Ermordung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen in Malmedy am 17.12.44; einer der umstrittensten Kriegsverbrecher-Prozesse.

Die Anklage stützte sich auf Geständnisse der Angeklagten, die, nach deren Aussage in der Hauptverhandlung, durch psychischen Druck und physische Gewaltanwendung erwirkt worden waren.

Obwohl sonstige Beweismittel im Wesentlichen nicht vorlagen, wurden am 16.7.46 43 Angeklagte zum Tod, 22 zu lebenslänglichen und die restlichen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Durch Bemühungen insbesondere des amerikanischen Chefverteidigers W. M. Everett setzte der Gerichtsherr, General Clay, 41 Urteile (27 Todesurteile, zwölf lebenslängliche und zwei zeitige Haftstrafen) herab und hob 13 (vier Todesurteile, acht lebenslängliche und eine zeitige Haftstrafe) auf. Nach Überprüfungen - u.a. durch einen Ausschuß des amerikanischen Senats - wurden weitere Urteile abgeändert. Die noch bestehenden sechs Todesurteile wurden 1951 durch den amerikanischen Oberbefehlshaber für Europa, General Handy, in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Wenig später wurde in 31 Fällen nochmals Strafherabsetzung im Gnadenweg verfügt.

Einer der Hauptangeklagten, SS-Standartenführer Peiper, wurde 1976 in Frankreich nach einer Pressekampagne in Sachen Malmedy von unbekannt gebliebenen Tätern ermordet.<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/-193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.

Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<

Ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, wurde am 20. Juli 1946 im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

Robert H. Jackson (1892-1954, nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß) erklärte während seiner Schlußrede am 20. Juli 1946 (x114/2.133): >>Nirgends ist der ganze Verbrechenkatalog der Unterdrückung und des Terrors innerhalb Deutschlands so gut mit den Kriegsverbrechen verschmolzen gewesen, wie in der sonderbaren Mischung von Schwätzeri und Klugheit, welche die Aussagen Hermann Görings ausmachten. Göring hat überall seine Hand im Spiel gehabt und ist nebst Hitler der Mann gewesen, der die Tätigkeit aller Angeklagten zur gemeinsamen Anstrengung zusammengehalten hat.

Der blinde Eiferer Heß hat, bevor er der Wanderlust erlag, die Parteimaschine instand gehalten. ...

Keitel, ein schwacher und willfähriger Mann, hat die Wehrmacht der Partei ausgeliefert.

Der Großinquisitor Kaltenbrunner hat den blutigen Mantel Heydrichs angezogen.

Rosenberg hat die Haßlehre geschaffen.

Der fanatische Frank hat die neue autoritäre Ordnung ohne Gesetz errichtet, und Frick hat die Aufgabe gehabt, die Polizei zu überwachen, um dafür zu sorgen, daß die Nazis an der Macht bleiben.

Streicher hat obszöne Flugblätter über die Rassenfrage verfaßt.

Funk hat die Wiederaufrüstung beschleunigt, und die Hexenkunst Schachts hat es Hitler ermöglicht, das kolossale Rüstungsprogramm in aller Heimlichkeit zu finanzieren.

Dönitz hat seinen Unterseebootmördern den Befehl gegeben, die Seekriegsführung mit der

Grausamkeit des Dschungels zu betreiben.

Raeder hat die deutsche Marine wieder aufgebaut und sie zu einer Reihe von Aggressionen verwendet.

Schirach, der Vergifter einer Generation, hat die deutsche Jugend in die Lehre Hitlers eingeführt.

Sauckel ist der größte Sklavenhalter seit der Zeit der ägyptischen Pharaonen gewesen.

Jodl hat die Wehrmacht in Verletzung des eigenen Ehrenkodex geführt. ...<<

Der US-Militärgouverneur erklärte am 20. Juli 1946 (x111/194): >>Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nach der Feststellung, daß keine der Besatzungszonen in Deutschland sich selbst versorgen kann und daß die Wirtschaftsunion zweier oder mehrerer Besatzungszonen die Lage in Deutschland verbessern würde, die amerikanischen Vertreter im alliierten Kontrollrat ermächtigt, mit den Vertretern der anderen Besatzungsmächte zwecks Vereinbarung von Maßnahmen zur Behandlung ihrer Zonen als eine wirtschaftliche Einheit in Verbindung zu treten.<<

Der SPD-Politiker Wilhelm Kaisen (1887-1979) schrieb am 20. Juli 1946 im "Weser-Kurier" (x111/194): >>Der Welthafen Bremen ist kein Organ etwa des Landes Niedersachsen, sondern ein Organ des Reiches. ... Bremen müssen die Aufgaben einer selbständigen Gebietskörperschaft übertragen bleiben.<<

Der Flüchtlingsausschuß des Länderrats beschloß am 22. Juli 1946 ein Programm zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen (x111/194): >>... Der Vertriebene ist Arbeitssuchender und Wohnungssuchender im gleichen Range wie der Alteingesessene.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 23. Juli 1946 aus Bayern (x124/206): >>Der Zonenrat in Hamburg hat einen Beschluß gefaßt, nach dem Jugendliche, die am 31.1.1933 das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, als politisch nicht belastet angesehen werden sollen.

In der britischen Zone scheint man die Entnazifizierung weitaus liberaler zu handhaben als bei uns. ...<<

Ministerpräsident Charles de Gaulle schlug am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um

die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht.

...<<

Der stellvertretende Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone, US-General Lucius D. Clay, berichtete später über die französische Einstellung (x156/34): >>Vielleicht hätten wir ohne das französische Veto innerhalb der ersten 6 Monate zentrale Verwaltungsstellen für ganz Deutschland schaffen und innerhalb oder außerhalb dieser Einrichtungen mühevoll um eine einheitliche Wirtschaftspolitik ringen können.

Bestimmt hätten sich unsere wirtschaftlichen und später unsere politischen Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetregierung auch so ergeben. Ein Deutschland, in dem zentrale Verwaltungsstellen überall ihre Zuständigkeit ausübten, hätten sie möglicherweise weniger leicht gespalten. Ohne deutsche Verwaltungsstellen, die ihre Anweisungen ausführten, konnte die Viermächte-Regierung nicht zum Erfolg führen.

6 Monate nach Potsdam war das sowjetische Expansions-Programm angelaufen. Das kommunistische Machtstreben in den Satelliten-Staaten nahm an Wucht und Umfang zu. Übereinstimmung in Deutschland war da nicht mehr möglich. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 2. August 1946 über die bevorstehenden Gemeinde-, Provinzial- und Länderwahlen in den Westzonen (x111/200): >>Die Aufgabe, vor der wir heute stehen, ist, den Übergang vom Führerprinzip zur Demokratie so deutlich wie möglich zu machen.

Nicht ein selbstherrlicher einzelner, nicht eine machtlüsterne Clique von Abenteurern und Verbrechern soll über das Schicksal des Volkes bestimmen.

Das Volk selbst soll seine Stimme erheben. Es soll wahrhaft wählen. Und nach seinem Willen soll regiert werden.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 2. August 1946 aus Bayern (x124/207-208): >>Dr. W. besucht, der recht deprimiert von einer Inspektionsreise durch die Flüchtlingslager zurückgekommen ist. ...

Die Kloaken rinnen in die Baracken, die Folge sei eine unausstehliche Mückenplage, die Waschgelegenheiten sind mehr als notdürftig, die Räume überbelegt. Niemand nehme sich der Kinder an, die wie junge hungrige Hunde in der Gegend umherstreunen. ...

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat infolge des Flüchtlingszustroms von 1.500.000 auf 2.730.000 Menschen zugenommen. Die Briten haben den Zuzug nach dieser Provinz gesperrt.

...

Das Schwabinger Krankenhaus, das die Amerikaner beschlagnahmt haben, verfügt über 4.000 Betten. Nicht einmal ein Sechstel davon sind belegt, und unter den Kranken befindet sich nach unseren Begriffen kaum ein spitalfähiger Fall. Während in unseren Kliniken die Kranken auf den Gängen liegen, benutzen die Besatzer die Räume u.a. als Absteigquartier für ihre Fußballmannschaften. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 6. August 1946 aus Bayern (x124/213-214): >>... Das Flüchtlingselend ist auch hier groß. Die Leute werden mechanisch nach einem errechneten Schlüssel auf die einzelnen Landkreise aufgeteilt, wo sie hoffnungslos dahinvegetieren, zumal es sich zum größten Teil um Frauen, Kinder und Greise handelt. Aber dank der Vitalität der Bayern wahrt das Leben hier immer noch eine gewisse, wenn auch immer schäbiger werdende Form. ...

Meine Verwandten, die wir kürzlich bei Mindelheim besucht haben, fanden wir in schlechte-

rer Verfassung vor als meine Eltern. Der Onkel hat in tschechischer Zwangsarbeit Furchtbares durchgemacht und meine stets heitere und lebenszugewandte Tante ist nervlich ein Wrack.

Zu essen gibt es im Dorf allerdings mehr und abwechslungsreicher als in der Großstadt. Aber die Kammer, in die beide eingewiesen wurden, ist nicht heizbar und ohne Kochgelegenheit. Von den 3 Schränken in der Kammer dürfen sie nur einen benutzen. Die Wirtin denkt gar nicht daran, die beiden anderen auf den Gang zu stellen, wo genug Platz wäre.

Da sie es sich verbat, schon frühmorgens Flüchtlinge in ihrer Küche zu sehen, fällt das Frühstück für die beiden aus. Ich will ihnen als nächstes eine Kochplatte verschaffen.

Für das Mittagessen hat sich Tante an genau festgelegte Zeiten zu halten. Außerdem wird die Schneiderin, der das Haus gehört, krank, wenn sie auf der blanken Einfassung des Herdes einen Wassertropfen findet. So wird jeder Handgriff ein Kampf gegen Enge und Herzenshärte von Leuten, die nichts erfahren haben und seit Generationen von der Geschichte verschont wurden.

... Hier trifft das Schicksal Menschen, die an der Lebenswende zum Alter stehen und kaum noch die Elastizität aufbringen, sich auf diese trüben Verhältnisse einzustellen.

Im übrigen scheinen die Russen ihre Zone hermetisch abzuschließen. Hier wird von einem 4 km-Gürtel gesprochen, der von drüben aus dicht gemacht werden soll. ...<<

Die US-Militärregierung verbot am 8. August 1946 landsmannschaftliche Vereinigungen der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten (x111/201).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. August 1946 über den "Schwarzhandel" (x111/202): >>Bis zu welchem Grade wir alle den Boden unter den Füßen verloren haben, auch moralisch und weltanschaulich, das zeigt sich täglich, wohin man auch blickt.

Wir schimpfen auf den Schwarzhandel – und doch ist kaum einer da, der nicht zumindest mit dunkelgrauen Geschäften und Beziehungen sich das Leben zu erleichtern sucht.

Wir wissen, daß wir ohne wahrhaft zusammenfassende gemeinsame Anstrengungen niemals aus dem Sumpf herauskommen – und doch denkt jeder an sich selbst mit einer Kraßheit, die es nie zuvor gegeben hat und niemals hätte geben dürfen. ...<<

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen.

Der Zusammenbruch der Zentralregierung in Deutschland hat mit sich gebracht, daß Zivilunternehmen wie Schulen, literarische Gesellschaften, Büchereien, Wohlfahrtsbehörden und Krankenhäuser von örtlichen Stellen übernommen wurden. Außer der an sich gesunden kulturellen Betätigung in örtlich begrenztem Rahmen ist es jedoch wesentlich, daß die kulturelle Wiederbelebung auf staatlicher Basis erlaubt wird.

Die Möglichkeit der Grundlage für eine deutsche Selbstachtung ist der berechtigte Stolz auf ihre früheren großen Kulturbeiträge in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Religion.

Die Besatzungsbehörden werden sich dessen bewußt sein, daß dauernde kulturelle Veränderungen nur erzielt werden können, wenn sie von den Deutschen selbst entwickelt und aufrechterhalten werden.

Nach der Ausmerzung der Nazi-Elemente werden die Besatzungsbehörden versuchen, die Aufgabe der Umerziehung in fortschreitendem Maße auf verantwortungsbewußte Deutsche zu übertragen, und zwar so schnell es die Verhältnisse zulassen. Auch die möglichst baldige Wiederherstellung kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen wird angestrebt werden.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland (x051/471): >>Reeducation (englisch Umerziehung), Bezeich-

nung für die Maßnahmen und Pläne der Alliierten zur Tilgung des nationalsozialistischen Gedankenguts in Deutschland, zur Rückführung der Deutschen zu Demokratie, rechtsstaatlichem Denken und einer auf den Menschenrechten beruhenden Gesinnung sowie zur Vorbereitung einer friedlichen deutschen Mitarbeit am internationalen politischen und kulturellen Leben nach 1945.

Mit welcher "Behandlung" eine solche Reeducation am besten zu erreichen sein würde, war allerdings nicht nur zwischen den Alliierten strittig, sondern unterlag auch Schwankungen je nach politischer Opportunität (Entnazifizierung).

Der zunächst eingeschlagene Weg der Schockbehandlung durch den Vorwurf der Kollektivschuld an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen führte jedoch eher zu Abwehrhaltungen und ließ Reeducation v.a. in politisch rechtsstehenden Kreisen zum Negativbegriff werden. Im Zuge der Ost-West-Entfremdung nach dem Krieg wurde die Reeducation-Propaganda bald modifiziert und schließlich eingestellt.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung seit 1946 (x306/121-126): >>**Pädagogen am Werk**

Die Re-education (Umerziehung) des deutschen (und japanischen) Volkes trug einen Januskopf. Nach rückwärts zeigte er die mürrischen Züge der Sozialpsychologie, jenem Versuch wissenschaftlicher Bewältigung gescheiterter Hoffnungen, nach vorne erglänzte er im rotwangigen Optimismus der Pädagogik und verkündete:

"Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung."

Für die Sozialpsychologen war Reeducation der Terminus für den mühsamen Versuch der Resozialisierung von Alkoholikern, Drogensüchtigen, Gestrandeten aller Art für die Pädagogen bedeutete er die Fortsetzung der Erziehung eines Kindes, das eine Zeit lang in die Hand schlechter Lehrer geraten war. Für den mißtrauischen und empfindlichen Sozialpsychologen war die Gefahr eines Rückfalls immer gegeben, für den optimistischen Pädagogen konnte nichts schiefgehen, da der Zögling doch jetzt in den einzig richtigen Händen war.

In der weltweiten Verbreitung des pädagogischen Optimismus sahen viele Amerikaner den wichtigsten Kriegsbeitrag der USA. So hatte sich schon vor dem amerikanischen Kriegsbeitritt die Pädagogik mit einem Manifest von Ann Arbor als gestaltende Kraft für die Errichtung der Nachkriegsordnung empfohlen. Auch während des Krieges wurden die Pädagogen nicht müde, in Tagungen, Rundtischgesprächen und Vorlesungen die Probleme einer Reeducation auszuloten. Weniger Geschick zeigten sie bei den Positionskämpfen um die Einflußverteilung in der zukünftigen Militärregierung.

Die Erziehung wurde Aufgabe einer Unterabteilung, an deren Spitze zwei Hauptleute standen. Pädagogik war in den ersten Besatzungsmonaten wenig gefragt. Auch auf dem Erziehungssektor hatte zunächst der Viermächte Kontrollrat das Wort. In seiner Direktive Nr. 54 legte er fest, daß in ganz Deutschland das gleiche Erziehungssystem gelten solle. Alle Schulen sollten zur demokratischen Lebensform erziehen. Was hinter dieser zu verstehen war, blieb allerdings der Vorstellungskraft der Zonenbefehlshaber überlassen. Diese fanden heraus, daß die demokratische Lebensform die Lebensform just ihres Landes sei. Übertrüge man diese Lebensform auf Deutschland, dann habe man auch dort die demokratische Lebensform eingeführt. Nur die Franzosen hüteten sich, den Pariser Zentralismus auf Deutschland zu übertragen, für das sie eine extrem föderalistische Entwicklung bevorzugten, und priesen lieber die Hochleistungen französischer Kultur und Zivilisation an.

Auch die Amerikaner befanden sich in einigen Schwierigkeiten, da sie hin- und herschwankten, ob sie die amerikanischen Zustände, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, auf

Deutschland übertragen oder ob sie von der sich in ihren Vorstellungen anbahnenden künftigen Weltordnung ausgehen sollten. Immerhin hatte die Harvard Universität 1945 ein Manifest erlassen, das in den Worten gipfelte: "Alle Nationen bedürfen der Reeducation." Die Amerikaner waren nicht ausgenommen worden.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen habe, sollte von einer 10köpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an Clay, "wie Deutschland am besten durch Erziehungsmaßnahmen, in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte".

Für Pädagogen eröffnete sich in Deutschland ein weites Feld. "Da sich keine Ideologie selbst verwirklicht oder auch nur erklärt, muß die Demokratie, unser positiver Beitrag, bis ins einzelne gelehrt werden, damit die Deutschen nicht unabsichtlich - wie es die Nazis absichtlich taten - von dem gesteckten Ziel abkommen."

Doch dürfte man nicht bei der Belehrung, "dem unfruchtbaren Tat der dürren Gebeine", stehen bleiben, sondern vielmehr "als wesentlichen Beitrag zur Überwindung der selbstverschuldeten gegenwärtigen Lage Deutschlands die Methoden demokratischer Lebensführung empfehlen". Denn der "Begriff Demokratie enthält Forderungen für den Marktplatz ebenso wie für den Altar und das Heim". "So müssen wir auch die Erwachsenen erziehen, um zu verhindern, (daß das Heim, die Kirche und der Marktplatz die Früchte systematischer Erziehung vergiften und ihr Ergebnis verderben."

Wie aber werden Erwachsene erzogen. Indem ihnen beigebracht wird, daß "die Politik der demokratische Kampfplatz der Erwachsenen ist, daß sie die unmittelbare und dauernde Voraussetzung einer Erziehung zur demokratischen Lebensform darstellt."

"Diese Schule der sittlichen Toleranz und der bürgerlichen Weisheit für alle Deutschen haben wir bereits errichtet. ... Von den ersten Wahlen in den Gemeinden hat sich die staatsbürgerliche Kunst der geordneten Mitwirkung aufwärts bewegt."

Die Reform der Erwachsenen durch Wahlurne, kontrollierte politische Diskussionen und Bürgerversammlungen hatte also schon Fortschritte gemacht. Was aber sollte in den Schulen geschehen? Diese hätten zunächst die Trennung von Volksschulbildung und höherer Schulbildung zu beseitigen, da hierdurch bei einer kleinen Gruppe ein Überlegenheitsgefühl, bei der Mehrzahl ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt worden sei, das "jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh".

Als erster Schritt sei eine gemeinsame Grundschule in 6 Klassen vorzusehen. Desgleichen dürfe die Ausbildung der Volksschullehrer nicht von der der Lehrer an Höheren Schulen getrennt werden. Den Fächern, "die mit akademischer Tradition überlastet und lebensfremd sind", sei der Krieg anzusagen.

"Klassenausschüssen, Diskussionsgruppen, Schulbeiräten, Schülervereinigungen, Vorhaben im Dienste der Gemeinschaft" die Tür zu öffnen. Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als "wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist", nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. "Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten."

Nach dem Besuch der Erziehungsmission konnte die Unterabteilung Erziehung nicht mehr das bisherige Schattendasein führen. Man stellte sie ans Licht, indem man an ihre Spitze einen "großen Namen" setzte, H. B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der sich auf die Verwendung von New Deal Geldern so gut verstand, daß er mit ihrer Hilfe aus einer hinterwäldlerischen Bildungsstätte eine der modernsten Universitäten Amerikas gemacht hatte. Aus der Unterabteilung Erziehung wurde eine Abteilung, und ein großer Stab ging daran, ge-

waltige Reformschlachten (auf dem Papier) zu schlagen.

Als Wells 1948 nach Amerika zurückfuhr, ließ sein Nachfolger Alonzo G. Grace das ganze Reformprogramm kurzerhand in der Schublade verschwinden. Auf einer Konferenz in Berchtesgaden verkündete Grace die Abkehr von der Politik seines Vorgängers und die neue Ära in der Umerziehung. Sein Programm enthielt u.a.

Punkt 1: "Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird."

Punkt 6: "Wir müssen nicht Schuld daran tragen, daß wir versuchen, in Deutschland, inmitten einer Umgebung, die von Verwirrung und Unsicherheit erfüllt ist, ein Ideal zu verwirklichen, das anderswo nicht vollendet wurde."

Punkt 8: "Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland umerziehen und neu orientieren sollen. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein:

a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.
b) Ein wirksames Deutschland Programm der UNESCO zu ermutigen.
c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.

d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen."

Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten gingen die Amerikaner davon ab, den Deutschen Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne daß der amerikanische Einfluß auf den ersten Blick erkennbar war. Ein schönes Beispiel bietet das neuerdings an allen deutschen Universitäten gelehrt Fach "Politische Wissenschaften".

Dieses Fach hat zwei Väter: die sozialdemokratische hessische Regierung und die amerikanische Militärregierung. Die hessische Regierung, die schon frühzeitig an den ihr unterstehenden Universitäten Lehraufträge an Männer ihrer Couleur vergeben hatte, berief im September 1949 eine Tagung auf das Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald ein, auf der über die Einführung der Politischen Wissenschaften auch auf den nichthessischen Universitäten beraten werden sollte. Das Protokoll dieser Tagung stimmt ironisch.

Die anwesenden deutschen Professoren versuchten in alter Gelehrtentradition zu erörtern, ob die Politischen Wissenschaften Wissenschaftscharakter trügen und methodisch entsprechend ausgebaut seien.

Die als "Berater" anwesenden Amerikaner unter dem Vorsitzenden des Verbandes der Politischen Wissenschaftler erklärten, daß die Politische Wissenschaft in ihrem Lande deshalb eine Wissenschaft sei, weil sie über so und so viele Lehrstühle, Zeitschriften und Institute verfüge. Der Vertreter der Militärregierung Prof. Kurt Loewenstein meinte kurzerhand, daß man einem geschenkten Gaul nicht in das Maul schauen solle und die Amerikaner für die Finanzierung der neuen Wissenschaft und Stellung von Lehrpersonen schon Sorge tragen würden. Er führte selber später den Erfolg der Tagung und die Errichtung des neuen Faches auf seine Erzählung des folgenden Witzes zurück:

Ein Irrer kam zum Professor Specht. Dieser fragte ihn, wie er heiße.

Antwort: Schneider.

Was er von Beruf sei: Schuster.

Ob es ihm nicht seltsam vorkomme, wenn er Schuster sei und Schneider heiße.

Antwort: Der Professor hieße ja auch Specht und sei ein Gimpel.

Wer bei der Errichtung des Faches Politische Wissenschaften die Gimpel waren, hat Prof. Loewenstein nicht näher ausgeführt. Nach dem Gesetz, wonach sie angetreten, entwickelte sich die Politische Wissenschaft fort. Zunächst wurden sämtliche verfügbaren Lehrstühle mit ehemaligen Amerika-Emigranten besetzt, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland meist weder ihre amerikanische Staatsangehörigkeit noch ihre amerikanischen Lehrstühle aufgaben. In Süddeutschland wurden auf diese Weise etwa die Lehrstühle in Heidelberg (Friedrich), Freiburg (Bergsträsser), München (Voegelin), Stuttgart (Golo Mann) besetzt. Später rückten dann deren (meist in Amerika ausgebildete) Schüler auf.

In einem Nachruf der Akademie für Politische Bildung (Tutzing) auf den Inhaber des Freiburger Lehrstuhls lesen wir: "Sein gedrucktes wissenschaftliches Oeuvre seit seiner Rückkehr ist schmal. Für das akademische Bewußtsein, für das deutsche in besonderem Maße, ist aber der wissenschaftliche Erweis das Buch ... Der Professor ... hat die darin enthaltene Bestreitung seines Gelehrtentums selbst sehr ernst genommen. In der von ihm vollzogenen und mehrmals wiederholten Güterabwägung waren jedoch andere Gesichtspunkte gewichtiger ...

Vordringlich war es ihm, der Politischen Wissenschaft nach dem Abbrechen der in der 1. Republik begonnenen Bemühungen die Dignität der klassischen Universitätsdisziplinen und also ihren Einbau in das alte Gefüge der deutschen Universität zu verschaffen. Das ist durch keine noch so hervorragende wissenschaftliche Leistung eines Einzelnen zu erreichen, sondern, unter den Bedingungen eines Neubeginns, nur, indem an einigen Universitäten eine große Zahl von Studenten gesammelt, intensiv gefördert und zur Promotion und Habilitation geführt werden."

Das Fach Politische Wissenschaft hat bisher nichts hervorgebracht, was in der Geschichte der politischen Ideen, in die sich so mancher deutsche Nationalökonom, Jurist oder Historiker eingezeichnet hat, festgehalten zu werden verdient. Die verbissene Wut, mit der die Politologen gegen Carl Schmitt polemisieren, scheint nicht zuletzt daraus zu resultieren, daß diesem der Platz in der Geschichte der politischen Theorien sicher ist, um den sie sich vergeblich bewerben. Der Fernsehschirm verhilft eben doch nur zu Stundenruhm.

Da es ein Gesetz zu sein scheint, daß wissenschaftliche Leistung und politischer Einfluß sich umgekehrt proportional verhalten, ist den Politologen ein beträchtlicher Einfluß sicher. Wenn voller Optimismus erklärt werden kann:

"Die Existenz der deutschen Demokratie wird von der Sozialwirksamkeit der politischen Bildung abhängen" (F. M. Schmölz), dann zeigt sich, daß die Politische Wissenschaft (bei nicht-akademischen Adressaten Politische Bildung heißen) jenes Medium der Charakterwäsche ist, das zur Zeit mit die besten Resultate zeitigt. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614-615): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...

Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich

das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.

Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung.

Hauptziel schien zu sein, die deutsche Jugend davon zu überzeugen, daß der Nazismus, mit seiner Verleugnung ewiger Menschheitsideale, böse war – als ob irgendein Jugendlicher dies 1945/1946 nicht gewußt hätte und als ob nicht gerade unter der Jugend der innere Widerstand gegen den Nazismus am stärksten gewesen wäre! Die Konzentrationslager waren voll von Jugendlichen, denen "bündische Umtriebe", das heißt ein freiheitliches Bestreben vorgeworfen wurde.

In Deutschland dem Lande der Jugendbewegung und der freien Schulgemeinden (Wickersdorf, Odenwaldschule, Schule am Meer, Salem usw.) mit ihrer jahrzehntelangen demokratischen Selbstverwaltung, sollte "das Schulleben so organisiert werden in allen seinen Erscheinungsformen, daß es "Erfahrung im demokratischen Leben vermittelt"!

Und das Jugendleben: Auch da müsse das demokratische Prinzip eingeführt und die Jugend zu wirklicher Selbstbestimmung und Verantwortung erzogen werden! Vom Hohen Meißner, von Gustav Wyneken, Walter Flex und all den anderen scheinen die "Wiedererzieher " nie gehört zu haben. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler James K. Pollock (1898-1968, von 1945-46 Sonderberater der US-Militärregierung) erklärte am 16. August 1946 vor dem Länderrat (x111/205): >>... Im neuen Deutschland muß die Macht der Behörden geschwächt werden, wenn das Volk zum Kontrollorgan der Regierung werden soll.

Nach meiner Ansicht muß Deutschland politisch wie auch verwaltungsmäßig dezentralisiert werden, wenn dem Volk die Möglichkeit gegeben werden soll, seinen Einfluß auf die Staatsführung geltend zu machen.<<

Die US-Spruchkammer in Passau entnazifizierte am 16. August 1946 den Regierungsbaumeister Dipl. Ing. Josef P (x114/2.142): >>... Vor der Spruchkammer Passau hatte sich der 42jährige, ehemalige Regierungsbaumeister Dipl. Ing. Josef P., Passau, der Blutordensträger war und den Demonstrationszug am 9. November 1923 mitgemacht hat, zu verantworten.

In der SA bekleidete er seit 1932 den Rang eines Obersturmführers und war ... in zahlreichen anderen Nazi-Organisationen tätig. Sein Einkommen stieg von 1934 bis 1942 von 3.000 auf 40.000 Mark.

Der Betroffene führte zu seiner Entschuldigung an, daß er im Demonstrationszug am 9. November 1923 "als junger Esel" mitgelaufen sei.

Die Spruchkammer verurteilte ihn unter Einreihung in die Gruppe II zu 2 Jahren Arbeitslager und 75prozentigem Entzug seiner Vermögens.<<

Die US-Spruchkammer in Landshut entnazifizierte am 16. August 1946 den Steuerhelfer Martin K. (x114/2.142): >>... Der Steuerhelfer Martin K., Nicht-Parteigenosse, wurde von der Spruchkammer in die Gruppe der Aktivisten eingereiht, auf drei Jahre in ein Arbeitslager verwiesen und sein Vermögen zu 75 Prozent beschlagnahmt.

Wie die Beweisaufnahme ergab, wollte K. 1938 der Partei beitreten, wurde aber wegen seiner kriminellen Vergangenheit abgelehnt. Er hat sich jedoch, wie es in der Spruchkammerbegründung heißt, seit der Machtübernahme als Angehöriger mehrerer Naziorganisationen und als Denunziant aktiv für den Nationalsozialismus eingesetzt.<<

Die "Neue Presse" berichtete am 17. August 1946 (x114/2.142): >>... "Wenn ich die Herren von der Spruchkammer mal auf der Straße treffe, ich möchte ihnen ins Gesicht spucken, ich empfinde es als eine Gemeinheit, daß Deutsche sich für solche Arbeit hergeben".

Diese Äußerung machte der praktische Arzt Dr. Paul von D. am 1. Juli 1946. Er wurde deshalb durch die Spruchkammer Erding am 8. August mit einjähriger Bewährungsfrist und

5.000 Mark Sühne in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht.

Der Betroffene, der nie der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörte, darf während dieser Zeit seine Praxis weiterführen.

Die Spruchkammer entschied einstimmig, daß durch den Ausspruch des Betroffenen der Tatbestand des Artikels 7/3 des Gesetzes erfüllt ist, in dem es heißt:

"Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Wirken für den Nationalsozialismus und Militarismus den Frieden des deutschen Volkes oder der Welt gefährdet".<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 22. August 1946 aus Bayern (x124/219): >>... Gestern war Dr. W. in Mittenwald, wo er die Pionierkaserne besichtigte. Sie wurde knapp vor Kriegsausbruch erbaut und wir könnten in dem Komplex 2.000 Flüchtlingsfamilien unterbringen. Jetzt hausen 300 Türken darin.

W. traf gerade ein, als sie ihr Abendbrot faßten: 8 kleine Schokoladetafeln, Butter, Weißbrot und Milchkaffee. Er wisse, daß da noch viel Platz sei, erklärte der Lagerleiter grob, aber die Deutschen sollen sich vorerst ruhig mit weniger schönen Orten begnügen. Ihnen gehe es hier gut und sie dächten an keine Heimkehr.

Das gleiche gilt für 400 Polen, die einen ebenfalls riesigen Wehrmachtsskomplex in der Nähe bewohnen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 24. August 1946 aus Bayern (x124/223-225): >>... Seit zwei Wochen leben meine Eltern bei uns.

Mein Vater ist für seine 62 Jahre noch recht rüstig; den ganzen Tag rodet er im Wald Baumstümpfe. Wir werden in diesem Winter nicht frieren, sagt er, wenn ich einwende, daß diese Arbeit für sein Alter und unsere Ernährung viel zu schwer ist.

Alle Leute in der Kolonie und ein guter Teil der Stadtbevölkerung verbringen ihre Freizeit mit Holzsammeln. Der Wald sieht auch wie leergefegt aus und man muß schon weit hineingehen, um am Boden noch einen trockenen Ast zu finden. Am Abend sieht man ganze Scharen mit hochbeladenen Karren heimwärts ziehen.

... Täglich, entweder auf dem Wege zum Amt oder auf der Rückkehr, grase ich die Märkte ab, ob es nicht Gemüse zu kaufen gibt, während meine Freunde mit ländlichen Verbindungen auf der Jagd nach Kartoffeln sind, deren Transport mit der Eisenbahn oder mit Lastwagen durch ein unbegreifliches Gesetz verboten ist.

... Von Zeit zu Zeit komme ich in ein Flüchtlingslager oder besuche ein Dorf, wo Flüchtlinge einquartiert sind. Ich bin ja auf bescheidenste Weise motorisiert.

Die Menschen werden in die Dörfer gepreßt, weil es in den zerstörten Städten keine Unterkünfte für sie gibt. Oft weigern sich die Bauern, sie gegen Verpflegung mitarbeiten zu lassen, weil sie nicht kräftig genug sind. Denn die Leistungsfähigen werden von den Vertreibern zurückgehalten und zu jenen Arbeiten herangezogen, für die sich diese nun, unter den gewandelten Umständen, zu gut halten.

Aber auch diejenigen, die durch den Luft- und Bodenkrieg, durch Plünderung und Entnazifizierung ihre Habe eingebüßt haben, sind nicht viel besser dran. Langsam, aber unentrinnbar fallen auch sie der Verelendung anheim, wenn sie nicht sehr zäh, lebenskräftig und erfindungsreich sind.

Für die ... 50- bis 60jährigen ist die Aussicht gering, bessere Tage zu erleben. Und was haben sie alles durchgemacht! Den Ersten Weltkrieg, die Niederlage, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise, die Nazi-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und den zweiten Zusammenbruch.

Was haben sie zu erwarten? Das ihr Land Kampfplatz zwischen den Weltmächten wird? Es ist wirklich kein gutes Los und sie sind um ihre gestiegene Lebenserwartung nicht zu beneiden.

In letzter Zeit hatte ich Gelegenheit, einige vor wenigen Jahren noch prominente Leute kennen zu lernen; Bildhauer, Schriftsteller, Verleger, Universitätslehrer. Über ihren Lebenstrümmern liegt kein Hoffnungsschimmer.

So bleiben meine Jahrgänge, reduziert durch den Krieg, aber dank geringerer Vergangenheitsbelastung lebensgierig um jeden Preis. Der Krieg hat sie realistisch und pragmatisch gemacht. Ihre soziale Verpflichtung fassen sie eng; zunächst wollen sie, daß ihre Familien überleben. ... Sie halten die Augen offen und warten ab. Das Überleben ist schon schwierig genug, auch für sie. Ein Engagement wird man ihnen erst abgewinnen, wenn man allen Chancen gibt und keine bloß negative Besatzungspolitik praktiziert.

Leid tun können einem die Kinder, die in diesem Milieu heranwachsen. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen unsere Zeitungen die Ergebnisse von städtischen Schuluntersuchungen (ob es so etwas auf dem Lande gibt, weiß ich nicht, doch dürfte dort angesichts der vielen Flüchtlinge die Lage der Kinder noch trostloser sein). So hieß es gestern in einem Bericht aus Nürnberg, daß dort nur 14 % der Schulkinder als zureichend ernährt bezeichnet werden können; 30 % leiden an Hungerödemen. ...<<

Der deutsche Diplomat Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951, zuletzt deutscher Botschafter im Vatikan) wurde am 26. August 1946 aus dem Vatikanstaat ausgewiesen und den alliierten Behörden übergeben.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 28. August 1946 (x124/226-227): >>Am Morgen schrieb ich den Bericht vom Todesmarsch der Saazer auf Matrize.

Mit jedem Blatt kroch mir das Grauen über die Greuelthaten tiefer ins Blut. Hat bei Umstürzen dieser Art Bestialität immer einen Freibrief?

Als Schüler liebäugelte ich mit der Revolution; nun da ich einer mit knapper Not entgangen bin und einen winzigen Bruchteil von deren Protokollen aufarbeite, habe ich wohl lebenslang genug davon.

... Was wir tun, erlittenes Unrecht festzuhalten und menschliches Leid der Vergeßlichkeit zu entreißen, ist auf bescheidene Weise nützlich. Man sollte nicht nur von den Opfern der anderen sprechen. ...<<

Die "Stuttgarter Rundschau" berichtete am 29. August 1946 über die damalige Haltung der deutschen Jugend (x111/209): >>Das Lebensgefühl der jungen Generation ist erschüttert. Sie haben soviel von Volk und Gemeinschaft, Dienst und Opfer gehört und sind dann so getäuscht und im Stich gelassen worden, daß sie jede neue Bindung, jeden neuen Redner, jeden gutgemeinten Leitartikel instinktiv ablehnen.

Ihr bisheriges Leben bestand aus Baracken und Kasernen, Massenquartieren und Menschenherden, die sich nur in der Uniformfarbe unterschieden. ...

Jetzt wünschen sie sich im überbevölkerten Lande irgendwo vier eigene Wände. Sie haben genug vom Kollektivismus. Sie wollen weder über noch neben sich jemand fühlen. Sie wollen endlich einmal allein sein. ...<<

Albert Speer erklärte am 31. August 1946 während seines Schlußwortes im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x129/59): >>Die Diktatur Hitlers war die erste Diktatur eines Industriestaates dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. ...

Durch Mittel der Technik, wie Rundfunk und Lautsprecher, konnten 80 Millionen Menschen dem Willen eines Einzelnen hörig gemacht werden.

Telefon, Fernschreiber und Funk ermöglichten, Befehle höchster Instanzen unmittelbar bis in die untersten Gliederungen weiterzuleiten, wo sie wegen ihrer hohen Autorität kritiklos durchgeführt wurden. Zahlreiche Dienststellen und Kommandos erhielten so direkt ihre unheimlichen Befehle. Sie ermöglichten eine weitverzweigte Überwachung der Staatsbürger und den hohen Grad der Geheimhaltung verbrecherischer Vorgänge.

Für den Außenstehenden mag dieser Staatsapparat wie das scheinbar systemlose Gewirr der Kabel einer Telefonzentrale erscheinen -, aber wie diese konnte er von einem Willen bedient und beherrscht werden.

Frühere Diktaturen benötigten auch in der unteren Führung Mitarbeiter mit hohen Qualitäten – Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann hierauf verzichten – schon allein die Nachrichtenmittel befähigen es, die Arbeit der unteren Führung zu mechanisieren. Als Folge davon entsteht der Typus des kritiklosen Befehlsempfängers.

Der Alptraum vieler Menschen, ... daß einmal die Völker durch die Technik beherrscht werden könnten – er war im autoritären System Hitlers nahezu verwirklicht. ...<<

Die US-Militärregierung lieferte am 2. September 1946 16 vermeintliche deutsche Kriegsverbrecher an die CSR aus. Zu den Ausgelieferten gehörte auch der ehemalige Prager Festungskommandant, General Rudolf Toussaint (1891-1968).

US-Außenminister James F. Byrnes (1879-1972, der 1947 wegen Differenzen mit US-Präsident Truman zurücktrat, erklärte während seiner "Stuttgarter Rede" am 6. September 1946 (x156/34-37, x058/378): >>Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen.

Wir Amerikaner haben diesen Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt.

Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkaufte werden können. ...

Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch wirklich niemals an. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen.

Als die Vereinigten Staaten in Potsdam der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zustimmten und als sie vorschlugen, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die Dauer einer Generation entwaffnet und entmilitarisiert bleibt, waren sie sich der auf ihnen und ihren Hauptverbündeten ruhenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung und gesetzmäßige Durchführung des Friedens voll bewußt.

Die Befreiung vom Militarismus wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, seine Kräfte und Fähigkeiten den Werken des Friedens zuzuwenden. Es braucht sie nur zu ergreifen. Sie gibt ihm die Gelegenheit, sich der Achtung und Freundschaft friedliebender Völker würdig zu erweisen und eines Tages einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen.

Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird. Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet.

Es ist nur recht und billig daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wiedergutzumachen. Die meisten Opfer der Naziaggression waren vor dem Krieg weniger begütert als Deutschland. Deutschland darf nicht erwarten, daß diese Opfer ohne fremde Hilfe die Hauptkosten dieser Naziüberfälle tragen sollen.

Die Vereinigten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfange durchzuführen. Wenn Deutschland jedoch nicht in der in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen und

geforderten Weise als wirtschaftliche Einheit verwaltet wird, müßten an dem von der Alliierten Kontrollkommission genehmigten Industrieniveau Änderungen vorgenommen werden.

Die Grundlage der Potsdamer Beschlüsse war, daß im Rahmen eines kombinierten Entmilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte.

Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industriepotential belassen bliebe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne Hilfe anderer Länder ermöglicht.

Die auf diese Weise zu entfernenden Fabriken sollten als Reparationen an die Alliierten abgeliefert werden. Die aus der russischen Zone zu entfernenden Fabriken sollten der Sowjetunion und Polen zufallen, während die aus den westlichen Zonen zu entfernenden Fabriken teilweise der Sowjetunion, in der Hauptsache jedoch den westlichen Alliierten zufallen sollten.

Ferner wurde eine Aufteilung des deutschen Vermögens im Ausland unter den Alliierten vorgesehen.

Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten über den Stand, auf den die hauptsächlichsten deutschen Industrien zwecks Durchführung der Potsdamer Beschlüsse herabgesetzt werden sollten.

... Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt.

Dieser Grundsatz bedeutet erhebliche Härten für das deutsche Volk, aber er verlangt von ihm lediglich, die Härten zu teilen, die der Angriff der Nazis dem Durchschnittseuropäer auferlegt hat.

Dem deutschen Volk wurde jedoch nicht die Möglichkeit genommen, sein Los im Laufe der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Eine industrielle Entwicklung und industrieller Fortschritt wurden ihm nicht verweigert. Gleich den Völkern anderer verwüsteter Länder sollte das deutsche Volk den Wiederanfang mit einer Friedenswirtschaft machen, die nicht imstande ist, ihm mehr als den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard zu gewähren.

Dabei sollte ihm nicht das Recht verwehrt werden, mögliche, aufgrund harter Arbeit und einfacher Lebensweise erworbene Ersparnisse für den Aufbau einer Industrie zu verwenden, die friedlichen Zwecken dient.

Dieses war der Grundsatz der Reparationen, wie Präsident Truman ihm in Potsdam zugestimmt hat. Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde.

Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, daß der Alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen deutschen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangten. ...

Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.

Die jetzigen Verhältnisse machen es in Deutschland unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. Es ist klar, daß wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. Die Schranken zwischen den 4 Zonen Deutschlands sind weit schwieriger zu überwinden als die zwischen normalen

unabhängigen Staaten.

Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als eine Kennzeichnung für in sich abgeschlossene oder politische Einheiten. ...

Bis jetzt hat sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen.

...

Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. ...

Nun ist es an auch der Zeit, die Grenzen des neuen Deutschlands festzusetzen. Österreich ist bereits als freies unabhängiges Land anerkannt worden. Seine zeitweilige und erzwungene Vereinigung mit Deutschland war für beide Länder kein glücklicher Zustand, und die Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß es im Interesse beider Länder und des Friedens für Europa liegt, wenn jedes seinen eigenen Weg geht.

In Potsdam wurden, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz, bestimmte Gebiete, die einen Teil Deutschlands bildeten, vorläufig der Sowjetunion und Polen zugewiesen. Damals waren diese Gebiete von der Sowjetarmee und von der polnischen Armee besetzt. Es wurde uns gesagt, daß die Deutschen aus diesen Gebieten in großer Zahl flüchteten und daß es im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle tatsächlich schwierig sein würde, das wirtschaftliche Leben dieser Gebiete wieder in Gang zu bringen, wenn diese nicht als integrale Bestandteile der Sowjetunion bzw. Polens verwaltet würden.

Die Staatsoberhäupter erklärten sich damit einverstanden, bei den Friedensregelungen den Vorschlag hinsichtlich der endgültigen Übertragung der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion zu unterstützen. Sofern die sowjetische Regierung ihre Auffassung diesbezüglich nicht ändert, werden wir an diesem Abkommen festhalten.

Was Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete anbetrifft, so fand die zur Verwaltungszwecken erfolgte Übergabe dieses Gebietes durch Rußland an Polen vor der Potsdamer Zusammenkunft statt. Die Staatsoberhäupter stimmten zu, daß Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze durch den polnischen Staat verwaltet und zu diesem Zweck nicht als Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollten. Wie aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz hervorgeht, einigten sich die Staatsoberhäupter jedoch dahingehend, die Abtretung eines bestimmten Gebietes zu unterstützen.

Rußland und Polen haben schwer durch Hitlers einfallende Armeen gelitten. Durch das Abkommen von Jalta hat Polen an Rußland das Gebiet östlich der Curzon-Linie abgetreten. Polen hat dafür eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen verlangt. Die Vereinigten Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann jedoch erst entschieden werden, wenn das endgültige Abkommen darüber getroffen ist.

Die Vereinigten Staaten finden, daß Frankreich, in welches Deutschland innerhalb von 70 Jahren dreimal eingefallen ist, seinen Anspruch auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft mit Frankreich eng verbunden ist, nicht verweigern können. Natürlich müßte Frankreich, wenn ihm das Saargebiet eingegliedert wird, seine Reparationsansprüche an Deutschland entsprechend ändern.

Von diesen Veränderungen abgesehen, werden die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder eine Aufteilung Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen. Soweit den Vereinigten Staaten bekannt ist, wünscht

die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland vereinigt zu bleiben, und die Vereinigten Staaten werden sich diesem Wunsch nicht widersetzen. ...<<

>>... Für einen erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine gemeinsame Finanzpolitik wesentlich. Eine unkontrollierbare Inflation, begleitet von einer wirtschaftlichen Lähmung, ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn keine gemeinsame Finanzpolitik zur Steuerung der Inflation besteht. Ein Programm drastischer Haushaltsreformen ist dringend erforderlich, um den Währungsumlauf und die Geldforderungen zurückzuschrauben, die Schuldenlast zu revidieren und Deutschlands Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. ...

Wenn aber eine verheerende Inflation verhindert werden soll, müssen völlig aufeinander abgestimmte Maßnahmen beschlossen werden und in allen Zonen einheitlich angewandt werden. Um ein Programm dieser Art wirksam durchzuführen, ist eine zentrale Finanzbehörde offensichtlich notwendig. ...

Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, daß Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte. Sie bestimmten lediglich, daß es einstweilen noch keine zentrale Regierung geben sollte. Dies war nur so zu verstehen, daß keine deutsche Regierung gebildet werden sollte, ehe eine gewisse Form von Demokratie in Deutschland Wurzel gefaßt und sich ein örtliches Verantwortungsbewußtsein entwickelt hätte. ...

Die Vereinigten Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein. Fortschritte in der Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung und der Landesselbstverwaltungen sind in der amerikanischen Zone Deutschlands erzielt worden, und die amerikanische Regierung glaubt, daß ein ähnlicher Fortschritt in allen Zonen möglich ist.

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorläufige Regierung nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden soll, sondern daß sie aus einem deutschen Nationalrat bestehen soll, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder zusammensetzt, die in jeder der 4 Zonen gebildet worden sind.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 16. September bis zum 13. Oktober 1946 täglich nur 1.530 bzw. 1.247 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der "Exchange Telegraph" berichtete am 30. September 1946 über den Nürnberger Prozeß gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher (x043/209): >>... 1. Die SA wird nicht als verbrecherische Organisation bezeichnet. ...

Hierüber sagt das Urteil im Einzelnen: "Obgleich in einer Reihe bestimmter Fälle einige Formationen der SA für die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt wurden, kann nicht festgestellt werden, daß die Mitglieder der SA im allgemeinen an der Verübung derartiger Untaten teilnahmen, ja von einer großen Zahl von SA-Leuten kann nicht einmal behauptet werden, daß sie von der Begehung dieser Verbrechen überhaupt unterrichtet waren.

2. Das Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werden ebenfalls nicht als verbrecherische Organisation bezeichnet. Das Gericht lehnte aus ähnlichen Gründen wie bei der SA die Feststellung der Kriminalität des Generalstabes ab, doch fügt das Urteil hinzu, daß gegen viele Angehörige des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht der Beweis der Kriminalität individuell erbracht sei.

Zudem heißt es wörtlich: "Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht sind zu einem großen Teil für das Elend und die Leiden von Millionen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich. Ohne ihre militärische Hilfe wären die aggressiven Pläne Hitlers und seiner Nazihelfer akademisch und unfruchtbar geblieben. ...

Dieser Teil des Urteils entlastet rund 4,5 Millionen SA-Mitglieder und etwa 125 Generäle und Admiräle von der Drohung einer Kollektivverurteilung.<<

Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß wurden am 1. Oktober 1946 nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet.



Abb. 74 (x065/574): Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß.

12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl,

Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt.

Rudolf Heß, Walter Funk und Erich Raeder erhielten lebenslange Freiheitsstrafen.

Baldur von Schirach, Albert Speer, Konstantin Freiherr von Neurath und Karl Dönitz erhielten 10- bis 20jährige Freiheitsstrafen.

Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen.

Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stuft man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinet, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.

Die sowjetische Anklagevertretung lehnte damals alle Freisprüche ab und forderte die Todesstrafe für Heß.

In der "Frankfurter Rundschau" berichtete der Journalist Karl Gerold am 1. Oktober 1946 über die Urteile im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x111/221): >>... Mit verschlossenen, bleichen Gesichtern sitzen die angeklagten ehemaligen Staatsoberhäupter vollzählig vor ihren Richtern, vor der Öffentlichkeit der Völker dieses Erdballs.

Ich sehe sie der Reihe nach durch, wie sie selber, eine gewisse Erwartung in der Haltung spiegelnd, dasitzen: Antreiber und Ausführende, Intriganten und Veranlasser der größten Verbrechen eines starken, blutigen Jahrzehnts in unserem Jahrhundert.

Und alle, wie sie da sind, nennen sich unschuldig vor Gott und wissen keinen Schuldigen zu finden.<<

Der deutsche Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (1908-1982) schrieb damals über diesen Prozeß (x111/221-222): >>Das Panorama der Verfehlungen, das im Nürnberger Prozeß entsteht, ist verwirrend und überwältigend.

Menschliche Tragödien, mit fünf- und sechsstelligen Zahlen multipliziert, erwecken ein vages Allgemeingefühl des Ekels. Das Prozeßmaterial gibt keinen rechten Angriffspunkt für die Vorstellungskraft.

Der Dreißigjährige Krieg lebt in der Phantasie der Menschheit nicht wegen der Fülle von Untat und Brandstiftung weiter, sondern weil ihn Grimmelshausen beschrieben hat.

Aus Prozeßakten wird noch keine Geschichte im Bewußtsein der Menschen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x111/222): >>... Es wäre die Ansicht, daß ein Verbrechen nicht geahndet werden kann, weil kein passendes Gesetz vorhanden ist, eine Zumutung gewesen, die sich die Welt und auch das deutsche Volk niemals hätten gefallenlassen.

Ein Gesetz kann immer erst geschaffen werden, wenn das Verbrechen bereits existiert. In einem Land, in dem es keine Straßenbahnen gibt, braucht man keine Verordnungen gegen das Abspringen während der Fahrt. In einer Welt, in der die systematische Abschachtung und Verbrennung von Millionen Menschen eine unbekannt Praxis ist, bedarf es keiner sie verhütender Gesetzgebung. Es blieb Deutschland vorbehalten, diese Praxis einzuführen.

Es ist dem deutschen Volk anheim gegeben, diesen Zusammenhang innerlich anzuerkennen. Die Lehren des großen Prozesses, die weitreichenden und einschneidenden Neuerungen im Leben der Völker, die er mit sich bringt, erschöpfen sich damit nicht.

Am Vorabend seines Abschlusses genügt es jedoch zu sagen, daß diese ungeheure, peinlich genaue, unermüdliche Anstrengung, Ordnung und Recht an die Stelle von Chaos und Rechtlosigkeit zu setzen, alles andere als umsonst gewesen ist. Dieser Prozeß hat sich gelohnt. Seine Lehren sind teuer erkauf. Es ist an den Überlebenden in allen Ländern, sie nicht zu verschleudern.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) schrieb am 1. Oktober 1946 über die zahlreichen Radiokommentare zu dem Nürnberger Prozeß (x111/222): >>Von Witzlebens Gefühlen (nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet) wurde nicht so viel hergemacht. Und ob es gut ist, dem Farmer in Oklahoma das auszumalen, ob es gut ist, die Deutschen das wissen zu lassen? ...<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Aburteilung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher" (x090/307): >>... Der vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg inszenierte Prozeß führte zu ersten Mißhelligkeiten zwischen den Siegermächten. ...

Zwölf weitere Nürnberger Prozesse wurden von den Amerikanern allein geführt. Die drei anderen Mächte fällten und vollstreckten Gerichtsurteile nach eigenem Ermessen. Während die Vereinigten Staaten 444 Deutsche, davon 255 in Landsberg/Lech, henken ließen, verzeichneten die Sowjetunion 879, Großbritannien 230 und Frankreich 82 Hinrichtungen in den Besatzungszonen.

Hunderttausende wurden interniert, nach Artikel A III/5 des "Potsdamer Abkommens" alle Personen, die den 4 Mächten "gefährlich" zu sein schienen. Aber auch darin verfahren die Sieger unterschiedlich. Die Sowjets übernahmen NS-Konzentrationslager wie Buchenwald und Sachsenhausen, wo sie mit Hilfe deutscher Kommunisten nach eigenen Angaben 43.000 Menschen zugrunde richteten.

Die amerikanische Militärregierung verhängte zehntausendfach "automatischen Arrest" und unterhielt dazu zahlreiche Internierungslager, von denen Dachau, Ludwigsburg und Darmstadt bald einen üblen Ruf hatten. Die Briten brachten ihre Gefangenen zum Teil nach Aurich, Münster und Wesel, die Franzosen in frühere NS-Lager nach Balingen.<<

Der US-Anklagevertreter Robert Kempner (1899-1993) schrieb am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Das Nürnberger Urteil ist von einem unabhängigen Gericht nach vorbildlich geführter und minutiöser Verhandlung gesprochen worden, und von historischer Bedeutung in Gegenwart und Zukunft.<<

Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson und nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) erklärte später (x165/412-414): >>Der Grundgedanke war, daß die Bestrafung von kriegerischer Aggression – indem man sie nach internationalem Recht als Verbrechen einstuft – helfen sollte, den Frieden zu sichern. Es hat aber nicht viel genutzt. Die vier Großmächte trafen sich in London und unterzeichneten das Londoner Abkommen, das die Durchführung der Prozesse ermöglichte.

Der erste Prozeß wurde von den vier Mächten getragen. Die Richter und Anklagevertreter kamen aus Frankreich, England, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Die übrigen 12 Prozesse wurden ausschließlich von amerikanischen Richtern, Anklagevertretern und Verteidigern bestritten. Die anderen Länder hielten Prozesse in ihren eigenen Besatzungszonen ab.

Dieses internationale Gericht wurde nicht abgehalten, um konventionelle Kriegsverbrechen abzuurteilen, sondern es war auch von der Idee getragen, Angriffskriege als Verbrechen zu behandeln. Als vorsätzliche Straftat. Jackson und Henry Stimson, der Kriegsminister, hielten das für den wichtigsten Punkt. ...

Vielleicht erinnern sie sich daran, daß es in Militärcreisen einen großen Aufschrei gab, als die beiden deutschen Generäle Keitel und Jodl zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Auch von Kommentatoren wurde diese Sichtweise der Militärs nachgebetet. Mit Ausnahme dieser beiden und eines dritten – General Dostler, der amerikanische Gefangene in Italien umgebracht hatte und dafür von einem amerikanischen Kriegsgericht verurteilt wurde – wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von amerikanischer Seite gegen keinen anderen General die Todesstrafe verhängt. ...

Wir hatten Keitel im Prozeß als recht gefühllose und wenig nachdenkliche Person kennenge-

lernt. Bei seiner Aussage erwies er sich als sehr hölzern. Aber in seiner letzten Stellungnahme vor Gericht sagte er: "Ich habe mir nie klargemacht, daß es nicht ausreicht, ein guter Soldat zu sein und Befehle zu befolgen. Das ist meine Schuld. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Nürnberger Prozesse" (x051/424-425): >>Nürnberger Prozesse, Verfahren vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) gegen Göring und andere sowie zwölf Verfahren vor amerikanischen Militärgerichtshöfen gegen ehemalige führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches aus Politik, SS, Polizei, Justiz, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wehrmacht wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen.

Der erste Nürnberger Prozeß war das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher, das auf dem von Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR am 8.8.45 unterzeichneten Londoner Abkommen beruhte. Sitz des Gerichts war Berlin; als Verhandlungsort wurde jedoch Nürnberg bestimmt. Die Signatarmächte ernannten Richter und Hauptankläger. Der Präsident des Gerichts, der Engländer Lord Lawrence, wurde von den Richtern aus ihrer Mitte gewählt.

Mit Anklageschrift vom 6.10.45 erhoben die vier Hauptankläger Jackson (USA), de Menthon (Frankreich), Rudenko (UdSSR) und Sir Shawcross (Großbritannien) Anklage gegen 24 Personen: Göring, Heß, Ribbentrop, Neurath, Raeder, Dönitz, Keitel, Jodl, Ley, Rosenberg, Frick, Schirach, Kaltenbrunner, H. Frank, Funk, Streicher, Sauckel, Seyß-Inquart, Speer, Bormann, Papen, Schacht, G. Krupp, Fritzsche sowie sechs Organisationen oder Gruppen (SS, SA, Generalstab und OKW, Reichskabinett, Führerkorps der NSDAP, Gestapo und SD).

Als der Prozeß am 20.11.45 im Justizpalast in Nürnberg begann, fehlten drei Angeklagte: Ley hatte nach Zustellung der Anklage Selbstmord verübt, Bormann war nicht gefunden und Krupp wegen Gebrechlichkeit für verhandlungsunfähig erklärt worden. Gegen Bormann wurde jedoch in Abwesenheit verhandelt.

Das Verfahren dauerte zehn Monate. Durch Urteil vom 1.10.46 verhängte das IMT gegen zwölf Angeklagte die Todesstrafe (Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyß-Inquart, Bormann), drei wurden zu lebenslänglicher (Heß, Funk, Raeder) und vier zu zeitigen Freiheitsstrafen von zehn bis 20 Jahren verurteilt (Dönitz, Schirach, Speer, Neurath). Drei Angeklagte sprach das Gericht frei (Schacht, Papen, Fritzsche).

Der Alliierte Kontrollrat bestätigte sämtliche Urteile. Die Todesurteile wurden mit zwei Ausnahmen am 16.10.46 vollstreckt; Göring hatte kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begangen, Bormann blieb verschollen.

Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Prozesse vor dem IMT durchzuführen, wurde nicht weiterverfolgt. Durch Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.45 ermächtigten die Gouverneure der vier Besatzungszonen vielmehr die Besatzungsbehörden, zur Aburteilung von Kriegsverbrechern "geeignete Gerichtshöfe" zu schaffen. In der amerikanischen Zone wurden in Nürnberg die zwölf weiteren Nürnberger Prozesse durchgeführt. Anklage war gegen insgesamt 185 Personen erhoben worden, verhandelt wurde gegen 177: Vier Angeklagte hatten Selbstmord verübt, vier waren für verhandlungsunfähig erklärt worden.

Die Verfahren begannen am 9.12.46 mit dem Ärzteprozeß; es folgten der Prozeß gegen Milch, der Juristen-, Pohl-, Flick-, I. G. Farben-Prozeß, der Prozeß gegen die Südost-Generäle, der RuSHA-, Ohlendorf- oder Einsatzgruppen-, Krupp-, Wilhelmstraßen- und schließlich der OKW-Prozeß. Das letzte Urteil erging am 11.4.49.

24 Angeklagte wurden zum Tod verurteilt, 20 zu lebenslänglich und 98 zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und 25 Jahren. Freispruch erging in 35 Fällen. Von den zum Tod Verurteilten wurden zwölf hingerichtet, einer an Belgien ausgeliefert (dort verstorben), elf zu le-

benslänglicher Haft begnadigt. Mit Gnadenerlaß vom 31.1.51 setzte US-Hochkommissar McCloy zahlreiche Strafen herab.

Parallel zu den Nürnberger Gesetzen liefen zahlreiche weitere Kriegsverbrecher-Prozesse vor Militärgerichten der Besatzungsmächte gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 und vor Gerichten in den ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern.

Alle diese Verfahren, insbesondere die Nürnberger Prozesse, sind in der Folgezeit als "Sieger-(gemeint: Willkür-)Justiz" kritisiert worden, da deutschen Juristen die Mitwirkung versagt blieb. V.a. die rückwirkende Einführung von Straftatbeständen (Verbrechen gegen den Frieden u.a.) und die Ausklammerung alliierter Kriegsverbrechen (Katyn u.a.) haben das Ansehen der Nürnberger Prozesse beschädigt, die zudem bei Kriegsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als erhofftes Vorbild dienten, insbesondere nicht wenn Großmächte involviert waren.

Gleichwohl sind der moralische Wert und der historische Nutzen der juristischen Aufarbeitung durch die Nürnberger Prozesse und spätere (Ludwigsburger Zentralstelle) nicht zu überschätzen.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Kriegsverbrecherprozesse (x306/156-162): >>**Entnazifizierung mit Strick**

Die beiden Aufgaben, die Molotow in Paris für die zukünftige deutsche Regierung gestellt hatte, die Ausrottung der Reste des Faschismus und die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, waren auch die Ziele der amerikanischen Politik. Die Ausrottung der Reste des Faschismus sollte durch eine Beseitigung nationalsozialistischer Symbole, Gesetze und Literatur, sowie durch die Aburteilung von Personen und Personengruppen, die als Träger der nationalsozialistischen Politik betrachtet wurden, bewerkstelligt werden.

Die Aburteilung nahm die beiden Formen der Kriegsverbrecher (Naziverbrecher) - Prozesse und der Entnazifizierung an. Anlässlich des Besuches des amerikanischen Außenministers Hull in Moskau (1943) wurde vereinbart, daß Verbrechen, die an einem bestimmten Ort stattgefunden hatten, an diesem abgeurteilt werden sollten (Auslieferung) und solche, die keinen bestimmten Ort hatten, von einem internationalen (interalliierten) Gericht zu ahnden seien. Der einzige solche Prozeß war der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozeß vom 20. Februar 1946 - 1. Oktober 1946. ...

Die Kriegsverbrecherprozesse stützten sich auf eine Reihe alliierter Deklarationen. Schon vor Kriegseintritt hatte Roosevelt eine Deklaration gegen die Hinrichtung von Geiseln erlassen. Churchill unterstützte diese Deklaration und nannte die Vergeltung für solche Vergehen gegen das Kriegsrecht ein erstrangiges Kriegsziel. Im Januar 1942 tagten Vertreter von neun Exilregierungen in London in Anwesenheit des damaligen amerikanischen Botschafters (und späteren Nürnberger Richters) Biddle und forderten die Aburteilung von Kriegsverbrechen noch mit dem Argument, daß "um Racheakte der Bevölkerung als Reaktion gegen die Gewaltakte zu vermeiden und um den Gerechtigkeitsinn der zivilisierten Welt zu befriedigen", ordnungsgemäße Verfahren notwendig seien.

1943 kam es dann zur Moskauer Deklaration, die von Stalin, Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde und festlegte, wer Kriegsverbrechen ahnden würde, aber nicht wie Kriegsverbrechen geahndet würden. Hull setzte sich für ein summarisches Verfahren ein, das "die prompte Erledigung von Welt-Gangstern, die schlimmer waren als eine Million toller Hunde", garantieren sollte. Hitler, Mussolini, Tojo und ihre "Erzkomplizen" sollten nach einem kurzen standrechtlichen Verfahren hingerichtet werden.

Ein Prozeß würde ihnen nur noch eine Propagandamöglichkeit geben. Auch von englischer Seite wurde noch bis zum Sommer 1945 vertreten, daß die Achsenführer - in Analogie zum

Verfahren gegen Napoleon - durch eine gemeinsame politische Entscheidung (joint decision) der Alliierten gerichtet würden und nicht nach einem juristischen Verfahren.

Doch schon Ende 1943 hatte die Sowjetunion durch ein Militärgericht der 4. Ukrainischen Front einen Musterprozeß, den Charkower Prozeß "über die von den deutschfaschistischen Eindringlingen in der Stadt Charkow und Umgehung während der zeitweisen Okkupation verübten Greuelthaten" durchgeführt. Der Prozeß endete mit dem öffentlichen Aufhängen der Angeklagten.

Nach Vorbesprechungen auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen traten gleichzeitig mit der Potsdamer Konferenz Vertreter der vier Besatzungsmächte in London zusammen und verabschiedeten am 8. August 1945 ein "Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse". In den Londoner Verhandlungen wurde ein neues Recht geschaffen, und zwar von Männern, die gleichzeitig in Nürnberg Hauptankläger waren (Maxwell Fyfe und Jackson).

Das neue Recht war eine interessante Mischung sowjetischer und angelsächsischer Rechtsauffassungen. Die Sowjets traten dafür ein, daß die verbrecherische Tätigkeit der Angeklagten schon erwiesen sei und nur noch das Ausmaß der Beteiligung jedes einzelnen zu beurteilen bliebe. Es sollten die Verbrechen der Deutschen verfolgt werden und nicht Verbrechen allgemein, die andere auch begehen konnten. Hier setzte sich die amerikanische Auffassung durch, daß für Nürnberg ein neues Recht zu schaffen sei, das künftig auch auf andere als deutsche Verbrechen angewendet werden könnte.

Ein weiterer amerikanischer Rechtsbeitrag bestand darin, den ursprünglichen Kern einer Anklage wegen Vergehen gegen das Kriegsrecht und die Kriegsbräuche durch die Anklage von Verbrechen gegen die "Menschlichkeit" zu erweitern. Vor allem sollten aber auch Verbrechen gegen den Frieden geahndet werden. Der Angriffskrieg ("aggressive war") wurde für verbrecherisch erklärt. Der Begriff eines Verbrechens gegen den Frieden wurde von Jackson aus einer Arbeit des sowjetischen Professors Trainin "Verantwortlichkeit des Hitlerismus im strafrechtlichen Sinn" übernommen und konnte eine nachträgliche Rechtfertigung des neutralitätsrechtlich keinesfalls zulässigen Verhaltens der USA vor Kriegseintritt liefern.

Nicht unbeeinflusst von der sowjetischen Rechtsauffassung steuerte Jackson auf das Recht eines neuen Zeitalters zu, wobei er feststellte, man dürfe nicht gestatten, "daß die Rechtslage kompliziert wird durch Legalismen, die im Zeitalter des Imperialismus entwickelt worden sind, um Kriege respektabel zu machen".

Das Londoner Abkommen führte vier Gruppen von Verbrechen auf.

1. Verschwörung gegen den Frieden
2. Verbrechen gegen den Frieden
3. Kriegsverbrechen
4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Sinn und Ziel des in London geschaffenen und in Nürnberg praktizierten Rechtes wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß es sich um New-Deal-Recht handelt.

Sowohl der amerikanische Richter in Nürnberg (Biddle) wie der Hauptkläger und Schöpfer des Londoner Abkommens (Jackson) waren führende New-Deal-Juristen. Der Lebenslauf von Robert Houghwout Jackson ist das Muster einer New-Deal-Karriere. Jackson (1892-1954) war ein junger demokratischer Anwalt im Staat New York. Mit Roosevelts Übernahme der Präsidentschaft ging er in den Staatsdienst.

Zunächst war er in der Rechtsabteilung von Morgenthau Finanzministerium, wo er gegen die Vertreter des abtretenden republikanischen Regimes schauprozeßartig aufgezoogene Verfolgungen einleitete. Sein Hauptopfer war der langjährige Finanzminister mehrerer republikanischer Regierungen, der Multimillionär und Stifter der Washingtoner National Gallery, Andrew Mellon.

Dann wendete er sich gegen die amerikanischen Finanzkreise, die in den Ivar Kreuger Skandal verwickelt waren. Vom Finanzministerium ging er in die Antitrust Abteilung des Justizministeriums, die Hochburg der liberalen Jungtürken, als deren Leiter. Von dort holte ihn Roosevelt, damit er als Justizminister die juristische Rechtfertigung der Interventionspolitik lieferte. Jackson war maßgeblich an der wertenden Unterscheidung der Kriegsparteien als Angreifer und Angegriffene beteiligt. Später machte ihn Roosevelt zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes.

Dann kamen die Tage von Nürnberg, wo ihn das Schicksal der anderen New-Deal-Größen ereilte. Er erwachte eines Morgens und merkte, daß er ein Mann von Gestern war. Die zunehmende Kritik in Amerika an der Beteiligung eines Richters des Obersten Gerichtshofes an der fragwürdigen Nürnberger Viermächtejustiz führte zu seiner Abberufung und Ersetzung durch den minder prominenten, radikal liberalen Telford Taylor.

Zu den Neuschöpfungen des Londoner Abkommens gehörte der Begriff der verbrecherischen Organisation. Das Gericht konnte eine Organisation für verbrecherisch erklären, worauf jeder Staat, der das Londoner Abkommen unterzeichnete, das Recht besaß, Mitglieder der betreffenden Organisation vor Gericht zu stellen und mit allen Strafen (einschließlich Todesstrafe) zu belegen, wobei das zu bestrafende Verbrechen die Mitgliedschaft in der verbrecherischen Organisation sein sollte. Das Gericht erklärte:

"Eine kriminelle Organisation ist analog einer kriminellen Verschwörung, insofern das Wesen beider die Zusammenarbeit zu kriminellen Zwecken ist."

Zu verbrecherischen Organisationen wurden das Führungskorps der NSDAP von den Mitgliedern der Reichsleitung bis herunter zu den Mitgliedern der Ortsgruppenleitungen, SD und SS erklärt. Die Organisationsverbrechen waren Verbrechen einer Verschwörung, daher wurde nicht die bloße Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation für strafbar erklärt, sondern der freiwillige Eintritt und das Verbleiben in ihr bei Wissen um den verbrecherischen Zweck.

Diesen Zweck, nicht jedoch einzelne Vergehen gekannt zu haben, stellte ein Verbrechen dar. Das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrates schränkte den Begriff der Teilnahme an der Verschwörung etwas ein und nannte neben Tätern und Gehilfen auch Zustimmende und mit der Planung oder Ausführung der Verbrechen irgendwie Verbundene als Teilnehmer.

Neben den Organisationsverbrechen waren die "Verbrechen gegen den Frieden" zu verfolgen. Aufschlußreich wirkt schon die Liste der wegen Verbrechen gegen den Frieden Angeklagten. Es waren alle Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, 12 Direktoren der Firma Krupp, 23 Direktoren der IG Farben, 17 Diplomaten, 14 Mitglieder des Oberkommandos der Wehrmacht und Hermann Röchling (in der französischen Zone). Industrielle, Generalstäbler und Diplomaten hatten sich gegen den Frieden verschworen, ganz wie es der New-Deal-Mythologie entsprach.

Es ist klar, daß sich Urteile über Verbrechen gegen den Frieden auf erschöpfende historische Untersuchungen der Ursachen des Krieges hätte stützen müssen, Untersuchungen, die methodologische Schwierigkeiten ohne Zahl aufgeworfen hätten.

Aus der verschwörungstheoretischen Literatur hatte die amerikanische Anklage, die in Nürnberg für die Verbrechen gegen den Frieden zuständig war, jedoch die entscheidende Geschichtsschreibung mitgebracht. Einzelne Ereignisse wurden im Lichte der großen Pläne und Absichten der Verschwörer gesehen und dienten zugleich als Beweis für deren Absichten und Verschwörungen. Methodische Vorfragen entfielen. Die Anklage entwickelte eine Verschwörungsgeschichte, in der die einzelne Handlung eines Angeklagten dann einen Stellenwert besaß.

Wenn der französische Richter die Verknüpfung von Angriffskrieg und verbrecherischer Verschwörung eine "interessante, aber etwas romanhafte Konstruktion" nannte, so übersah er die

ideologische Tradition des neuen, von Jackson vertretenen Rechtes. Es war keine ad hoc Konstruktion, sondern ein juristischer Niederschlag des Glaubens an eine Welt machtfreier Harmonie und der verbrecherischen Verschwörung gegen das Entstehen dieser Welt.

Die Differenz zwischen der New-Deal-Jurisprudenz und der sowjetischen Jurisprudenz lag daran, daß die New Dealer das neue Recht auch dem amerikanischen Staate überordnen, während die sowjetischen Juristen es an den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs zum Stehen bringen wollten.

Die Richter der Nürnberger Verfahren entschlossen sich zu einem Kompromiß zwischen herkömmlichem und neuem Recht. So wurden die Direktoren von IG Farben nicht wegen eines Angriffskrieges, sondern wegen Sklaven-Arbeit und wegen Plünderung verurteilt, und auch im Hauptkriegsverbrecherprozeß wurde kein Urteil wegen Verschwörung allein, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Anklagepunkten gefällt.

Einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Nürnbergerjustiz gibt der Bericht des Hauptklägers des Nürnberger IG Farben Prozesses (1948), Josiah E. Du Bois. Du Bois war ein Beamter der Rechtsabteilung des Finanzministeriums, dessen Vorgesetzter Bernard Bernstein ihn auf die IG Farben angesetzt hatte, um die Beschlagnahme von IG Farben Vermögen in Nord- und Südamerika zu erwirken. Er war Mitglied der Reparationsmission von Edward Pauley gewesen, deren Ziel es war, die Wirtschaft der ehemals besetzten Länder durch jene Industrien wiederaufzubauen, die der Kriegswirtschaft der Achsenmächte gedient hatten.

Vor seiner Abreise nach Deutschland im Januar 1947 holte er sich die Rückendeckung von Bernard Bernstein und David Marcus, der damals die Kriegsverbrechenabteilung im Armeeministerium leitete. Marcus erklärte ihm, sein Ministerium sei zwar gegen eine Anklage wegen Führung eines Angriffskrieges gegen IG Farben, wenn er jedoch in Nürnberg eine solche Anklage erhebe, werde Marcus dafür sorgen, daß in Amerika niemand dazwischentrete. In Berlin machte Du Bois seinen Antrittsbesuch bei Clay.

"Wir kamen bald in ein Gespräch über das Thema, über das ich seit 1944 predigte. Deutschland wieder als industrielles Herz Europas aufzubauen, besonders wenn es von jenen Industriellen kontrolliert würde, die dazu beigetragen hatten, Europa in den Krieg zu stürzen, würde uns unsere besten europäischen Freunde entfremden.

Clay antwortete, das Problem sei, Deutschland industriell stark genug zu machen, um eine gesunde Wirtschaft zu unterhalten, aber nicht zu gestatten, daß diese Wirtschaft den deutschen Kreisen, die immer noch fanatisch militaristisch gesinnt seien, diene." Du Bois erklärte, daß bislang noch wenig getan worden sei, um die Furcht der europäischen Völker davor, daß Deutschland wieder beherrschende Militärmacht werde, zu zerstreuen.

Der IG Farben Prozeß solle eben jene Garantie geben, daß die Amerikaner gegen die Wiedererrichtung der Macht der aggressiven Industriellen stünden. Clay meinte, er stimme damit überein, habe aber einige Fragen, die zum gegebenen Zeitpunkt geklärt werden müßten. Vor allem aber sei er dagegen, daß Generäle wegen Verbrechen gegen den Frieden angeklagt würden. "Wenn wir den nächsten Krieg verlieren, wäre es ein Präzedenzfall, um amerikanische Generäle vor Gericht zu ziehen." "Nur wenn diese amerikanischen Generäle sich verschwören, um einen Angriff auf wehrlose Nachbarn zu unternehmen", antwortete Du Bois.

In Nürnberg traf Du Bois auf die Amerikanerin Belle Mayer. Sie hatte unter Du Bois im Finanzministerium gearbeitet. "Sie war es, die General Telford Taylor vorgeschlagen hatte, daß ich die Anklage im IG Farben Prozeß übernehmen solle." Auch die übrigen Vertreter der Anklage entpuppten sich als radikale Liberale bis auf einen Tschechen, von dem niemand wußte, wie er nach Nürnberg kam, Jan Charnatz. "Er trinkt nicht, er raucht nicht, er wird nicht intim, er redet ausschließlich über die Arbeit. Ohne ihn wäre die Anklage wegen Angriffskrieges nicht möglich."

Die Richter dagegen standen nicht auf der Höhe der Anklage. Sie stammten aus der amerika-

nischen Provinz, und es war eine Sisyphusarbeit, ihnen den ideologischen Kontext der Anklage erläutern zu müssen, da ja das liberale Denkgebäude nie ganz Allgemeingut des amerikanischen Volkes geworden war.

Am 11. April 1949 wurde das letzte Urteil in Nürnberg im Wilhelmstraßen Prozeß gegen die Angehörigen des Auswärtigen Amtes gesprochen. Es war höchste Zeit, da sich die Hohe Kommission bald Gedanken machen mußte, wie sie die Verurteilten wieder los werden könne. 1951 wurde von McCloy eine weitgehende Amnestie erlassen. Seither schläft das Nürnberger Recht, wie das Potsdamer Abkommen, einen Dornröschenschlaf und harrt des Tages, da ein roter Prinz kommen wird, um es wachzuküssen.<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schrieb später über den "Nürnberger Prozeß" (x243/154): >>Im Gericht saß das bolschewistische Rußland, als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat. Es war also ein Richter beteiligt, der das Recht, auf dem das Gericht begründet werden sollte, faktisch gar nicht anerkannte. ...

(Das Nürnberger Verfahren) war im Effekt ein einmaliger Prozeß von Siegernächten gegen die Besiegten. ... Nicht Recht wurde begründet, sondern das Mißtrauen gegen das Recht gesteigert.<<

Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist Schöpfer der Gerichtsverfassung, Ankläger und Richter.

Die (USA) haben bisher verlangt, daß die Richterbank mit Neutralen unter Zuziehung von Vertretern aller Streitparteien besetzt werde. (Wie) im Internationalen Gerichtshof im Haag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<

SED-Vorstandsmitglied Max Fechner forderte am 2. Oktober 1946 während einer Kundgebung die Todesstrafe für alle NS-Hauptkriegsverbrecher (x116/142-143): >>Dieses Bekenntnis richtet sich gegen die Freisprüche von Nürnberg, und dieses Bekenntnis lautet: Sie sind alle schuldig! ... An den Galgen mit den Verbrechern! ...

Das Urteil von Nürnberg ist gefällt - der Kampf des deutschen Volkes gegen seine Totengräber wird fortgesetzt.

Es lebe ein friedfertiges und demokratisches Deutschland!<<

US-Unterstaatssekretär Hildung erklärte am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. Oktober 1946 über die Nürnberger Urteile (x111/223): >>Man verspricht sich von dem Urteil für die Zukunft eine abschreckende Wirkung. Das ist richtig ...

Das Hauptgewicht Nürnbergs und allen zukünftigen Völkerrechts darf aber nicht bei der Abschreckung liegen, sondern in der Forderung nach der Weiterentwicklung positiver Rechtsvorschriften für das Gemeinschaftsleben der Völker. Nürnberg ist das Signal zu einem Anfang.<<

Die britische Militärregierung ordnete am 5. Oktober 1946 an, daß alle deutschen Vertriebenen durch Lager geschleust und registriert werden müssen, um Lebensmittelkarten zu erhalten.

Der deutsche Schriftsteller Hans-Werner Richter (1908-1993) schrieb am 5. Oktober 1946 in der Zeitschrift "Der Ruf" über die innerdeutsche Lage (x111/224): >>Was drüben geschieht, gleicht einer kalten Revolution, ist eine gewaltsame Veränderung aller bestehenden Lebensverhältnisse, der Erziehung, der Wirtschaft, der sozialen Schichtung, ja, der gesamten Struktur der menschlichen Gesellschaft.

Was hier geschieht, erscheint wie eine Restauration, eine Wiederholung dessen, was einmal bestand, eine Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, wie sie vor 1933 gegeben waren.

Beides beginnt sich in den Gesichtern der Menschen einzuprägen, in ihrer Lebensform, ihrer Kleidung, ihrer ganzen Erscheinung. Drüben das proletarische Deutschland, hier die Reste des bürgerlichen.

Die Zonengrenze ist der Kaiserschnitt durch Deutschlands Mitte. Er kann tödlich sein.<<

Die US-Militärregierung lockerte am 7. Oktober 1946 die Pressezensur.

Zukünftig durften auch kritische Berichte über die Verhältnisse in der nordamerikanischen Besatzungszone veröffentlicht werden (x111/224).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Oktober 1946 über die neuen Verfassungen der Länder (x111/225): >>Die Entwürfe zeichnen sich dadurch aus, daß sie die demokratischen Spielregeln wiederherstellen und bemüht sind, die Lehren aus dem Zusammenbruch der Weimarer Republik zu ziehen. ...

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Weg vom Schreibtisch des Referenten zur dritten Lesung in den Vorparlamenten durch eine steigende Reichsfreundlichkeit gekennzeichnet ist, die trotz aller föderalistischen Grundhaltung dem Vorwurf des Partikularismus ausweichen will. Der Kurs auf einen kommenden deutschen Bundesstaat ist besonders bei den Debatten um die Rechtsstellung der Länder, um die Einrichtung eines Senates und des Amtes eines Staatspräsidenten deutlich geworden.<<

Im Nürnberger Gefängnis wurden am 16. Oktober 1946 zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord beging. Die Asche der Leichen wurde anschließend "in alle Winde" zerstreut.

Die SED dankte den Besatzungsmächten am 16. Oktober 1946 für die Hinrichtung der NS-Kriegsverbrecher (x116/143): >>... Die Verderber Europas, die Vernichter kulturellen Fortschritts, die Massenschlächter der Menschheit gingen heute ihrer verdienten Strafe entgegen – 12 Galgen wurden errichtet! ...

Um den Dank an die Besatzungsmächte zum Ausdruck zu bringen, die die Menschheit von 12 Verbrechern erlöst haben und uns die Möglichkeit zuerkannten, die restlichen Verbrecher von deutschen Gerichten abzuurteilen, beschloß die gestern tagende Betriebsräte-Vollversammlung am heutigen Tage, ... 16. Oktober 1946, (von) 12-13 Uhr Arbeitsruhe durchzuführen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 21. Oktober 1946 aus Bayern (x124/251): >>Die schwersten Sorgen drohen vom Flüchtlingsproblem und dieses dämpft spürbar das politische Treiben, da auch der letzte Politiker inzwischen weiß, daß es hier um das nackte Überleben oder elende Zugrundegehen von einigen Hunderttausenden geht.

Im entlegensten Dorf können Sie heute Flüchtlinge finden; sie füllen die elenden Lager, die man uns überließ, in denen oft die Fensterscheiben fehlen und keine Öfen stehen, ohne daß viel Hoffnung besteht, hier Abhilfe zu schaffen. Auch für den, der ein Dach über dem Kopf hat, wird die Herbeischaffung des Lebensnotwendigen schwieriger. ...

... Wie schon in der letzten Kriegszeit bestimmen die Ausländer weitgehend das Straßenbild. Sie schauen nun viel besser gekleidet und genährt aus als wir, eine seltsame Oberschicht. ... Bewundernswert ist die urwüchsige Zähigkeit der ... (Deutschen), die der Totalabstumpfung entgegenwirkt. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 22. Oktober 1946 (x095/53): >>... Im übrigen begrüße ich das Nürnberger Verfahren als einen völkerrechtlichen Fortschritt, allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft derartige Verfahren gegenüber allen Kriegsverbrechern angewendet werden und man sich nicht darauf beschränkt, einmal ein solches Verfahren an dem zerschlagenen Deutschland zu statuieren. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.

Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die Vertreibung der Deutschen (x028/140): >>... Insgesamt wurden etwas 6 Millionen Menschen von den "organisierten Umsiedlungen" erfaßt, und wenn sich auch die ausweisenden Länder häufig nicht einmal an das von den westlichen Alliierten geforderte Mindestmaß an Proviant und menschliche Behandlung hielten, rettete doch die bloße Tatsache, daß man im Westen rechtzeitig wußte, wann ein Transport und wie viele Menschen ankommen würden, vielen Ausgewiesenen das Leben.

Hätte es die "organisierten Umsiedlungen" nicht gegeben, wären also alle Deutschen so brutal vertrieben worden wie im Jahre 1945, dann hätten die Verluste an Menschenleben nicht zwei, sondern drei Millionen und mehr betragen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 26. Oktober 1946 über die "deutschen Hoffnungen" (x111/233-234): >>... Deutschland hofft weiter auf seine wirtschaftliche Sanierung ...

Das Wesentliche dieser Forderung liegt in der Beseitigung der engen Grenzen, die in dem Alliierten-Industrieplan gezogen waren. ... Deutschland hat trotz seiner grenzenlosen Notlage Hoffnungen auf eine neue Sozialpolitik. Die Stärke des sozialen Willens hängt von dem Teil des Volksvermögens ab, der für die soziale Hilfeleistung aufgewendet wird. ...

Deutschland hat sich in der Geschichte seiner sozialen Kämpfe seit langem zu der Auffassung bekannt, daß seine Sozialleistungen auf Rechtsansprüchen beruhen, die sich gegen den Staat richten. Die deutschen politischen Kräfte hoffen, daß sich diese traditionellen Grundsätze auch in einem Staat durchsetzen, der unter alliierter Kontrolle steht und in Zukunft der sparsamsten Verwendung des Volkseinkommens bedarf.<<

Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 hielten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf. 5.608.100 Deutsche stammten aus den deutschen Ostprovinzen und 3.985.700 waren Volksdeutsche. In den westlichen Besatzungsgebieten registrierte man 5.878.500 Heimatlose:

Britische Zone = 3.055.300,

nordamerikanische Zone = 2.744.900 und

französische Zone = 78.300.

Die SBZ und Groß-Berlin nahmen 3.598.400 bzw. 116.900 Flüchtlinge auf.

Die höchsten Zuwanderungsquoten meldeten: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).

Franz J. Bauer berichtete Ende Oktober 1946 über die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern (x020/165-166): >>... Die bäuerliche Bevölkerung trug die Hauptlast der Berberbergung. Etwa jeder zweite Flüchtling in Bayern war auf einem Bauernhof untergebracht. Da die in der agrarischen Besitzstruktur Bayerns überwiegenden klein- und mittelbäuerlichen Anwesen schon nach ihren baulichen Anlage nicht geeignet waren, mehreren selbständigen Familien auch nur notdürftig abgeschlossene Wohneinheiten zu bieten, mußten sich Quartiergeber und Zwangsgäste zumeist konfliktträchtig die Benützung der zentralen Funktionsräume

(Küche, Kochherd, Waschküche, Waschgelegenheit, Abort etc.) teilen.

Dieses bis zur Ungeschiedenheit selbst der privatesten Lebensphäre enge Zusammenhausen einander zudem in aller Regel nach ihrer jeweiligen sozialen Charakteristik fremder Bevölkerungselemente belastete generell die Begegnung von Flüchtlingen und Eingesessenen – und dies um so mehr, als die Beschaffung von Privatquartieren und die Einweisung der Flüchtlinge in diese Wohnungen ausgesprochenen Zwangscharakter trug und angesichts der Not und der Umstände wohl auch tragen mußte.

Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen, strikt gehalten, möglichst keine Dauerlager entstehen zu lassen, verfahren bei der Requirierung von Wohnraum kraft ihrer Sondervollmachten mit einer Rigorosität, die bei der einheimischen Bevölkerung und bei den demgegenüber weitgehend ohnmächtigen Dienststellen der regulären Verwaltung gleichermaßen als "Diktatur" verschrien wurde.

Bei aller Beengtheit und Dürftigkeit gestalteten sich indes die Lebensumstände der privat einquartierten Flüchtlinge in der Regel wohl doch bereits erträglicher als die ihrer Schicksalsgenossen, die längere Zeit in Massenunterkünften verweilen mußten.

Auch im Windschatten der Autorität der Besatzungsmacht gelang es den Organen des Staatskommissars nicht zu verhindern, daß sich im Verteilungssystem ein Stau von Ausgewiesenen bildete, für die kein wie auch immer bescheidener Privatwohnraum beschafft werden konnte. Dieser Stau erreichte zum Zeitpunkt der Volkszählung Ende Oktober 1946 mit 146.000 Insassen in insgesamt 1.375 Lagern seinen Höhepunkt. ...<<

Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelman (1909-1985), berichtete damals über einige bemerkenswerte Erlebnisse, die er im Verlauf der Überprüfung von Vertriebenenunterbringungen erlebte (x024/189-190): >>... In der streng orthodox evangelischen Gegend herrschte einfache Kleidung vor. Die Bauersfrau und ihre Tochter saßen in ihrer Küche und machten schweigend Handarbeiten. Auf meine Frage "Haben Sie Vertriebene aufgenommen?" sagte die Frau, "Ja, die wohnen oben über uns."

Mit ihrer Einwilligung ging ich hinauf und traf auf eine lebhaft schlesische Familie. Auf meine Frage: "Verstehen Sie sich mit den Bauersleuten?" erfuhr ich: "Ja, es sind gute Leute. Sie haben uns sogar von ihrem kleinen Garten ein Stück zur eigenen Bewirtschaftung eingeräumt. Sie reden nicht viel, aber sie helfen, wo sie können."

Bevor ich das Haus wieder verließ, dankte ich noch im Erdgeschoß der Bauersfrau für die gute Aufnahme; ohne ein weiteres Wort sagte sie: "Das ist meine Christenpflicht."...

... (Besuch einer ehemaligen ostdeutschen Gutsbesitzerin, die in einer kümmerlichen Holzbaracke wohnt:) Der Raum war absolut schmucklos, bis auf eine hölzerne Kiste in der Mitte, auf der eine zerbrochene, große Vase mit frischen Blumen stand.

Auf meine Frage: "Wie groß ist ihre Familie?" erfuhr ich: "Wir sind zehn Personen, meine neun Kinder und ich selbst."

Ihr Mann berichtete sie, sei von den Sowjetrussen verschleppt worden und bisher nicht zurückgekehrt. In der Heimat besaß die Familie ein Gut mit 300 Hektar Land und konnte, als sie fliehen mußte, nur das nackte Leben retten.

"Mir geht es gut", sagte die Frau, "meine Kinder sind gesund und arbeiten. Der Kleinste kommt jetzt in die Schule, drei gehen zur Schule, und die älteren Kinder arbeiten bei den Bauern in der Umgebung. Sonntags treffen wir uns alle wieder hier in der Hütte. Uns geht es gut." ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. November 1946 aus Bayern (x124/257): >>Gestern fuhr ich nach Ismaning um Kraut (zu besorgen).

Es war ein richtiges Herbstbild, der bleierne Himmel, das im Schmutz der aufgeweichten Wege versinkende Dorf und die zahllosen Wagen mit den leuchtenden, schön gehäufelten Krautköpfen, die fast in jedem Hof standen oder stadteinwärts zogen.

Halb München war unterwegs, meist Frauen; aber auch viel alte Leute, die sich von Hof zu Hof ziehend, Krautkopf um Krautkopf zusammen bettelten.

Die Bauern standen herrisch und Gönnerhaft inmitten ihres Reichtums, von ihren Flüchtlingsarbeitern umgeben, die wie Haussklaven wirkten. ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 11. November bis zum 8. Dezember 1946 täglich nur 1.547 bzw. 1.554 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Winston Churchill äußerte sich am 12. November 1946 während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen und forderte mehr Selbstverantwortung sowie zusätzliche Aufbauhilfen für die westdeutschen Besatzungszonen (x268/25, x111/246): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ... Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe auf die deutschen Städte niedergingen ...<<

>>... Und doch sind wir uns alle darüber einig, daß der richtige Weg wäre, die Deutschen ihr Leben verdienen und sie ihre eigenen Angelegenheiten sobald als möglich erledigen zu lassen sowie ihnen jede mögliche Hilfe zu geben, wobei natürlich alle Formen einer Wiederaufrüstung zu verhindern wären.

Es ist dringlich, mit dem deutschen Volke oder mit jenem Teil, der in unserem Verantwortungsbereich liegt, Frieden zu schließen.

Der Rache und der Vergeltung muß ein Ende gesetzt werden.<<

Die "New York Times" berichtete am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei.

Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde". ...<<

Da alle Versuche, die rund 200.000 Flüchtlinge in ihre ostdeutsche Heimat zurückzuführen, an der strikten Weigerung der Sowjetunion scheiterten, forderte das dänische Außenministerium die Westmächte am 17. November 1946 auf, sämtliche internierten Flüchtlinge zu übernehmen (x153/55).

Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten beklagten in einem Rundschreiben vom 17. November 1946 die große Mitverantwortung an den Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x026/83): >>... Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit an Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.

Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es sich um eine andere Regierung handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen.<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 18. November 1946 über den Prestigeverlust der deutschen Sprache (x111/247): >>Wer heute außerhalb der Sprachgrenze Deutsch spricht, wird unwillig

angesehen, auch wenn er neutrale oder alliierte Abzeichen angesteckt hat. ...<<

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

Die französische Besatzungsmacht forderte am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegestsäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichten, sollten ebenfalls zerstört werden (x116/151).

In einer "Weihnachtsbitte der Christen in Deutschland an die Völker der Welt" erinnerte der EKD-Rat am 1. Dezember 1946 an die große Not der deutschen Kriegsgefangenen und bat um ihre baldige Freilassung.

Die Außenminister Byrnes (USA) und Bevin (England) unterzeichneten am 2. Dezember 1946 in Washington ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer Besatzungszonen.

Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl wollte man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

In Nürnberg begann am 5. Dezember 1946 der Prozeß gegen 23 NS-Ärzte.

Die wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" angeklagten Ärzte waren z.B. (x111/254): >>Karl Brandt (SS-General und Reichskommissar für Gesundheit), Siegfried Handloser (Chefarzt der Wehrmacht), Paul Rostock (Leiter des Reichsforschungsamtes), Oskar Schroeder (Leiter des ärztlichen Dienstes der Luftwaffe), Karl Genzken (SS-General und Leiter des ärztlichen Dienstes der Waffen-SS), Karl Gebhardt (SS-General und Leibarzt Himmlers sowie Präsident des Deutschen Roten Kreuzes), Kurt Blohme (stellvertretender Reichsgesundheitsführer).<<

Die US-Militärregierung entließ am 5. Dezember 1946 im Rahmen einer "Weihnachtsamnestie" 4.000 Inhaftierte (x116/154).

General Koenig (1898-1970, 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone) erklärte am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<

Vom 9. Dezember 1946 bis zum 5. Januar 1947 erhielten die Deutschen in der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone immer noch tägliche Hungerrationen von 1.529 bzw. 1.534 Kalorien.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270):
>>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen. Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigte am 11. Dezember 1946 in einer Resolution die "Nürnberger Prinzipien" und erteilte den Auftrag, einen Verbrechenskodex zu formulieren (x086/249) sowie die neuen Grenzen des Deutschen Reiches zu bestimmen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die "Anerkennung oder Revision der Oder Neiße-Linie" (x028/180-182): >>... Was unter "endgültiger Regelung" zu verstehen sei, ging aus einer Äußerung von Sumner Welles, dem amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, hervor. Er schrieb in diesem Jahr (1946): "Versuchsweise haben sich die vier Mächte auf den Oderlauf als neue Ostgrenze Deutschlands geeinigt. ... Wenn der Frieden diese vorläufige Entscheidung zur endgültigen machen sollte, würden sie ein Unrecht fortsetzen und sozial und wirtschaftlich einen schweren Fehler begehen, der unweigerlich dauernde Spannung und Unsicherheit in Europa hervorrufen müßte. ...

Ein großer Teil des Gebiets zwischen der Oder und der westlichen Grenze des einstigen polnischen Korridors ist reicher Agrarboden. Ein Teil mindestens solle den Deutschen zugänglich bleiben, sowohl als Nahrungsquelle wie auch als Wohngebiet. Wenn die neue deutsche Grenze mit Polen mit angemessener Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes festgelegt werden soll, müßte sie ziemlich weit östlich der Oder verlaufen."

Bei diesem Stand der Dinge im November/Dezember 1946 trat der Außenminister-Rat in New York zusammen, um den Frieden mit Deutschland zu erörtern. Um die neuen Grenzen zu bestimmen, beschloß er, die Ansichten jener Staaten einzuholen, deren Streitkräfte am gemeinsamen Kampf gegen die Achse teilgenommen hatten.

Wie vorauszusehen, empfahlen sämtliche Länder Osteuropas, die bereits in den sowjetischen Bannkreis geraten waren, die Oder-Neiße-Linie, die von der Sowjetunion und der von ihr beherrschten polnischen Regierung gewünscht wurde.

Die Vertreter Belgiens und der Niederlande erklärten, nach ihrer Meinung werde kein Frieden von Dauer sein, wenn er nicht eine teilweise Rückgabe der unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete einschließe, oder, als Alternative, "eine Regelung, wonach das Land und seine Erträge für das überbevölkerte Deutschland und seinen Nahrungsbedarf zugänglich gemacht werden".

Die südafrikanische Regierung verlangte ausdrücklich eine Revision der polnisch-deutschen de facto (vorläufigen) Grenze und lehnte "jeden Versuch ab, große, dem Wesen nach deutsche Wohngebiete zu verriegeln". Andererseits gab die Regierung zu, daß "eine gemäßigte Berichtigung der Grenzen zugunsten Polens möglich sein sollte".

Kanadas Regierung empfahl einerseits, daß man nicht einer großen Anzahl Deutscher gestatten sollte, außerhalb der künftigen deutschen Grenze zu leben, bemerkte dann aber, daß "übertriebene Verschiebungen der Bevölkerungen, die aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen unternommen werden, schwere Nachteile mit sich bringen und vielleicht zu ernstern Gefahren führen".

Die Regierung von Australien schlug vor, daß "bei der Grenzziehung die Atlantik-Charta berücksichtigt wird, wobei allerdings zu bedenken ist, daß bestimmte Ansprüche, die aus Sicherheitsgründen gestellt werden, von überragender Bedeutung sein können".

Da die Atlantik-Charta vorschrieb, "keine territorialen Veränderungen" vorzunehmen, "die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen", und da die

Charta der Vereinten Nationen besonders den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (Artikel 1 und 55) betont, hätten ja wohl, mindestens nach Ansicht der australischen Regierung, die Millionen Deutschen, die bereits aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße vertrieben worden waren, und die Millionen, denen dieses Schicksal für 1947 und 1948 noch bevorstand, befragt werden sollen.

Andererseits war der Artikel 107 ("Feindstaatenklausel") in die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich aufgenommen worden, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben. Weder die Atlantik-Charta noch der Leitgedanke der Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen wurden von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als Hindernis für eine harte Behandlung Deutschlands angesehen.

So empfahl also keine der befragten Regierungen eine "restitutio in integrum". Eine solche "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" hätte bedeutet, daß Deutschland die Gebiete östlich von Oder und Neiße zurückerhalten hätte, aber alle waren sich offenbar darin einig, daß ein Teil des Landes für immer Deutschland genommen und Polen gegeben werden solle. Einige Regierungen lehnten es ab, ihre Ansicht über ein Thema zu äußern, das ihnen vermutlich gleichgültig war.<<

Der Leiter der US-Nachrichtenkontrolle für Deutschland begründete am 12. Dezember 1946 die ungenügende Papierversorgung der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger (x111/256-257):

>>... Der Vorrat an Zeitungspapier in der Zone ist so gering, daß es äußerst schwierig sein wird, die bestehenden Zeitungen mit Druckpapier zu versehen; diese Tatsache allein macht jegliche weitere Zulassung von Zeitungen in der nächsten Zeit fast gänzlich unmöglich.

Wir haben selbstverständlich vor, das weitere Erscheinen von lizenzierten Zeitungen aufrechtzuerhalten. Viele Zeitschriften werden wegen Mangel an Druckpapier eingestellt werden müssen.

Zeitungspapier ist deshalb so knapp, weil eine beträchtliche Menge in die britische Zone in Zahlung gegen gewisse andere benötigte Waren ausgeführt werden muß.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 15. Dezember 1946 (x124/272):

>>... Frankreich hält immer noch über 600.000 Kriegsgefangene zurück, von denen mehr als ein Drittel in der Land- und Forstwirtschaft, 56.000 im Bergbau, 37.000 im Baugewerbe, 12.000 beim Brückenbau, 10.000 in der Eisenindustrie arbeiten und 30.000 Minen räumen. Im ganzen gibt es dort 115 Gefangenenlager ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273):

>>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückerkten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfangen.

Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungerten und frierenden Leute, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.

Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.

Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen – und das nicht etwa im Rachetaumel der ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.

Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl des Besiegten zu stärken. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273-274):

>>Wiederum ganz paralysiert durch die Kälte, die sich um -15° Celsius bewegt und entgegen den Voraussagen weiter anhält. Seid vorgestern besteht unsere Heizung wieder ausschließlich aus dem kleinen elektrischen Ofen, in den wir abwechselnd hineinkrie-

chen. ...

Morgens (war ich) mit Vater beim Arbeitsamt. Die Angestellten, in Mantel und Hut, verheizten alte Karteien. Ein Einarmiger gab meinem Vater für die nächsten 10 Monate die Stempel auf seine Arbeitskarte. Wenn das Stempeln wiederum fällig wird, ist er 62 Jahre alt und der Gefahr der Zwangsarbeit enthoben. ...

... Die Nacht war noch frostiger als die vorhergehenden (Nächte).

Mehrere hundert Deutsche überquerten den zugefrorenen Bodensee und verschwanden in der Schweiz. Diese hat jetzt Wachen in der Mitte des Sees aufgestellt, die ein Einsickern unerwünschten Bevölkerungszuwachses verhindern sollen.

Der Stettiner Hafen ist vom Sowjetischen Kommandanten an die polnische Verwaltung übergeben worden. ...

Alle Stadtgebiete Hamburgs erhalten fortab am Tage nur 2 Stunden lang elektrischen Strom.

...<<

Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien zu holen (x111/259).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 21. Dezember 1946 (x124/277): >>... Die argentinische Regierung plant, 4.000.000 europäische Flüchtlinge aufzunehmen. ...

Eine Umfrage in Hamburger Schulen ergab, daß die Hälfte aller Mädchen noch nie eine Puppe gehabt hat und mehr als die Hälfte aller Kinder kein Bilderbuch kannten. 2 Drittel haben noch nie mit einem Buntstift gemalt – alles Dinge, die Kinder in anderen Zeiten, auch wenn sie aus armen Familien kamen, immer erfreuten.

Eines wußten aber alle: Wie man einen Kohlenwagen ausraubt und welche Ausreden man gebraucht, wenn man dabei erwischt wird.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 22. Dezember 1946 aus Bayern (x124/277-278): >>Heute haben wir nur -9° Celsius Kälte; dafür versagt die Wasserleitung ...

Zum Glück liegt draußen hoher Schnee und so können wir uns behelfen. Aber das Schneeschmelzen ist nicht nur zeitraubend, sondern bedeutet für unsere nur überschlagene Küche einen argen Wärmeverlust.

Im übrigen ist die Leitung, wie Vater gerade feststellte, diesmal nicht eingefroren, sondern die Quelle versiegt, ganz Forstenried soll ohne Wasser sein, für die frierenden Dörfler eine schöne Weihnachtsbescherung. ...

In Schwerin wurden alle Kindergärtnerinnen und Heimleiterinnen verboten, mit den Kindern Weihnachtslieder zu singen oder Weihnachtsspiele aufzuführen, in denen Engel vorkommen.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) schrieb am 31. Dezember 1946 in ihrem Tagebuch (x111/261): >>Jede Zone nimmt von Monat zu Monat stärker das Gesicht ihrer Besatzungsmacht an.

Von Tag zu Tag vergrößert sich die Kluft, die die eine von der anderen trennt. Wer weiß, ob sie am Ende nicht endgültig ist? –

Im Radio schlägt es zwölf. "Prost Neujahr", ruft man draußen. Aber auch dieser Ruf klingt nicht froh. "

Auf die Wiedergeburt des Abendlandes", sagt N.N. und hebt sein Glas mit schwarzgekauftem "Cognac"<<

Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtete am 31. Dezember 1946 während eines Rundfunkkommentars über die Stimmung der Deutschen (x111/261): >>Die Masse des Volkes ist nun apathischer, mißtrauischer und richtungsloser als je. ...

Sollten wir uns so viele Jahre nach der Freiheit des Wortes und der Tat, nach der Möglichkeit,

unsere Erkenntnisse, unsere Wünsche für uns und alle fruchtbar zu machen, gesehnt haben, um nun dazuliegen wie ein Schiff in der Flaute?

Unzählbar sind die Gelegenheiten, zuzugreifen; auch ergeben sie sich ganz natürlich aus dem Bewußtsein, Mensch und Mitmensch zu sein und so zu denken, zu trachten und zu handeln, wie es dieser Würde geziemt.

Laßt uns nicht die Arme verschränken, während die Geschichte einen Gedankenstrich macht.<<

Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläuterte am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<

Die Presse berichtete am 31. Dezember 1946 über den Büchermarkt des Jahres 1946 (x111/265-266): >>... Manches Verlagsprogramm blieb Etikette. Die verheißenen Bücher blieben aus.

Ob die Vermutung des Buchhändlers richtig ist, daß der eine oder andere Verlag in erster Linie an Reklame oder rasches Geldverdienen dachte, müssen andere beantworten. Ein gewisser Verlagsegoismus war unverkennbar. Es wurden u.a. honorarfreie Nachdrucke planlos bunt herausgeworfen, und die Daseinsberechtigung vieler neuer Bücher ist im Hinblick auf Bedürfnis und Neigung der Leser anzuzweifeln.

Der Gedanke, die große Lücke, die die letzten Kriegsjahre in die Bestände der klassischen deutschen Literatur gerissen haben, durch ein Gemeinschaftswerk lizenzierter Verlage auszufüllen, fand bei den befragten Buchhändlern lebhaften Anklang.

Der Gedanke bezweckt eine gute, einfache Standardausgabe, die in gleicher Ausführung partienweise von den Verlegern herauszubringen wäre. Dadurch würde etwas Spürbares geschaffen und dem Nebeneinander geringer Auflagen – unnötiger Papierverbrauch – ein Riegel vorgeschoben.<<

US-Präsident Truman verkündete am 31. Dezember 1946 die "Beendigung der Feindseligkeiten des Zweiten Weltkrieges" und ließ mehrere Kriegs- und Notverordnungen außer Kraft setzen (x028/163): >>Obwohl noch ein Kriegszustand besteht, ist es heute möglich zu erklären, ... daß die Feindseligkeiten beendet sind.<<

Die bisherige nordamerikanische Besatzungspolitik wird jedoch nicht grundlegend verändert. Im Jahre 1946 transportierte man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kamen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen waren die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung starben.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wurde das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Wesdeutschland sah man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen hatten es besonders schwer, denn sie waren nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Im Westen unterschätzten die Nordamerikaner und Briten zunächst die gewaltigen sozialen Probleme der unmenschlichen Vertreibungsaktionen, so daß die deutschen Vertriebenen zunächst überhaupt nicht oder nur in Massenunterkünften untergebracht werden konnten. Zahllose geflohene und vertriebene Menschen mußten z.T. monate- oft sogar jahrelang in Wellblechbaracken der Flüchtlings- und Vertriebenenlager vegetieren. In den Behelfsunterkünften

war es im Sommer oftmals sehr heiß, während im Winter gewöhnlich eisige Kälte herrschte. In den westdeutschen Besatzungszonen erhielten die Flüchtlinge und Vertriebenen vielerorts nur Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigungen, wenn sie Arbeit fanden.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen konnten in den Besatzungszonen nirgends ausreichend verpflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmerten. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmten damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft schien es nicht zu geben und an die Vergangenheit wollte niemand erinnert werden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<

Der Bayerische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen meldete, daß man im Jahre 1946 in der US-Besatzungszone insgesamt 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei registriert hätte. 661 Transporte gingen nach Bayern und 450 Transporte nach Hessen sowie Württemberg-Baden. Ferner wurden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die man bereits 1945 nach Österreich ausgetrieben hatte, in die nordamerikanische Besatzungszone abgeschoben (x004/123).

Ein Minister der vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Badens warnte im Jahre 1946 vor dramatischen Flüchtlingsproblemen in Deutschland (x024/206-207): >>Wollte man uns im Osten die wichtigsten Erzeugungs- und Überschußgebiete wegnehmen und 60 bis 70 Millionen Deutsche in einem nicht lebensfähigen Rumpfdeutschland zusammenpressen, so wäre es die Atombombe für die deutsche Demokratie und für ein friedliches und harmonisches Mitteleuropa. ...

Das Flüchtlingsproblem ist keine Frage mittlerer Ordnung, die mit kleinen Hilfsmitteln zu lösen wäre. Es ist vielmehr ein einmaliges, in das nächste Jahrzehnt hineingreifendes, sehr kompliziertes bevölkerungspolitisches und soziologisches Zentralproblem, das unsere Volks- und Wirtschaftsstruktur aufs tiefste beeinflußt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophalen Lebensbedingungen des Jahres 1946 in Deutschland (x021/466-468): >>... Deutschland hungerte.

Die Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone erhielt in den ersten Jahren nach dem Krieg nur noch knapp 2 Drittel der Nahrungsmittel der Vorkriegszeit, die Bevölkerung der britischen Besatzungszone nicht viel mehr als die Hälfte.

Der Pein des Hungers lehrte die Deutschen, was die Gebiete östlich von Oder und Neiße für ihre Ernährung bedeuteten hatten.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 470 Kilogramm Roggen erzeugt worden – rund viermal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 Tonnen Kartoffeln geerntet worden - fünfmal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Und dort waren, wieder pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, 620 Liter Milch jährlich produziert worden, fast doppelt soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Die deutschen Ostgebiete hatten das Deutsche Reich mit einem Viertel seines gesamten Getreideverbrauchs, eines Viertel seines Hackfruchtverbrauchs und mehr als 40 Prozent seines Verbrauchs an Hülsenfrüchten versorgt. Das Land, auf dem all dies geerntet worden war, die

Weiden, auf denen das Vieh gegrast hatte, und das Vieh selbst, die Pferde, die Rinder, Schweine – all dies stand jetzt für die Ernährung Deutschlands nicht mehr zur Verfügung.

Die meisten Deutschen hatten in jenen Tagen nicht genug zu essen, die meisten Flüchtlinge aber litten bitteren Hunger. Sie verfügten nicht – wie viele Einheimische - über "Beziehungen" – jene Kenntnisse von Personen und Umständen, die den Zugang zu zusätzlicher Nahrung öffnen konnte. Und so hatten sie nichts, was sie gegen Lebensmittel hätten eintauschen können.

Hunger trieb Flüchtlingskinder dazu, in den Städten die Abfalltonnen auf der Suche nach Nahrungsresten zu durchwühlen. Mitleidige US-Soldaten in Berlin stellten in den Höfen der Gebäude, in denen sie wohnten, dreierlei Tonnen auf – eine für "eßbaren Abfall", eine zweite für "nicht eßbaren Abfall", eine dritte für "ausschließlich Müll".

Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland wandte sich 1946 in einem Aufruf an Menschen im Ausland mit der Bitte um Hilfe: "Hunger ist mehr als Nichtsattwerden!

Hunger, das heißt: Zu schwach zum Arbeiten, zum Lernen, zum Bestehen im Leben ... zu schwach, um auch die leichteste Krankheit zu überstehen. ...

Hunger, das heißt: Gelähmter Lebenswille und Lebensmut, Gleichgültigkeit gegen das eigene Schicksal, gegen den Mitmenschen, gegen Gottes Schöpfung."

Die Flüchtlinge litten nicht nur ärger unter dem Hunger als die Menschen, die in Westdeutschland zu Hause waren, sie erschienen in aller Regel auch abgerissener, oft zerlumpt. Ihre Besitzlosigkeit und härtere Armut waren augenfällig: Zum Beispiel hatte eins von zehn Flüchtlingskindern, die 1946 eine Schule in der Stadt Oldenburg besuchten, nicht einmal ein Hemd, eins von fünf keine Strümpfe, eins von vier keine Schuhe.

Im Jahre 1946 auch stellten die Flüchtlingskommissare in der amerikanischen Besatzungszone fest, daß sie nur jeden zehnten Vertriebenen oder Flüchtling, der ins Land kam, mit Bekleidung und Wäsche, Decken und Matratzen versorgen konnten, und jeden siebten mit einem Bett, nur jeden zwanzigsten mit einem Ofen oder Herd und nur jeden hundertsten mit einem Topf, einem Teller, einem Besteck. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ankunft der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/177-179):

>>Die ersten Begegnungen und Erlebnisse mit Deutschen im Westen bedeuteten für die Vertriebenen oft eine zusätzliche Belastung.

Von den Einheimischen wurden sie meist nur als unerwünschte Eindringlinge betrachtet. Sie waren das sichtbare Ergebnis des verlorenen Krieges. Sich um sie zu kümmern, war nicht mitmenschliches Bedürfnis, sondern lästige Pflicht. Von der großen Volkssolidarität – im Dritten Reich noch gerade groß propagiert – war mancherorts nicht viel zu spüren. Oft hatten gerade Mütter mit mehreren Kindern die größten Probleme bei der Aufnahme. Die Bauern auf dem Lande verfuhrten auch hier nach dem Nützlichkeitsprinzip, und so waren sie nicht gerade begehrt. ...

Daß die meisten Vertriebenen kein Geld besaßen, weil ihnen alles abgenommen worden war, konnten viele Einheimische nicht verstehen und hielten diese Menschen daher für "Bettler".

... Von den 16 Millionen Wohnungen, die es in Deutschland 1939 gab, waren 5 Millionen völlig zerstört. 3 Millionen waren so schwer beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Es fehlte also die Hälfte des Wohnraums der Vorkriegszeit.

In dieses zerstörte Land strömten nun zusätzlich noch die Millionen der Vertriebenen. Auf die Einheimischen kamen damit Probleme zu, die ihnen anfangs fast unlösbar schienen. ...<<

Eine ostdeutsche Vertriebene berichtete später über das Schicksal der mittellosen Heimatlosen (x024/196-197):

>>Die Geldknappheit bei den meisten Vertriebenen, bedingt durch verlorene Sparbücher, Girokonten, an die man nicht mehr herankonnte, nichts abheben konnte, stempelte uns zu den Ärmsten im Lande.

Bei dem Gerede: Geld ist nichts wert, man kann dafür nichts kaufen, was man immer wieder vor der Währungsreform zu hören bekam, verkrampfte sich etwas in mir, denn wir hatten damals nicht einmal so viel Geld, das zu kaufen, was uns auf Lebensmittelmarken zustand, geschweige, was es alles auf dem Schwarzmarkt zu kaufen gab. ...<<

Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtete später über den "Einzug der Fremden im Dorf" (x039/207-208): >>Vor einer halben Stunde haben die Kirchenglocken den Gottesdienst ausgeläutet. Die Dorfstraße liegt wieder verlassen. In dem goldenen Stern, der als Wahrzeichen über der Tür des Gasthofes hängt, fängt sich blitzend ein Sonnstrahl.

Ihm gegenüber liegt die Gemeindeganzlei. Davor warten die Fremden.

Ein grauer Haufe. Etwa 30 Gestalten. Vor allem Frauen und alte Leute. Und Kinder. Nur zwei Männer sind dabei.

Ihre Gesichter sind farblos. Sie starren vor sich hin. Die Augen der meisten sind rot und entzündet. Von vielen Nächten ohne Schlaf, von der langen Fahrt in zugigen, schlecht schließenden Waggons. Vielleicht auch vom Weinen. Vor einer Stunde hat ein Lastwagen aus der Kreisstadt sie hier abgesetzt. Seitdem stehen sie hier. Zwischen ihren Bündeln und Säcken und Koffern aus Pappe, die mit Bindfaden zusammengebunden sind. Vertriebene, die von "drüben" kommen.

Vor der Tür des Wirtshauses steht der Bürgermeister mit dem Gemeindeganzleier und zwei anderen Männern. Sie verhandeln mit der Wirtin, aber die schüttelt den Kopf.

"Das Haus ist voll. Mein Bruder ist ausgebombt. Außerdem habe ich kein Obdachlosenasyl hier. In der Baracke neben dem Spritzenhaus ist genug Platz. Und da kann nichts gestohlen werden."

Die Worte klingen schrill über den Platz. Der Bürgermeister geht zu den Wartenden, spricht mit ihnen. Von der Überfüllung des Ortes. Von der großen Zahl der Flüchtlinge, die schon gekommen sind. Und von der schweren Arbeit der Bauern.

Schweigend hören sie ihn an. Aber er fühlt, wie seine Worte gegen eine Wand prallen. Die Männer haben die Köpfe zur Seite gewandt. Die Frauen stehen im Halbkreis. Schließlich fängt eine von ihnen an zu reden. Daß sie seit Wochen unterwegs sind und schlafen wollen. Daß sie auch einmal Höfe hatten, die ihnen gehörten. Und daß im Gasthaus doch Platz ist.

Der Pfarrer kommt auf dem Fahrrad, begrüßt sie. Sie legen ihre Hände in die seinen, ohne ihn anzusehen. Er spricht ein paar Worte mit dem Bürgermeister, geht dann in das Wirtshaus. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder heraus. Sein Gesicht sieht müde aus.

Gemeinsam mit dem Bürgermeister bittet er zwei von den fremden Frauen mitzukommen, um sich die Unterkunft anzusehen. Zu fünft gehen sie langsam zwischen den Häusern hindurch zu der Baracke neben dem Spritzenhaus, in der früher die Kriegsgefangenen untergebracht waren. Schweigend gehen sie durch die Räume. Die Fenster sind mit Pappe verschlagen. An der Wand stehen ein paar Betten, einige Schränke mit aufgebrochenen Türen, Schemel aus Holz. In der Küche hat der Wind Asche über den Herd geweht. Es riecht nach Staub, nach altem Papier.

Schweigend kehren sie zu den Wartenden zurück. Die sehen ihnen entgegen. Ohne Neugierde. Und ohne Erwartung. Eine halbe Stunde später schiebt sich die graue Schlange der Fremden zur Baracke hinüber. Einzeln gehen sie durch das schmale Tor in dem rostigen Stacheldrahtzaun. Der Bürgermeister steht mit dem Pfarrer noch immer vor der Gastwirtschaft in leisem Gespräch. Die Straße ist immer noch leer. Aber hinter den weißen Gardinen, hinter den niederen Fensterscheiben folgen viele verstohlene Blicke dem stillen Zug.

Die Fremden sind eingezogen im Dorf.<<

Ein Kirchenvorstand rief im Jahre 1946 Eltern und Erzieher auf, die ständig zunehmende moralische Verwahrlosung der deutschen Jugendlichen zu bekämpfen (x118/153-154): >>Mit

Beendigung des Krieges scheinen alle sittlichen Bande gelöst zu sein. Die Tanzwut hat unsere Jugend erfaßt, und die Elternschaft steht tatenlos beiseite. Eine unvorstellbare Verseuchung unserer Jugend ist heute bereits festzustellen. Ein geradezu ungeheuerlich anmutender Prozentsatz von Jugendlichen unter 18 Jahren ist geschlechtskrank.

Eltern und Erzieher, ihr seid verantwortlich für Leben und Gesundheit eurer Kinder! Schreitet mit aller Macht gegen das Treiben auf den Tanzböden ein! Ermahnt eure Kinder immer wieder, nicht für ein Brot und eine Zigarette Leib und Gesundheit zu verkaufen.

Jungen und Mädels! Denkt daran, daß euer ganzes Leben auf dem Spiel steht. Denkt daran, daß auch ihr verantwortlich seid für den Aufbau unseres Vaterlandes. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Ernst Wiechert (1887-1950) veröffentlichte im Jahre 1946 das Gedicht "Die Ausgewiesenen" (x035/319):

>>Wir hatten einst ein Haus,
und das Haus verdarb,
wir hatten eine Heimat,
und die Heimat starb.
Man trieb uns, wie man Vieh
mit dem Stecken treibt,
man rieb uns, wie man Korn
zwischen Steinen reibt.
O hilf uns, liebe Maria

Der Vater ist gefangen
im fremden Land,
die Mutter ist begraben
im fremden Land.
Haben einen neuen Vater,
der heißt Tod,
haben eine neue Mutter
die heißt die Not.
O hilf uns doch, liebe Maria.

Nun sind wir in der Fremde
und sehen uns um,
schaut jeder uns an
wie taub und wie stumm.
Wir stehen vor den Türen
und klopfen an:
Ach, wird uns
den nirgends aufgetan?
Erbarm Dich doch, o Maria.

Gott webt uns ein Röckchen
aus Tränen und Gram,
mit Fäden aus Hunger,
mit Fäden aus Scham,
das Schifflin webt Leid
und Leid und Leid ...
O webt uns ein bißchen
Freude ins Kleid!

O webe für uns, liebste Maria!<<

Die deutsche Schauspielerin und Kabarettistin Ursula Herking (1912-1974) erinnerte im Jahre 1946 mit ihrem erfolgreichen "Marschlied 1945" an das große Elend der Nachkriegszeit (x115/238):

>>In den letzten dreißig Wochen
Zog ich sehr durch Wald und Feld.
Und mein Hemd ist so durchbrochen,
daß man's kaum für möglich hält.
Ich trag' Schuhe ohne Sohlen,
und der Rucksack ist mein Schrank.

Meine Möbel hab'n Polen
und mein Geld die Dresdner Bank.
Ohne Heimat und Verwandte,
und die Stiefel ohne Glanz, -
Ja, das wär nun der bekannte
Untergang des Abendlands!<<

Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone wurden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt.

Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Persilschein" (x051/441): >>Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung ("weißwaschen").

Der Begriff entstand während der Entnazifizierung, als positive Aussagen für Betroffene von anerkannten Gegnern des Nationalsozialismus, am besten von einem ehemaligen KZ-Häftling, buchstäblich hoch im Kurs standen. Es entwickelte sich ein verzweigtes Gefälligkeitssystem, das die ohnehin problematischen Entnazifizierungsmethoden weiter in Verruf brachte.<<

Die schwierige Beweislage führte häufig zu Ungerechtigkeiten. Ungezählte Personen, die über Beziehungen und finanzielle Mittel verfügten, hatten keine großen Probleme, ihre "Unschuld" bestätigen zu lassen. Als besonders ungerecht wurde empfunden, daß man zunächst nur die leichteren Fälle entnazifizierte, weil man "die größeren Nazis" erst später zur Verantwortung ziehen wollte.

Die "Demokratisierung der Gesellschaft" und die vollständige Ausschaltung der ehemals aktiven Nationalsozialisten wurden in Westdeutschland nicht realisiert. Während "kleine Mitläufer" relativ hart bestraft wurden, entgingen viele führende Personen des NS-Regimes einer Bestrafung. Die Entnazifizierung wurde von den meisten Deutschen als ungerechte "Umerziehung" betrachtet und verachtet.

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schrieb damals über die Entnazifizierung (x115/239): >>Es steht mir natürlich kein Urteil zu. Aber, es ist das unangenehme Gefühl, daß man nicht mehr weiß, wer ist nun belastet und wer entlastet und wer ist Ankläger und wer ist Mitläufer. Vielleicht ist es in ein paar Jahren soweit, daß man auch da

einen Schlußstrich macht.

Ich denke mir die Krönung der Entnazifizierung, daß die Spruchkammern vielleicht noch entnazifiziert werden, und wenn, dann wird man die Sache von vorn anfangen. Aber es muß mal zu einem Ende kommen.<<

Der deutsche Journalist Reinhard Henkys (1928-2015) schrieb später über die Probleme der Entnazifizierung (x129/161-162): >>Die Spruchkammern hatten zunächst damit begonnen, sich jenen – zum Teil auf Grund automatischen Arrests in Lagern einsitzenden – Personen zuzuwenden, von denen sie annahmen, daß sie als gering Belastete einzustufen wären, um ihnen nicht eine unzumutbar lange Haft aufzubürden.

Tatsächlich schnitten diese dadurch schlechter ab, daß das Gesetz zunächst mit Strenge gehandhabt wurde. Als schließlich die vermutlich Hauptbelasteten in größerer Zahl vor die Kammern kamen, hatte die öffentliche Meinung sich bereits grundlegend gewandelt, und die meisten von ihnen erhielten nur noch formale Strafen.

Abgesehen von den bei einem formellen Verfahren unvermeidlichen Fehlern in der Bemessung von Schuld und Strafmaß hatte das Entnazifizierungssystem die bedenkliche Folge, daß zahlreiche tatsächlich verbrecherischer Handlungen Schuldige nicht zur Verantwortung gezogen wurden und - mit dem Entnazifizierungsbescheid in der Tasche - bald wieder Positionen im öffentlichen Leben einnehmen konnten.

Die Spruchkammern waren nicht in der Lage, die ihnen in allzu großer Zahl zugeführten früheren Nationalsozialisten der Verbrechen zu überführen, deren sie in Wirklichkeit schuldig waren.

Das sog "Persilscheinsystem" kam in Schwung. Da die Spruchkammern nicht Schuldige ihrer Schuld zu überführen hatten, sondern die Angeschuldigten sich vor diesen Gremien "reinwaschen" mußten, besorgte sich jeder, der es irgend konnte, von früher verfolgten Menschen, von kirchlichen Stellen usw. schriftliche Bezeugungen, daß er verfolgten Menschen geholfen, abfällige Äußerungen über das nationalsozialistische System gemacht oder passiven Widerstand geleistet habe. ...

Ebenso schädlich war die psychologische Folge des Entnazifizierungssystems. Da praktisch durch die kollektive Verfolgung das ganze Volk unterschiedslos unter Anklage gestellt war, blühte die Selbstrechtfertigung auf. Man identifizierte zudem weithin die Spruchkammerverfahren mit den ordentlichen Prozessen und lehnte in der Folge die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechen weithin ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... (133) zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnesti-

en, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Entnazifizierung" (x051/154-155): >>Entnazifizierung, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und führenden Positionen der Wirtschaft nach 1945 in Deutschland (und Österreich); im weiteren Sinne auch die "Säuberung" des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von nationalsozialistischem Gedankengut.

Ziel der von den USA konzipierten Entnazifizierung war, die personellen und ideellen Grundlagen des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems völlig zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands zu schaffen.

Schon auf ihrer Konferenz in Jalta (Februar 45) hatten die Alliierten die Entnazifizierung zu einem Hauptziel ihrer Politik im besiegten Deutschland erklärt; im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 ordneten sie folgende Entnazifizierungsmaßnahmen an:

- 1) Auflösung der NSDAP, ihrer "Gliederungen und Unterorganisationen";
- 2) Verbot "jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda";
- 3) Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze;
- 4) Verhaftung und Internierung der nationalsozialistischen Parteiführer, "einflußreicher" Anhänger des Nationalsozialismus, der Leiter der nationalsozialistischen Ämter und Organisationen "und aller anderen Personen, die für die Besetzung (Deutschlands durch die Alliierten) und ihre Ziele gefährlich sind";
- 5) Entfernung aller mehr als bloß nominellen Mitglieder der NSDAP und "aller Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus Führungspositionen der Privatwirtschaft;
- 6) völlige Reinigung des Erziehungs- und Bildungswesens von "nazistischen und militaristischen Lehren" und dessen Überwachung (Reeducation).

Die Entnazifizierung wurde zunächst auf der Grundlage der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze, insbesondere Nr. 1 (vom 20.9.45) und Nr. 2 (vom 10.10.45), durchgeführt, am intensivsten in der amerikanischen Zone. Hier mußte jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes oder einer sonstigen höheren Stellung und jeder Bewerber dafür einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen; aufgrund seiner Angaben wurde der Betreffende in eine von sechs Kategorien ("automatisch zu arretieren", "entlassungspflichtig", "Entlassung empfohlen", "Entlassung nicht empfohlen", "kein Beweis für NS-Aktivitäten" oder "Anti-NS-Aktivität bewiesen") eingestuft.

Dieses durch Kontrollratsgesetz vom 25.12.45 auch auf die anderen Besatzungszonen übertragene, dort aber nur teilweise durchgeführte Entnazifizierungsverfahren wurde schon Ende 45 revidiert, wohl auch deshalb, weil es zu einem akuten Personalmangel v.a. in der öffentlichen Verwaltung führte.

Das von der Landesregierung der US-Zone erlassene "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militarismus" vom 5.3.46 teilte die (ehemaligen) Nationalsozialisten (ohne die eines Kriegsverbrechens Beschuldigten) in fünf Kategorien ein: 1) Hauptschuldige, 2) Belastete, 3) Minderbelastete, 4) Mitläufer, 5) Entlastete.

Die Entnazifizierung wurde lokalen deutschen "Spruchkammern" übertragen, die der Aufsicht der "Befreiungsministerien" der Länder unterstanden. Die Kontrollratsdirektive vom 12.10.46 übertrug dieses Verfahren auch auf die anderen Zonen.

Die v.a. von den Kirchen und den konservativen deutschen Parteien kritisierte Entnazifizierung mit ihrer Persilschein-Korruption wurde seit Ende 47 gemäßigt: Die US-Militärregierung gewährte jungen und sozial schwachen Betroffenen eine Amnestie (rund 2,8 Millionen Fälle); der französische Militärgouverneur amnestierte alle bloß nominellen Nationalsozialisten (Verordnungen vom 17.11.47 und 13.7.48); in der sowjetischen Zone hatte schon ein Befehl der

Militärregierung vom 16.8.47 die bloß nominellen Nationalsozialisten mit den übrigen Bürgern gleichgestellt; der Befehl vom 26.2.48 beendete dort die Entnazifizierung.

Nach Gründung der Bundesrepublik (September 49) ging die Zuständigkeit für die Entnazifizierung in Westdeutschland völlig auf die Länder über; doch wurden nur noch Personen der Kategorien 1 und 2 weiter verfolgt und auch diese zum Großteil amnestiert. Die in allen Ländern zwischen 1949 und 54 erlassenen "Abschlußgesetze" schränkten die Entnazifizierung und ihre Folgen weiter ein: Aufgrund des sogenannten 131er-Gesetzes vom 11.5.51 (Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz) wurden fast alle von der Entnazifizierung betroffenen Beamten wieder eingestellt.

In der DDR stellte das Gesetz vom 2.10.52 alle ehemaligen Nationalsozialisten (außer den "Kriegsverbrechern") rechtlich mit den übrigen Bürgern gleich.

Nach einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums vom Februar 50 wurden von der Entnazifizierung in den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik rund 6,08 Millionen Menschen betroffen. Davon wurden fast 1.700 in die Kategorie 1, rund 23.000 in 2, rund 150.400 in 3 und rund 1,006 Millionen in 4 eingestuft; bei 3,939 Millionen wurde das Verfahren eingestellt. Insgesamt gingen so fast 98 % der Betroffenen als "Entlastete" oder bloße "Mitläufer" aus den Entnazifizierungsverfahren hervor.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 6. Januar bis zum 2. Februar 1947 täglich nur 1.515 bzw. 1.534 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiteten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>Schwarzmarkt (Schwarzer Markt), illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die be-

wirtschaftet sind oder deren Preis staatlich festgelegt ist.

Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.

Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.

Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.

Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...

Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten.

Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?

Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<

>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.

Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als

menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.

Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.

Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."

Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.

Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!

Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.

Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.

Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.

Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingemistet hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...

Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<

Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtete später über das Schicksal von Jugendlichen und Kindern in der westdeutschen Besatzungszone (x039/206-207): >>... Kassel. Die Praxis des Arztes liegt im Hinterhaus. Das Vorderhaus ist ausgebombt Nur das Schild befindet sich noch an der Mauer. "Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten."

Das Wartezimmer ist voll. ... Dazwischen die Sechszehnjährige. Ihr Gesicht ist geschminkt. Ihre Finger sind gelb von Nikotin. Die Absätze ihrer einst eleganten Wildlederschuhe sind abgetreten.

Sie spürt die Blicke der anderen, schlägt die Beine übereinander, zündet sich eine Zigarette an, zieht den Rauch in langen Zügen in die Lunge. Als der Arzt sie hereinruft, hält sie die brennende Zigarette noch in der Hand. Er sieht sie einen Augenblick an. Sie errötet flüchtig, drückt die Zigarette in dem Aschenbecher aus, der auf dem Tisch steht, setzt sich gehorsam in den glatten Ledersessel, zieht sorgsam den Rock über die Knie herab.

Sie kommt aus Danzig. Ihr Vater ist vermißt. Ihre Mutter wurde unter den Trümmern ihres

Hauses begraben. Sie blieb mit ihrem Bruder zusammen, der ein Jahr älter war. Sie "wohnten" im Keller des zerstörten Hauses und lebten von der Hand in den Mund. Eines Tages kam ihr Bruder nicht mehr "nach Hause". Sie wartete zwei Wochen. Dann machte sie sich auf in den Westen, über Berlin.

Sie macht eine Pause. Der Arzt sieht aus dem Fenster. Draußen regnet es. Mit leiser Stimme erzählt sie weiter.

Sechs Wochen war sie in einem Durchgangslager an der Zonengrenze. Danach fast einen Monat in einer leeren Baracke. Dort hat sie sich das erste Mal mit einem Mann eingelassen, einem 18jährigen Jungen, der aus Danzig kam und ihr gut gefiel. Zwei Tage lang hatte sie geglaubt, daß sie nicht mehr so allein sein würde. Dann war er verschwunden.

Seitdem sind es viele gewesen. Alte und Junge. Deutsche und Ausländer. Für Geld, für Schokolade, für Zigaretten. Denn sie muß ja leben. Sie bekommt keine Lebensmittelkarten. Sie hat nirgends eine Zuzugsgenehmigung. Denn sie arbeitet ja nicht. Sie hat ja nie etwas gelernt.

Der Arzt untersucht sie, setzt sich an seinen Tisch zurück. Sie hat sich angesteckt. Sie ist krank. Einen Augenblick reißt ihr Gesicht auf in einem jähen Erschrecken, wird hilflos, kindlich. Dann verschließt es sich wieder. Er schreibt ihr einen Einweisungsschein für ein Krankenhaus und sieht sie an. "Werden sie auch hingehen?"

Das spöttische Lächeln auf ihrem Gesicht zerfällt. Sie nickt.

"Bestimmt. Da kann man doch ausschlafen in einem richtigen Bett, und satt zu essen gibt es auch." ...

Mannheim. Zehn Minuten vor zwölf. Schnaufend verläßt der D-Zug die Halle. Der Bahnsteig leert sich. Der 12jährige Junge nimmt die Mütze vom Kopf, streicht die schweißnassen Haare zurück. Die letzten beiden Koffer waren schwer. Langsam geht er zur Sperre. In den nächsten vier Stunden kommen nur Personenzüge, und bei denen lohnt das Warten nicht.

Während er die Straße entlang geht, zählt er die Einnahmen des Morgens. Ein halbes Päckchen Zigaretten – das war von dem Ami mit den beiden schweren Koffern -, drei einzelne Zigaretten, ein Riegel Schokolade, ein Paket Kaugummi, 4, 6, 7 Mark.

Ein Schritt nähert sich ihm von hinten. Rasch läßt er die Sachen in die Tasche gleiten. Ein zweiter Junge, etwa gleichaltrig, kommt an seine Site. Seine Schuhe sind aufgeplatzt. Unter der kurzen Hose schauen die nackten Knie rot und zerkratzt hervor. Eine Brille mit Stahlbügeln, auf der einen Seite mit Bindfaden zusammengebunden, verleiht dem Gesicht etwas Altkluges und zugleich Unbeholfenes.

Er sucht ein Quartier. Er kommt von der Fürsorge. Er hat zwei Büchsen Käse aus einem Ami-Magazin geklaut. "Ich hatte Hunger – dabei haben sie mich erwischt."

Aus der Fürsorge ist er getürmt. Jetzt sucht er eine Unterkunft. Und etwas zu tun, womit er Geld verdienen kann. Er hat den anderen beobachtet beim Koffertragen. Vielleicht kann er das auch tun. Er hat den Eindruck, es gibt zuwenig Träger auf dem Bahnhof.

Seine Mutter ist tot, berichtet er, als der andere mißtrauisch schweigt, der Vater in russischer Gefangenschaft. Ob er je von dort zurückkommt, weiß er nicht. Er war bei der Waffen-SS.

Schweigend gehen die beiden weiter. Vor einem halbverschütteten Hauseingang bleibt der mit der Mütze auf dem Kopf stehen, sieht sich einen Augenblick sichernd nach allen Seiten um, betritt dann einen schmalen Fußpfad, der sich in die Ruinen hineinschlängelt. Als der andere zögert, mahnt er ihn zur Eile.

"Du kannst mitkommen. Ich hab' noch Platz. Aber beeil dich, damit keiner sieht, daß wir hier reingehen."

Sie überqueren einen ehemaligen Hof, steigen ein paar bröcklige Stufen hinab, ein Schloß wird aufgeschlossen, eine Tür dreht sich quietschend in verrosteten Angeln. Dahinter ein niedriger, viereckiger Raum. Ein kleines vergittertes Fenster, das etwas blasses Licht hereinläßt. In der Ecke drei Holzpritschen mit Strohsäcken darauf. Davor ein rostiger Herd. Ein Ofenrohr

führt über ein Loch über der Tür ins Freie. Ein Schrank, dem ein Bein fehlt, lehnt an der Wand. Daneben ein Koffer.

Der hier "zu Hause" ist, schließt die Tür, setzt ein Brett vor das Fenster und schaltet eine Birne ein, die von der Decke hängt und kalkiges Licht gegen die schwärzlichen Wände wirft. Seit 8 Monaten "wohnt" er hier. Seine Mutter haben die Russen geschnappt, als sie mit ihm schwarz über die Grenze wollte. Sie sitzt drüben im Gefängnis, weil sie angeblich das Familiensilber bei sich hatte. Ihn haben die Russen damals nicht gefunden. Deshalb ist er weitergelaufen, als sie fort waren, und unversehrt herübergekommen.

Das Haus gehörte seinem Onkel. Er liegt irgendwo verschüttet unter den Trümmern. Seine Tante vermutlich auch.

"Du kannst eine von den beiden vorderen Pritschen haben. Die hintere ist meine. Ich schlage vor, wir arbeiten zusammen auf dem Bahnhof. Der Verdienst wird geteilt und du zahlst mir pro Woche 5 Zigaretten Schlafgeld. Einverstanden?"

Der mit der Brille legt den zerschissenen Beutel, den er in der Hand trägt behutsam auf den vorderen Strohsack.

"O. K." ...<<

Anfang 1947 erklärte ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.

b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.

c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ... Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 9. Januar 1947 über "Ehen zwischen Amerikanern und Deutschen" (x114/2.181): >>Das Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland hat am 6. Januar weitere Bestimmungen über die Heirat zwischen Amerikanern und Deutschen veröffentlicht.

Amerikanische Soldaten und Zivilangehörige, die deutsche Angehörige besitzen, erhalten danach eine ... entsprechende (gesetzliche) Familienunterstützung. Die deutschen Angehörigen dürfen jedoch nicht von der Regierung der Vereinigten Staaten beschlagnahmte Unterkünfte beziehen. Den Amerikanern ist untersagt, in der Wohnung ihrer deutschen Ehefrau zu leben.

Den deutschen Angehörigen dürfen keine Einkaufsvergünstigungen gewährt werden. Deutsche Ehefrauen sind jedoch berechtigt, in Begleitung des Ehegatten alle Armeeklubs und Unterhaltungsklubs zu besuchen.

Während der Flitterwochen darf die deutsche Ehefrau mit ihrem Gatten für eine Woche einen Erholungsplatz der amerikanischen Armee in den besetzten Gebieten aufsuchen, wo sie die gleichen Rechte wie Angehörige anderer Nationalität genießen.<<

Der französische Politiker Maurice Schumann erklärte am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...

Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...

Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutschland in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.

Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.

Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.

Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.

Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.

... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.

Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schicken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?

Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört

wurde.

Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.

Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neulich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...

Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von 25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.

Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebiets teilhaben. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273). Die "Neue Zeitung" berichtete am 13. Januar 1947 über die Folgen des außerordentlich strengen Winters (x114/2.172): >>Die Auswirkungen der Kohlennot und Kältewelle fordert zahlreiche Todesopfer. Der Kohlenmangel und die Krise in der Stromversorgung haben in Verbindung mit der jetzt allmählich nachlassenden Kältewelle in allen Teilen Deutschlands eine überaus ernste Lage geschaffen, die die ohnehin geschwächte Widerstandskraft des deutschen Volkes auf eine harte Probe stellt.

Im Personenverkehr treten in der US-Zone am 31. Januar verschiedene Einschränkungen in Kraft. Die Zahl der Schnellzüge wird um die Hälfte vermindert.

Nach einer Mitteilung der Oberbetriebsleitung Frankfurt am Main reichen die Kohlenvorräte nur noch fünf Tage. Die Ruhrkohlenlieferungen für die US-Zone werden nicht eingehalten werden können.

Aus diesem Grund werden in Bayern für Schulen, Theater, Kinos und andere Vergnügungstätten im Januar und Februar keine Kohlen zur Verfügung stehen. Wo der Kohlenvorrat bereits aufgebraucht ist, ist der Schulbetrieb eingestellt worden. ...<<

Die "United-Press" berichtete am 14. Januar 1947 über die Hinrichtung von 2 NS-Verbrechern (x043/253): >>Im Berliner Gefängnis in der Lehrterstraße sind heute morgen 2 Frauen enthauptet worden.

Es handelt sich um die Ärztin Hilde Wernicke und die Pflegerin Helene Wieczorek, denen zur Last gelegt worden war, Hunderte von geisteskranken Personen durch "Gnadentötung" beseitigt zu haben. ... Sie töteten ihre Opfer durch Einspritzungen.<<

Ein Gelsenkirchener Medizinalrat informierte am 14. Januar 1947 die Stadtverordnetenversammlung über den bedenklichen Gesundheitszustand der Bevölkerung des Ruhrgebietes (x117/47): >> ... Verursacht durch den herabgesetzten Ernährungs- und Kräftezustand sowie

deren weitere Folgen: Starke Zunahme der Tuberkulose, erheblicher Gewichtsabnahme, Zunahme der Magen- und Darmkrankheiten und der rheumatischen Erkrankungen.<<

Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigten sich über die Gründung des Landes Bremen.

Bremen, Wesermünde und Bremerhaven wurden am 22. Januar 1947 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

Die "Neue Zeitung" berichtete am 24. Januar 1947 (x114/2.119): >>... Das Land Bremen ist am 22. Januar 1947 durch ein Abkommen zwischen dem stellvertretenden amerikanischen und britischen Militärgouverneuren und durch eine Proklamation des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Joseph McNarney, als viertes Land des amerikanischen Besatzungsgebietes konstituiert worden.

Damit untersteht es der amerikanischen Militärregierung und wird wie die drei anderen Länder im Länderrat und bei den zwei Zonenbehörden vertreten sein. Das neue Land besteht aus der Stadt Bremen mit 388.665 Einwohnern, dem Landgebiet Bremen und dem Stadtkreis Wesermünde (einschließlich Bremerhaven) mit 101.894 Einwohnern.

Die britische Regierung bleibt zuständig für die Kreise Wesermünde, Osterholz, Wesermarsch und Delmenhorst.<<

Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlug am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder sollte verschwiegen werden (x153/53).

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnte am 28. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden.

Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.

Wir anerkennen unsere Pflicht, Reparationen zu zahlen, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit muß berücksichtigt werden. Zuerst muß die deutsche Wirtschaft wieder hergestellt werden, erst nachher sind Reparationszahlungen möglich.<<

Die Industrie- und Handelskammer berichtete am 28. Januar 1947 in Frankfurt/Main über den Zerstörungsgrad von deutschen Städten (x111/277):

>>Dresden = 39,7 (Zerstörungsgrad: Kubikmeter/Einwohner)

Nürnberg = 28,4

Frankfurt/Main = 21,6

Köln = 20,8

Berlin = 16,0

Düsseldorf = 14,0

Bremen = 12,7

München = 9,6

Leipzig = 7,1 ...<<

In Bremen wurden am 3. Februar 1947 etwa 5.000 Zentner Kohle von Kohlenzügen gestohlen (x111/280).

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 7. Februar 1947 über eine Reise von Berlin nach Hamburg (x111/281): >>Kein Zweifel: ich bin ins Ausland gekommen. Zwischen Helmstedt und Marienborn verläuft die Grenze

zweier Welten.

Im Zuge von Hannover nach Hamburg ist es übervoll. Ich stehe gedrängt zwischen Koffern und Menschen. Anderthalb Stunden Verspätung in Hannover. Mit dreieinhalb Stunden Verspätung trifft der Hamburger D-Zug ein.

Von 7 bis halb 10 Uhr morgens stehe ich zähneklappernd und mit den Füßen stampfend auf dem ungedeckten Bahnsteig. Niemand sagt etwas an. Keiner weiß, wie lange der Zug Verspätung hat. Man wartet. Wartet im grauenden Morgen bei 15 Grad Kälte auf einen Zug nach Hamburg. "So ist es täglich", nörgelt an mir vorbeistapfend ein Unzufriedener. ...

(Rückfahrt) ... Anderthalb Stunden vor Abfahrt am Kopfbahnhof (in Hamburg). Durchs Fenster in den Zug. Zwischen Kisten und Kartoffelsäcken eingeklemmt sechs Stunden im unbeleuchteten Gang. Man kann es nur aushalten, wenn man sich Gedichte aufsagt. ...

Es riecht nach Zwiebeln, Fisch und ungewaschenen Menschen. Eine Wohltat, wenn sich hin und wieder in diesen Mief der beizende Geruch einer "Homemade-Zigarette" mischt. In der Toilette quetschen sich vier Leute. Und dann der sog. Brothusten. Diese furchtbare Auswirkung schlecht verdaulicher Ernährung, die heute die Luft in jedem öffentlichen Verkehrsmittel vergiftet. –

Maschinendefekt. Halten auf schneeverwehter Strecke.

Als der Zug um 3 Uhr nachts in Hannover eintrifft, ist der Militärzug nach Berlin vor einer Stunde abgefahren.

"Das passiert hier öfters", sagt der Mann mit roter Mütze ungerührt. "Der nächste Zug geht morgen nacht um 1" – Zweiundzwanzig Stunden Wartezeit. Bei 15 Grad Kälte. ...<<

In Paris unterzeichneten die Alliierten am 10. Februar 1947 Friedensverträge mit ehemaligen Verbündeten des NS-Regimes (Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn).

Ein Oberhausener schrieb am 14. Februar 1947 an seinen in Dresden wohnenden Bruder (x111/284): >>... Melde dich in Dresden nicht ab, sondern nimm nur einen Personalausweis mit!

Versuche das Geburtsdatum umzuändern, damit Du schon 18 bist. Es bringt nur Vorteile! O.K.

Nimm wenig Gepäck mit, dafür um so mehr zu essen, denn die ersten Tage wird es damit schwer ... Ziehe Dich warm an, soviel als möglich.

Mir brauchst Du nur eine Tasche aus meinem Besitz, Schreibpapier, Umschläge, Blau- oder Schwarzpapier zum Durchpausen, Schreibpapier in Mengen, Altsilber, Zigarettenpapier in Massen, Handschuhe, Nähgarn und etwas Wolle, Taschenmesser, Feuerzeug- Benzin und eine Flasche Schnaps mitzubringen, alles andere habe ich selbst zur Genüge.

Bis Halle wirst Du kommen. Von da brauchst Du aber bis Heiligenstadt (eine) Reise Genehmigung. Da kannst Du einmal zeigen, was Du kannst.

Wenn Du bis zu mir kommst, werde ich Dich mit offenen Armen aufnehmen, denn dann hast Du die Vagabundenprobe bestanden und bist eventuell zu gebrauchen.

Falls Du aber nichts erreichst, bist Du eine Niete, von der ich nichts wissen will.

Gehe von Heiligenstadt in die britische Zone in das nahe Lager Friedland an der Grenze; dort besorgst Du Dir Personalpapiere und Lebensmittelkarten.

Du mußt behaupten. Du seist von einem Transport nach Rußland geflohen. Dabei darfst Du nur einen Personalausweis bei Dir tragen. Es ist nämlich möglich, daß man in solchen Fällen untersucht wird.

Höre niemals auf das Gerede der Leute, das sind fast immer Gerüchte. Gehe Deinen Weg, wie Du Dir ihn vorgenommen hast.

Versuche Papiere auf das Geburtsjahr 1929 zu erhalten. Laß Dich im Lager nach Oberhausen oder in das Ruhrgebiet einweisen. Gebe vor, im Kohlenbergbau arbeiten zu wollen, und laß Dir eine Fahrkarte kostenlos hierher ausschreiben.<<

Christian Stock (1884-1967, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärte am 16. Februar 1947 während einer Delegiertenkonferenz der SPD in Groß-Gerau (x111/285): >>... Unter Umständen muß sich Marburg auch von den Särgen Hindenburgs und Friedrichs des Großen trennen. ... Sie sind heute schon zu Stätten politischer Demonstration gegen die Republik geworden.<<

Der Alliierte Kontrollrat führte am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>**Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte**

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Ge-

schichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln.

Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach sei-

nem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt.

Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels.

Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtete später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Es gibt ... in den heutigen deutschen Staaten noch viele Ex-Preußen – nicht nur Heimatvertriebene -, die manches für ihren einstigen Staat Charakteristische schmerzlich vermissen: In der Bundesrepublik die strenge preußische Ordnung und Redlichkeit, in der DDR die trockene preußische Liberalität und Gedankenfreiheit.

Wir ... (können) heute ... die Einzigartigkeit dieses untergegangenen Staates klarer erkennen, als es zu seinen Lebzeiten möglich war; und wir können seine Geschichte ... von den Legenden befreien, die sie entstellten:

Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.

Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...

Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

Der "Weser-Kurier" berichtete am 28. Februar 1947 (x043/253): >>... Ukrainer des Lagers Münchingen, in der Nähe Stuttgarts, verwendeten zur Markierung ihres Fußballplatzes an Stelle von Sägemehl etwa 25 kg Vollmilchpulver, wie die "Stuttgarter Zeitung" meldet. - In Hamburg sind im letzten Monat 84 Kinder an Hunger gestorben.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (9/1947) berichtete am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>Stacheldrahtbörse - PG.s müssen noch bleiben

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten PG.s ("prisoniers de guerre") müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten (sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle) und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".

Wie "New York Herald Tribune" mitteilt, ist der 1. Juli der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

Die nordamerikanische Militärregierung erteilte den Flüchtlingen und Vertriebenen am 10. März 1947 die Erlaubnis, nichtpolitische Organisationen in der US-Besatzungszone zu bilden. "Radio Stuttgart" kritisierte am 11. März 1947 die ungenügende Versorgung mit Büchern (x111/292-293): >>Die Papiernot zwingt zum Druck kleiner Auflagen von 5.000 Exemplaren. Wenn man in der amerikanischen Zone mit 1.500 Buchhandlungen rechnet, so bekäme jede drei Exemplare.

Daß diese drei Bücher vergriffen sind, ehe sie der Buchhändler auf den Ladentisch legen kann, ist verständlich, denn ein guter Buchhändler hat einen Stamm begeisterter, wissensdurstiger Kunden, die aus vielerlei glaubwürdigen Gründen sich für neue Bücher interessieren, und wenn er geschickt ist – und das sind die meisten – leitet er das Wenige an die richtige Stelle, um auf diese Art wenigstens Nutzen zu stiften.

Aber – und das wollen wir einmal mit allem Nachdruck sagen, und wir wissen, daß wir uns mit dem Großteil des Buchhandels einig sind: Es erscheinen viel zu wenige Bücher, wenn wir ein Werk von einigen hundert Seiten, geheftet oder gebunden, damit meinen, und nicht die Flut jener dünnen, nichtssagenden, aufgeplusterten Etwasse, die bestenfalls von ihren Erzeugern – einer neuen Art von Verlegern – als Verkaufsobjekte gedacht sind.

Es wird eine Unsumme von Papier verschleudert für schlecht gemachte Sprachführer und billige Heftchen, die mit pompösen Titeln für Ethos, Gottsuche, Dienst am Menschen, Erneuerungen auf allen Gebieten sich anspruchsvoll gebärden, indes wenig Wert haben.

Daneben verzeichnen wir eine Hochflut von Klassikerausgaben; siebenmal erschien Heines "Buch der Lieder"; Gottfried Kellers bescheidenste Sächelchen werden neu herausgebracht

mit einem präventiven Aufwand, als könne Deutschland nur an diesem genesen.

Wir wünschen gewiß keine Lenkung, weder vom Staate her, noch von der Kirche, noch von den Verlegern oder vom Buchhandel aus, wir schätzen das freie Spiel der Kräfte; und der Verleger Lust und Kühnheit, bewußt oder experimentierend, wünschen wir nicht eingeschränkt zu sehen.

Ist das aber Mut, geheftete Klassikerausgaben auf den Markt zu bringen, 16, 32, 48 Seiten stark, schlecht gedruckt, druckfehlerbehaftet, unordentlich broschiert, zu Preisen, für die man einmal Halblederbände bekam? ...<<

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

Truman erklärte am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwinden mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not

genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drole de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

Der Viersterne-General Lucius D. Clay (1897-1978, Berufsoffizier, stammte aus den "Süd-Staaten") übernahm am 15. März 1947 den Oberbefehl über die US-Streitkräfte in Europa und wird gleichzeitig Militärgouverneur in Westdeutschland (Nachfolger des US-Generals Joseph McNarney).

Die "Neue Zeitung" berichtete am 17. März 1947 (x114/2.166): >>... Der Bürgermeister einer kleinen Taunus-Gemeinde in der Nähe von Wiesbaden hat durch den Gemeindediener öffentlich bekanntgeben lassen, daß er sich gezwungen sehen werde, das Wasser in der Gemeinde abzustellen, wenn weiterhin so viel Milch abgeliefert würde.

Die Bauern haben die drastische Warnung verstanden: Der Fettgehalt der Milch soll seitdem gestiegen sein.<<

Eine nordamerikanische Studiengruppe, die Anfang 1947 unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) durch Westdeutschland und Europa gereist war, veröffentlichte am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.

Der Hoover-Bericht forderte in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<

>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...

Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<

>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<

>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...

Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen.

Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...

Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."

Der Bericht zerpflückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" (Level of German Economy Plan) vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".

Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument. Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach dem Level of German Economy Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!

Die Liste der "Verbotenen Industrien" ("um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen") war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!

"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den westdeutschen Besatzungszonen (x131/-169-171,227-228): >>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.

Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.

Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahme von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.

Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem.

Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur

die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.

Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens \$ 3.468.000.000 beliefen, oder sogar auf \$ 6.000.000.000 in der Währung von 1945.

In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttosozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, \$ 20.000.000.000, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von \$ 25.000.000.000. ...<<

>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.

Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.

Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.

Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.

Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greuelthaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greuelthaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte

Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die völkerrechtswidrigen Handlungen in den westdeutschen Besatzungszonen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den Westalliierten nicht zu stören oder zu gefährden.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. August 2008) über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...):

>>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Millionen Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Millionen Opfer der Vertreibungen, 1,6 Millionen tote Kriegsgefangene, 0,3 Millionen Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Millionen Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland.

Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten 5,1 Millionen Opfer**, davon etwa 4,25 Millionen Militärverluste, etwa 0,6 Millionen Bombenopfer, 0,17 Millionen deutsche Juden, 0,125 Millionen sonstige KZ-Opfer und 0,1 Millionen Euthanasieopfer. ...<<

Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/-295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?

Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind geweht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.

Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.

Fiel bei den Worten Molotows:

"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".

Setzt Halbmast über Deutschland!

O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz unterbreitete der sowjetische Außenminister Molotow am 20. März 1947 folgende Vorschläge (x111/295):

>>1) Sofortige Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr, Nachrichtenwesen und Außenhandel.

2) Baldige Erhöhung der Stahlerzeugung auf 10-12 Millionen t.

3) Unterstellung des Ruhrgebietes unter die vereinigte Kontrolle der vier Großmächte.

4) Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, um a) die Währungslage zu verbessern und Währungsspekulationen zu verhindern; b) den deutschen Export zu steigern; c) die Kontrolle über Kartelle und Trusts in Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Parteien auf den Staat zu überführen.

5) Aufhebung des britisch-amerikanischen Zonenzusammenschlusses.

6) Reparationszahlungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar auf Grundlage der Weltpreise des Jahres 1938 an die Sowjetunion, die aus dieser Summe die Ansprüche Polens befriedigt.

7) Die Reparationen sollen in der Demontage industrieller Einrichtungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und aus Auslandsguthaben bestehen.

8) Die deutschen Reparationsleistungen müssen innerhalb von 20 Jahren nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens erfüllt werden.

9) Von den vier Großmächten wird eine interalliierte Reparationskommission gebildet.

10) Die Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie zum Nutzen Deutschlands und anderer Länder soll keiner Beschränkung unterliegen.<<

Der ehemalige SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, leitete 1943 die Liquidierung des Warschauer Gettos, "Henker von Warschau") wurde am 21. März 1947 durch ein US-Militärgericht in Dachau wegen Erschießung gefangener alliierter Piloten zum Tod verurteilt und anschließend an Polen ausgeliefert (x051/567).

Der deutsche Historiker Manfred Hellmann (1912-1992) schrieb am 21. März 1947 in der "Göttinger Universitäts-Zeitung" über Mitteldeutschland (x111/296): >>... Vergessen Sie nie, daß wir hier kein "Osten" sind, daß z.B. Thüringen vor noch nicht allzu langer Zeit das "grüne Herz Deutschlands" genannt wurde.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (12/1947) berichtete am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Millionen im Schatten**

TASS: 890.532 Kriegsgefangene

Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.

Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.

Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militärregierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.

Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte.

Der größte Teil der Entlassungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft fällt in die Zeit von Kriegsende bis Sommer 1946. Nach der Kapitulation hatten die Russen in Deutschland, Ostpreußen und im Baltikum große Gefangenenlager errichtet. Nach anfänglichen Entlassungen wurden die Lager aufgelöst und die Insassen nach dem Osten abtransportiert.

Seit dem Sommer letzten Jahres wurden Entlassungen nur noch als "Heimkehrer-Transporte" über Frankfurt/Oder durchgeführt. Jeder in Frankfurt einlaufende Zug wurde mit östlichem Propaganda-Aufwand bewillkommnet. Aber trotz organisierter Heimkehr sanken die Entlassungsziffern beträchtlich herab. Am 24. Februar meldete der russisch lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst als Gesamtergebnis der planmäßigen Aktion 163.533 rückgeführte Kriegsgefangene und 18.429 Zivilinternierte.

Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmatsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30.976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen in den USA, 1.175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13.825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1.000 nach Deutschland zurückgeführt.

In der amerikanischen Zone stehen 15.873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8.879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen Zone entlassen werden.

Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435.295. Davon werden monatlich 17.500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20.000 und später weiterhin erhöht werden.

Die Franzosen halten noch 631.483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593.276 in Frankreich, 19.601 in Nordafrika und 18.606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20.000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50.000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.

Von den in Belgien festgehaltenen Kriegsgefangenen sind etwa 40.000 als Bergarbeiter eingesetzt. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, jeden Gefangenen, der hundert Tage im Bergwerk arbeitet und 80 Prozent der Leistung eines belgischen Bergarbeiters fördert, zu entlassen.

Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30.000 deutsche Gefangene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14.600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes.

Nach dem Bericht erhält jeder Gefangene morgens gesüßten Kaffee und 600 g Brot, mittags 1 Liter dicke Suppe und abends ebenfalls 1 Liter Suppe. Schwerarbeiter bekommen zusätzliche Ernährung, der Kalorienwert für die arbeitenden Gefangenen soll täglich 2.800 Kalorien betragen. Um 5 Uhr morgens wird geweckt, von 7 bis 17.30 Uhr gearbeitet, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause. Im Lager wird bis 21 Uhr weitergearbeitet.

Die Zahl der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ist gänzlich ungewiß. Über ihre Lage berichtete einer der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der im Januar den großen Liebesgambtransport für die Kriegsgefangenen nach Jugoslawien mit begleitete.

Die Vertreter des Roten Kreuzes brachten den Zug bis an die jugoslawische Grenze und unterhielten sich nach der Unterzeichnung des Übergabeprotokolls mit vier Vertretern der deutschen Kriegsgefangenen. Die vier Gefangenen wußten zu berichten, daß die Verpflegung von 2.500 Kalorien für die in Arbeit stehenden Gefangenen und 3.300 Kalorien für Kranke im allgemeinen eingehalten würden. Die Verpflegung sei ausreichend.<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnte der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

Die US-Militärregierung gab am 26. März 1947 offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).

Der EKD-Rat bat am 27. März 1947 um Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und um Rückgabe der besetzten Gebiete (x111/297): >>Unser Volk wird sonst in der Enge seines Landes ersticken und sterben müssen. ...<<

Albert Speer (zu 20jähriger Freiheitsstrafe verurteilte, weil er als "NS-Reichsminister für Bewaffnung und Munition" Zwangsarbeiter einsetzen ließ) schrieb am 28. März 1947 in seinem Tagebuch (x028/217): >>Die Deportation von Arbeitskräften ist ohne Zweifel ein internationales Vergehen. Ich lehne das Urteil nicht ab, weil andere Nationen das gleiche tun. ...<<

Im Ruhrgebiet fanden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 31. März bis zum 27. April 1947 täglich nur 1.552 Kalorien zugeteilt.

Die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung protestierte am 31. März 1947 gegen die schlechten Lebensverhältnisse (x117/36): >>Die Besatzungsmächte sind keinesfalls von Schuld an den traurigen Verhältnissen freizusprechen. Die oberste Kontrolle über die Heranschaffung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel liegt in ihrer Hand. ...

Wir protestieren gegen zahllose Hemmungen und Einschränkungen, die sich aus der gegenwärtigen Macht- und Zuständigkeitsverteilung ergeben, und fordern ihre sofortige Beseitigung ...<<

Der deutsche Schriftsteller Alfred Andersch (1914-1980) berichtete im März 1947 in der Zeitschrift "Der Ruf" über Hamburg (x111/303): >>... Und immer noch liegt Schnee. An manchen Tagen fegt der Eissturm durch die Straßen. Dann wird das Bett zur letzten Zufluchtsstätte, die dem hungernden Magen und dem frierenden Körper Ruhe verschafft. Gearbeitet wird sowieso nicht.

Seit Monaten liegt Hamburgs Industrie völlig still. Das Hamburger Elektrizitätswerk liefert einmal am Tag, am Abend von 9 bis 11, Strom. Dann flackert auch das Gas auf. Man kocht sich rasch eine Suppe und kriecht ins Bett.

Hin und wieder einmal rollt ein Kohlenzug in die Stadt. Er kommt dann buchstäblich zur Hälfte ausgeraubt an. ...<<

Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen war, vereinbarten Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt.

Dieser Pakt verpflichtete die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.</u>
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.</u>
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.</u>
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): <u>SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.</u>
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.</u>
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.</u>
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987</u>
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.

x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3</u> . Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x062	Mann, Golo u.a.: <u>Unser Jahrhundert im Bild</u> . Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): <u>Massenvergewaltigung</u> . Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: <u>Briefe über Deutschland 1945-1955</u> . 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x103	Klemperer, Klemens von: <u>Die verlassenen Verschwörer</u> . Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie</u> . Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete</u> . Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.

x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder</u> . Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Die Schwarzmarktzeit</u> . Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn</u> . Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute</u> . 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. <u>Nationalsozialismus und Faschismus</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta</u> . Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg</u> . Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016